

nach der Ratifizierung der Pariser Verträge würde die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht mehr bereit sein. Die Annahme der Einladung zu der Viererkonferenz durch die Sowjetregierung hat auch in diesem Fall die SPD eindeutig widerlegt. Dagegen hat gerade die jüngste Entwicklung in jeder Hinsicht erneut bestätigt, daß die von der CDU hauptverantwortlich getragene Politik der Bundesregierung auf dem richtigen Wege ist. Die Aussprache des Bundesvorstandes ergab deshalb erneut die einstimmige Entschlossenheit, diesen Weg gradlinig und unbeirrt fortzusetzen.“

Sie sind damit einverstanden! Herr Lojewski, man kann vielleicht dieses oder jenes Wort etwas ändern. (*Zimmer*: Der Satz „Sicherheitssysteme verlieren ihren Wert, wenn alle Beteiligten immer weiter aufrüsten“ wird von der SPD sofort gegen uns ausgenutzt werden!) Dann wird er eben ausgenutzt! Das ist aber richtig. Die große Masse der Bevölkerung ist viel klüger als die SPD. Ich finde diesen Satz als einen der besten Sätze!

Meine Damen und Herren! Und nun müssen wir hinaus! Ich darf mit bestem Dank an Sie alle die Versammlung schließen. Morgen um 10 Uhr ist die Tagung des Parteiausschusses im Fraktionssaal der CDU.

9

Bonn, 30. September 1955

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Eplée, von Fisenne, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Kilb, Krone, [Lensing], Majonica, Müllenbach, Scharnberg, Schwarz-Liebermann, [Seidel], Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die politische Lage: Moskau-Reise. Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. Bundesparteitag. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 302–314

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Es fehlen zwar noch prominente Mitglieder, aber ich denke, sie werden sich nach und nach einfinden, und wir dürfen wohl beginnen. Es haben sich entschuldigt die Herren Samsche, Wegmann,

Arnold, Sieveking, Lemmer und Pferdenges. (*Wirsching*: Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller entschuldigen; er ist in Amerika.)

Unsere Tagesordnung lautet: 1. Bericht über die politische Lage. 2. Die Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. 3. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. 4. Bundesparteitag. 5. Verschiedenes.

Vielleicht gestatten Sie mir, wenn ich zum Punkt 1 der Tagesordnung referiere, die Saarfrage wenigstens zu streifen. Sie wird noch besonders behandelt werden müssen. Aber ich glaube, wenn ich Ihnen einen Bericht über die politische Lage geben soll, dann darf ich an der Saarfrage nicht vorbeigehen.

BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen einen Bericht über die politische Lage geben soll, so wird dabei die außenpolitische Lage die Hauptrolle spielen. Von ihr ist letzten Endes alles andere abhängig. Herr von Brentano ist nicht hier; er ist in New York bzw. in Washington und kann Ihnen daher über die neuesten Dinge nichts sagen. Aber vielleicht kann ich Ihnen das eine oder andere darüber doch mitteilen.

Die außenpolitische Lage enthält im wesentlichen folgende Punkte: die Frage Moskau, die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower und die zweite Genfer Konferenz mit einem Rückblick auf die erste Genfer Konferenz¹. Ich darf zunächst ein Wort sagen über die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower.² Die Erkrankung des Präsidenten Eisenhower traf uns alle sehr überraschend und hat wohl auch auf uns alle einen sehr tiefen Eindruck gemacht; denn wir Deutschen schulden ihm großen Dank für die Haltung, die er immer eingenommen hat in den europäischen und insbesondere in den deutschen Fragen.

Ich merke gerade, daß ich vergessen habe, Sie willkommen zu heißen. Auch den Vorsitzenden der CSU heiße ich in unserer Vorstandssitzung herzlich willkommen.³ (*Beifall.*) Es ist eine Seltenheit, daß der Vorsitzende der CSU bei unseren Vorstandssitzungen anwesend ist. Wir begrüßen seine Anwesenheit sehr, und wir hoffen, daß damit ein guter Anfang gemacht worden ist nicht nur hinsichtlich der

1 Genfer Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der vier Hauptsiegermächte unter Beteiligung von Beobachter-Delegationen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 17. bis 23. Juli 1955 (Texte in AdG 1955 S. 5263–5276); Genfer Außenministerkonferenz vom 27. Oktober bis 4. November sowie vom 8. bis 16. November 1955 (Texte in AdG 1955 S. 5439–5449, 5464–5477; Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Auswärtigen Amt. Bonn o.J.); vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 468–484 bzw. 3 S. 31–62.

2 In der Nacht vom 23. auf 24. September 1955 hatte Eisenhower eine Herzattacke erlitten, die einen sechswöchigen Krankenhausaufenthalt erforderlich machte (vgl. AMBROSE S. 270–286).

3 Dr. Hanns Seidel (vgl. Nr. 6 Anm. 25).

Zusammenarbeit in der Bundestagsfraktion, sondern auch in unserer ganzen Parteipolitik.

Ich darf nun weiter fortfahren mit der Erkrankung des Präsidenten Eisenhower. Herr Eisenhower befindet sich auf dem Wege der Besserung; aber ich glaube, jeder Arzt wird Ihnen sagen, daß der Zustand doch so ist, daß er sich große Schonung für längere Zeit wird auferlegen müssen. Die Frage, ob er sich zur Wiederwahl stellen wird, ist damit sehr schwer beantwortbar geworden. Seine Frau und sein Sohn haben ihm schon seit geraumer Zeit abgeraten, sich wiederwählen zu lassen. Er würde zweifellos wiedergewählt, wenn er wollte. Das Motiv dafür liegt nur darin, daß sein körperlicher Zustand erkennbarerweise schon damals, als diese Frage seiner Wiederwahl aufgeworfen wurde, nicht so war, daß seine nächsten Angehörigen ihm zur Wiederwahl hätten raten können.

Wir stehen also bezüglich der im nächsten Jahr stattfindenden Wahl des Präsidenten vor einer unsicheren Zukunft. Die Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der in sich vereint die ganze Fülle der Macht, die ein Ministerpräsident überhaupt irgendwie haben kann, ist in unserer Zeit von solcher Bedeutung – und zwar für alle Länder und Völker der Erde, insbesondere für Europa –, daß wir nur hoffen können, daß die Wahl, sei es, daß sich Eisenhower wieder zur Wahl stellt, sei es, daß ein anderer gewählt wird, so ausfällt, wie es für Europa dringend notwendig ist. Es hat wohl wenig Zweck, jetzt darüber zu diskutieren, welche Möglichkeiten sich ergeben werden. Es liegt auf der Hand, daß, wenn sich Eisenhower nicht zur Wahl stellt, ein Demokrat gewählt werden wird. Aber glücklicherweise sind die Verhältnisse im Kongreß und im Senat doch so, daß im großen und ganzen nicht nur die eine Partei auf die andere angewiesen ist, sondern sie verfolgen auch in den Fragen der Außenpolitik – von Nuancen abgesehen – die gleiche Linie. Wir können also hoffen, daß sich durch die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten im November des nächsten Jahres die Politik der Amerikaner mit Bezug auf uns nicht erheblich ändern wird.

Anders ist es – wir sprechen hier vertraulich im kleinen Kreis – in bezug auf die Verhältnisse in Rußland. Dort wird die Erkrankung Eisenhowers die Politik wahrscheinlich erheblich beeinflussen. Ich habe ein sehr eigenartiges Indiz dafür. Sie haben in der Presse auch Bemerkungen darüber gelesen. Morgen wird es drei Wochen, seitdem ich mit Bulganin und Chruschtschow – Herr von Brentano war auch dabei – in dem Landhaus, das mir zur Verfügung gestellt worden war, zusammensaß.⁴ Es war ein Tag wie heute hier, als wir eine offene Aussprache über die gesamte weltpolitische Lage hielten. Ich darf darauf nachher noch zurückkommen.

4 Vgl. dazu ADENAUER: *Erinnerungen* 2 S. 521–528. Die Verhandlungen Adenauers in Moskau dauerten vom 8. bis 14. September 1955 (ausführliche Schilderung EBD. S. 487–556). – Zahlreiche Memoirenliteratur sowie Darstellungen in ADENAUER: *Teegespräche 1955–1958* S. 363f.; KIESINGER S. 487–501; Josef FOSCHEPOTH: *Adenauers Moskaureise 1955*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 22/86. 1986.

Im Verlaufe dieser Besprechung versuchte ich, den Herren klarzumachen, daß Amerika keine nationalistische, kriegerische oder militaristische Nation sei. Die Herren erwiderten mir darauf: Wir glauben, daß Eisenhower den Frieden will. An Dulles haben wir zunächst gezweifelt, aber wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß auch er den Frieden will. Aber – so hieß es dann – wie ist es mit dem Pentagon und dem stellvertretenden Präsidenten Nixon⁵? Ich erklärte darauf, Sie wissen doch, daß der stellvertretende Präsident in den Vereinigten Staaten keine politische Rolle spielt, worauf mir Bulganin sagte, bitte, denken Sie daran, wie es mit Truman⁶ war. Truman war auch stellvertretender Präsident, und er wurde nach dem plötzlichen Tod von Roosevelt⁷ Präsident der Vereinigten Staaten.

Genau 14 Tage darauf, nachdem er mir das erklärt hatte, erkrankte Eisenhower. Es besteht also die Möglichkeit, daß Nixon, der in den Vereinigten Staaten als ein Mann gilt, der einer schärferen Politik gegenüber Sowjetrußland zuneigt, in eine vielleicht sehr maßgebende Rolle eintreten wird. Wir müssen das aber alles abwarten.

Ich darf nun zurückkommen zur Reise nach Moskau. Über diese Reise sind in der Presse ausführliche Berichte erschienen, und zwar im großen und ganzen richtig. Sie werden sich auch schon ein Bild darüber gemacht haben. Mir ist wohl nur als Aufgabe gegeben, dieses Bild, das Sie sich aus den Verlautbarungen in der Presse und aus der Bundestagsverhandlung⁸ haben machen können, durch die eine oder andere Bemerkung oder durch den einen oder anderen Strich zu ergänzen. Ich darf zunächst einmal die Frage aufwerfen, ob es für uns überhaupt möglich war, die Einladung nach Moskau nicht anzunehmen. Ich bin davon überzeugt, wenn wir die Einladung nicht angenommen hätten, dann würde selbst Herr Dehler gesagt haben, die Einladung muß angenommen werden. Das ist auch richtig. Ich brauche nicht viel darüber zu sagen.

Wir dürfen nach meiner Meinung folgendes doch nie vergessen: So scheußlich die Russen bei uns gewütet haben, ich glaube, die Deutschen haben in Sowjetrußland nicht minder große Untaten begangen. Die Zahl der russischen Kriegsgefangenen, die man bei uns absichtlich hat verhungern lassen, im wahrsten Sinne des Wortes, geht in die Millionen. Man darf auch das eine nicht vergessen, wenn man einmal retrospektiv alles überdenkt: Schließlich hatte der damalige Vertreter des deutschen Volkes – denn das war Hitler – mit Sowjetrußland einen Vertrag abgeschlossen, einen gemeinen und schlechten Vertrag, gemein in seinem Ziel und schlecht in seinen Motiven; aber

5 Richard Milhouse Nixon (geb. 1913), 1953–1960 Vizepräsident und 1968–1974 Präsident der USA (Memoiren. Frankfurt/Berlin/Wien 1981).

6 Harry Spencer Truman (1884–1972), 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA (Memoiren. 2 Bde. Stuttgart 1955/56).

7 Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), 1933–1945 Präsident der USA.

8 Aussprache am 23. September 1955 über die Regierungserklärung vom Vortag (Sten.Ber. 2.WP Bd.26 S. 5653–5671).

immerhin einen Vertrag abgeschlossen.⁹ Und unter Bruch dieses Vertrages sind die deutschen Armeen in die Sowjetunion eingebrochen.

Diese Fakten und Tatsachen – ich brauche sie nicht laut auszusprechen, es sind viele Jahre seit 1939 vergangen – sollte man sich doch vor Augen halten, wenn man sich mit Vertretern der Sowjetunion an einen Tisch setzt, um über Fragen zu verhandeln, die aus jenen Jahren und aus jener Periode herkommen. Es ist gesagt worden von Herrn Dehler, lassen Sie mich das hier einflechten, der Bundeskanzler hätte keinesfalls nach Moskau fahren dürfen, ehe nicht die Kriegsgefangenen freigegeben worden wären.¹⁰ Nun, ich glaube, aus Ihren Gesichtern zu ersehen, daß ich über eine solche Bemerkung nichts zu sagen brauche. Wenn wir den Russen geschrieben hätten, es kommt keine deutsche Delegation, wenn ihr nicht vorher alle Kriegsgefangenen freigeht, dann würden doch nicht die Russen, sondern die ganze Welt gesagt haben, die Deutschen sind verrückt in ihrer Politik, wie sie immer verrückt gewesen sind. Wir müssen uns also darüber klar sein, wir mußten nach Moskau fahren.

Nun aber Moskau selbst! Ich möchte zunächst sprechen über das Verhältnis zu der sowjetischen Delegation und möchte dazu bemerken: äußerlich außerordentlich korrekt. Es sind ja noch Herren hier, die mit dort waren, wenigstens Herr Kiesinger, der eventuell meine Worte ergänzen kann. Ich brauche Ihnen nichts zu sagen von dem Empfang auf dem Flugplatz noch von der Art und Weise, auch¹¹ sonst bemühten sich die Russen, äußerlich sehr korrekt zu sein. An den Verhandlungen nahmen teil auf sowjetrussischer Seite: führend Chruschtschow und Bulganin, dann auch Molotow, und eine Reihe von sogenannten Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Man hat dort Erste Stellvertretende Ministerpräsidenten und Stellvertretende Ministerpräsidenten. Aber es war kein Vertreter der russischen Wehrmacht dabei; wie überhaupt – abgesehen von der Ehrenkompanie auf dem Flugplatz und von dem Kommandanten des Kremls, einem General unbekanntes Namens – keine hohen russischen Militärs für uns weder zu sehen noch zu sprechen waren.

Auf Vorschlag von Bulganin wurde zwischen ihm und mir abwechselnd der Vorsitz geführt. Das Verhältnis Chruschtschow-Bulganin war wie folgt: Ich muß zunächst die beiden Typen schildern. Bulganin ist im Juni dieses Jahres 60 Jahre alt geworden; er ist klein, untersetzt. Chruschtschow ist etwas älter, 61 oder 62 Jahre, klein und dick. Ich sage absichtlich „untersetzt“ und „dick“. Chruschtschow gibt sich lange nicht so onkelhaft oder so väterlich wie Bulganin mit seinem gescheitelten weißen Haar und seinem Spitzbärtchen. Chruschtschow kann schon deswegen kein gescheiteltes Haar tragen, weil er überhaupt keine Haare mehr hat. Er gab sich ganz als das, was er ist, als der Agitator, als der Propagandist, als der Parteimann.

9 Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vom 23. August 1939.

10 In der Debatte vom 23. September würdigte Dehler ausdrücklich den Erfolg der Freilassung von deutschen Kriegsgefangenen (Sten.Ber. 2.WP Bd.26 S. 5665).

11 In der Vorlage: aber. – Schilderung der „eindrucksvollen“ Begrüßung in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 496.

Am zweiten Tag hatte wohl die ganze Delegation den Eindruck, daß der führende Mann von diesen beiden Chruschtschow sei, weil er immer in die Arena sprang. Er redete lang, er redete heftig, während Bulganin sich sehr zurückhielt. Aber nachher hatten wir doch alle wohl die Überzeugung, daß Bulganin derjenige sei, der doch im Grunde genommen die Entscheidung gebe und der den Chruschtschow nur mal laufen lasse, um dann im richtigen Augenblick doch wieder einzuspringen und einzuwirken und seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Bulganin erklärte mir bei einer der vielen Mahlzeiten, die wir zusammen eingenommen haben, daß Chruschtschow und er eins seien; seit 30 Jahren arbeiteten sie zusammen. Sie vertrauten sich gegenseitig restlos. Kurz und gut, sie seien eins. Er rief seinen Freund Nikita – ich hatte immer das Vergnügen, bei den Mahlzeiten zwischen den beiden zu sitzen – als Zeuge dafür an, und Chruschtschow bestätigte das auch vollkommen. Ich glaube, jeder von uns hatte den Eindruck, daß die beiden sehr sorgfältig darauf achteten, immer der gleichen Meinung zu sein. Ob das nun eine Freundschaft auf ewig ist, das kann kein Mensch von uns sagen. Aus der russischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre weiß man ja, daß solche Freundschaften gelegentlich auch durch einen Knall unterbrochen werden. Jedenfalls ist die Sache so, daß z.Z. weder ein Spalt noch auch nur die geringste Spaltung zwischen Regierung und Partei sichtbar ist.

Ich habe eben schon gesagt, daß wir keine hohen Militärs zu sehen bekommen haben. Darüber vermag keiner von uns Ihnen etwas zu sagen. Ob die Armee dort eine politische oder eine entscheidende politische Rolle spielt, das können wir nicht beurteilen. Das kann keiner sagen. Daß aber die Macht und das Netz der Partei über das ganze ungeheuer große Land ausgespannt sind und viele Menschen ein Interesse daran haben, daß diese Partei erhalten bleibt, liegt daran, weil diese Partei ihnen ein besseres Leben ermöglicht und weil die Stellung, die die Menschen in dieser Partei haben, ihnen eine Macht über andere gibt; denn Macht zu haben, ist ja für viele Menschen etwas außerordentlich Erstrebenswertes. Das ganze Volk ist trotz der ungeheuren Weite des Landes fest in der Hand der Partei. Dazu kommt noch die NKWD und die Polizei, so daß also der Apparat so fest geschmiedet ist, daß nach meiner Überzeugung auf absehbare Zeit hinaus keine Aussicht besteht, daß sich aufgrund einer Revolution dort etwas ereignet; es sei denn, daß die Machthaber untereinander Krach kriegen und sich dann jeder des Machtinstrumentes der Partei oder des Machtinstrumentes der Wehrmacht bemächtigt.

Unsere Verhandlungen bezogen sich auf die Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, auf die Rückgabe der Kriegsgefangenen und auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Kritiker haben uns den Vorwurf gemacht, wir hätten die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu wenig in den Vordergrund gestellt. Meine Freunde! Ich glaube, daß diese Kritik völlig falsch ist und an den Dingen vollständig vorbeigeht. Wir müssen darauf bestehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht eine Sache Rußlands allein ist, sondern eine Verpflichtung der vier Mächte, und daß wir es unter gar keinen Umständen etwa zulassen könnten, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf das

Geleise „Verhandlungen mit Sowjetrußland“ abzuschieben. Darum haben wir bewußt und gewollt und überlegt das nicht zugelassen.

Als wir bei den Verhandlungen über die russische Botschaft in Paris¹² haben sagen lassen, daß wir über das Problem der deutschen Einheit zu sprechen wünschten, hat der russische Botschafter sofort gefragt: Wollen Sie mit der russischen Regierung diese Frage verhandeln? Natürlich ist von unserem Vertreter gesagt worden: Nein, wir wollen dieses Thema erörtern. Ich glaube, wir hätten der Wiederherstellung der deutschen Einheit keinen schlechteren Dienst tun können, als wenn wir uns darauf eingelassen hätten, über diese Frage mit den Russen zu verhandeln. Das wäre die schlechteste Vorbereitung auch für Genf gewesen, weil dem russischen Vertreter in Genf dann die Möglichkeit gegeben worden wäre, bei den Verhandlungen auf der zweiten Genfer Konferenz zu sagen: Der Deutsche denkt aber so, darum laßt uns auch mit den Deutschen allein die Sache machen, dann kommen wir schon weiter.

Wir betrachten es als einen Vorteil, daß es uns gelungen ist, von den Russen die Erklärung zu bekommen, daß auch Sowjetrußland verpflichtet sei, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Die Frage der diplomatischen Beziehungen war in der ersten Note Sowjetrußlands verknüpft worden mit der Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsbeziehungen und kulturellen Beziehungen.¹³ Wir haben absichtlich die Frage der Herstellung oder der Verbesserung von wirtschaftlichen Beziehungen völlig in den Hintergrund treten lassen. Ich habe auch Herrn Bundesminister Erhard davon überzeugt, daß es nicht angängig sei, wenn er bei der Delegation dabei wäre. Ich habe auch deutsche Wirtschaftler davon überzeugt, daß es falsch sei, wenn sie an der Reise teilnähmen. Wir mußten die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen absolut in den Hintergrund treten lassen, einmal aus Rücksicht auf unser Volk, weil es nicht verstanden hätte oder nicht verstünde, wenn wir bei diesen ersten Verhandlungen mit den Russen das Geldverdienen – lassen Sie mich es einmal so ausdrücken – als eine der wesentlichsten Fragen in die Erscheinung hätten treten lassen. Wir mußten die Erörterung dieser Frage aber auch zurückstellen, weil darin für künftige Verhandlungen noch ein wesentliches politisches Moment steckt, wie überhaupt – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen – wirtschaftliche Verhandlungen mit Rußland absolut unter politischem Aspekt betrachtet werden müssen, auch für die Zukunft.

Über kulturelle Beziehungen haben wir nicht gesprochen. Die Russen haben gar nicht davon angefangen. Das hat ja auch Zeit. Die Frage der Kriegsgefangenen hat uns sehr bedrückt. Natürlich wurde uns dasselbe gesagt, was in der ersten Genfer Konferenz in privaten Gesprächen Eisenhower und Eden gesagt worden ist. Die haben mir das mitteilen lassen, die Russen hätten überhaupt keine Kriegsgefangenen

12 Die Vorbesprechungen über den Moskau-Besuch wurden – nach der sowjetischen Einladung vom 7. Juni 1955 – über die deutsche bzw. sowjetische Botschaft in Paris abgewickelt (vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 487–493).

13 Texte zu Einladung, Vorbereitung, Verlauf und Ergebnissen vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik III. Reihe Bd.1 S. 76–80, 302–351, 382–408.

mehr. Was noch da sei, seien Kriegsverbrecher, die nach russischen Gesetzen und von russischen Gerichten mit Fug und Recht mit 20 oder 25 Jahren Zwangsarbeit, oder was immer es sei, bestraft worden seien. Die Situation war manchmal eher ein sehr heftiger – wie soll ich sagen – Streit als eine diplomatische Verhandlung; denn es kam, wie es vorauszusehen war, bei diesem ersten Zusammentreffen nach dem Kriege auf beiden Seiten der ganze Groll, der Zorn und die Trauer über alles das heraus, was in diesem Kriege zwischen den beiden Völkern geschehen ist, was das eine Volk dem anderen angetan hat.

Sie können überzeugt sein, daß ich – ich war ja der Sprecher unserer Delegation – den Herren Chruschtschow und Bulganin nichts schuldig geblieben bin. Ich habe ihnen gesagt, sie möchten mal überlegen, wer denn den Hitler großgemacht hätte. Ob wir das gewesen seien oder ob nicht erst andere Länder das gemacht hätten. Darauf haben sie nichts erwidert und haben es nicht in Abrede gestellt. Alles in allem genommen, der Kampf war sehr heftig. Die Russen – das muß ich sagen – waren stark im Geben, sie waren aber auch stark im Nehmen. Man konnte den Russen sowohl in der Delegation wie in den Einzelgesprächen sehr ernst und sehr gründlich und sehr massiv seine Meinung sagen, ohne daß das besonders übelgenommen wurde.

So habe ich z.B. Chruschtschow mal gesagt, hören Sie endlich mal auf mit Ihrem Kriegsgeschrei und mit Ihrer Rederei vom Krieg; man kann es bald nicht mehr ertragen. Und er sagte darauf, entschuldigen Sie, ich will nicht mehr davon sprechen. Ich habe ihm auch gesagt, hören Sie mal auf mit Ihrem Kommunismus und Kapitalismus. Er hatte nämlich vorher gesagt: Sie nehmen wahrscheinlich wohl an, daß ich jeden Tag einen Kapitalisten roh und ohne Salz fresse, worauf ich ihm erwiderte, nein, das nehme ich nicht an; ich nehme nicht einmal an, daß Sie jeden Tag einen Kapitalisten wie einen Ochsen am Spieß gebraten und mit Salz essen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Das konnte man ihm ruhig sagen. Ich habe ihm auch gesagt, in hundert Jahren haben wir höchstwahrscheinlich weder Kommunismus noch Kapitalismus, worauf er mir zur Antwort gab, aber das steht im Karl Marx. – Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß die Unterhaltung stellenweise recht ungezwungen war und daß der Ton der sechstägigen Verhandlungen sich von dem Ton sonstiger diplomatischer Gespräche erheblich unterschied.

Ich glaube, es war gut, daß sich diese Dinge mal Luft machten; denn es hat unserem Ansehen bei den Russen in keiner Weise geschadet, daß man ihnen sehr kräftig seine Meinung sagte, auch wenn sie mit ihrer Meinung diametral entgegengesetzt sind. Ich will hier nicht zu weit in die Details gehen, aber ich glaube, Ihnen bestimmt sagen zu können, daß sowohl Bulganin wie auch Chruschtschow vor den Deutschen doch einen großen Respekt bekommen haben und daß diese Aussprache für künftige politische Verhandlungen sehr förderlich und gut gewesen ist.

Samstags nachmittags fand eine sehr wichtige Aussprache zwischen Bulganin, Chruschtschow, Brentano und mir statt. Ich habe eben kurz davon gesprochen. Bulganin fragte mich am Samstag morgen, kann ich Sie mal allein sprechen? Ich bin bereit, zu Ihnen ins Hotel zu kommen. Ich sagte ihm, nicht ins Hotel; es ist so

schönes Wetter, wir können doch in Ihr schönes Landhaus gehen. Ich wollte auch nicht, daß alles mitgehört wurde, was wir miteinander besprachen. Ich sagte, wen wollen Sie mitbringen? Er erwiderte: Chruschtschow. Darauf sagte ich, erlauben Sie mir, daß ich Herrn von Brentano dazunehme. Ich wollte einen Zeugen haben. Wir haben dann auf der Terrasse dieses Landhauses bei sehr schönem Wetter gesessen und in wirklich großer Offenheit miteinander gesprochen, nicht über deutsche Fragen, nicht über Fragen der Sowjetzone, über alles das nicht, sondern über die allgemeine politische Situation in der Welt. Dabei ergab sich folgendes: Die Russen haben Besorgnis vor den Vereinigten Staaten. Sie haben auch Besorgnis vor uns, wenn wir mit den Vereinigten Staaten zusammengehen sollten. Vor den europäischen Staaten an sich, einschließlich Deutschland, wenn es allein steht, haben sie keine Besorgnis. Sie brauchen auch keine Besorgnis zu haben.

Aber vor den Vereinigten Staaten haben sie Besorgnis. Herr Chruschtschow sagte ganz offen, wir werden eingekreist von den Vereinigten Staaten. Die haben überall Stützpunkte um uns herum. Ich sagte ihm darauf, ich kann verstehen, daß Ihnen das ungemütlich ist, aber daran sind Sie selbst schuld. Nein, sagte er, das seien sie nicht schuld. Man dichte ihnen alles mögliche an. Wenn irgendwo ein U-Boot vor Südamerika auftauche, dann seien sie es. Wenn irgend etwas anderes passiere, dann seien sie es. Ich habe ihm natürlich nicht gesagt, die Leute haben recht, so etwas zu sagen. Aber immerhin, er versuchte darzutun, daß sie nicht so schlimm seien, wie man allgemein glaube, und daß die Vereinigten Staaten unrecht hätten, wenn sie nun diese Stützpunkte anlegten.

Er sagte aber nicht – das ging aus dem, was er und Bulganin sprachen, sehr klar hervor –, daß sie irgendwie von ihrer kommunistischen Doktrin absähen. Die Doktrin ist völlig unverändert. Wieweit jeder von ihnen daran glaubt, ob hundertprozentig oder ein paar Prozent weniger, kann man nicht sagen. Man kann keinem Menschen ins Herz sehen! Sie schwören auf die kommunistische Doktrin, sie schwören auf die Alleinherrschaft der kommunistischen Doktrin im Laufe der Zeit. Auch „Karl Marx“ rieben sie nota bene einem unter die Nase und sagten, die großen Sozialisten oder Kommunisten seien drei Deutsche: Karl Marx, Engels – wobei ich ihm sagte, daß das ein Verwandter des Bankiers Pferdenges sei, und man sehe, wie verschieden sich eine Familie entwickeln könne – (*Heiterkeit*) und Bebel¹⁴. Dann erwähnten sie noch Lenin. Von Stalin wurde nicht gesprochen! Nur Molotow hat einmal so nebenbei den Namen Stalin erwähnt, aber sonst wurde von Stalin gar nicht gesprochen.

Also, die Leute haben Sorge wegen Amerika. Sie haben Sorge wegen Amerika plus Deutschland. Sie haben aber auch, ich will nicht sagen Sorge, aber eine gewisse Besorgnis wegen der Weiterentwicklung ihres eigenen Landes. Dabei darf ich folgen-

14 August Bebel (1840–1913), 1867 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, 1869 Mitgründer und Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, nach der Fusion mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1875 Sozialistische Arbeiterpartei, seit 1891 SPD, ab 1871 MdR.

des einschieben: Sowjetrußland bedeckt ein Sechstel der Erdoberfläche, aber nur 30 % – soviel ich weiß – dieser Erdoberfläche ist kulturbaufähig. Das andere liegt entweder so hoch im Norden, daß es ohne weiteres ausscheidet, oder in der Wüste, in Stein und Felsen usw. Sie nehmen jährlich durchschnittlich um drei Millionen Menschen zu.

Nun haben sie in diesem gegenüber westeuropäischen Begriffen sehr zurückgebliebenen Land tatsächlich außerordentlich große Aufgaben vor sich. Ich sprach z.B. mit Malenkow¹⁵ über die Frage der Atomkraft, nicht zu kriegerischen, sondern zu friedlichen Zwecken, und über die Frage der Versorgung mit Strom. Er sprach von den ungeheuren Plänen, die sie hätten hinsichtlich der Wasserkräfte Sowjetrußlands, die noch gar nicht ausgebeutet seien, insbesondere nicht die der sibirischen Flüsse zur Herstellung von Strom. Malenkow sprach sehr ernst darüber; er macht überhaupt einen klugen und gebildeten Eindruck. Nach den Plätzen, die er bei den russischen Platzordnungen einnahm, und auch nach dem Respekt, mit dem er von der jüngeren Generation der sogenannten Stellvertretenden Ministerpräsidenten beachtet wurde, scheint sein Stern doch wieder im Steigen zu sein.

Sie haben außerordentlich große Aufgaben auf dem Gebiete der Landwirtschaft, und zwar im weitesten Sinne des Wortes genommen. Sie haben auf allen möglichen Gebieten, so des Häuserbaues, der Konsumgüterherstellung usw., ungeheure Aufgaben für eine Bevölkerung von über 200 Millionen Menschen. Sie sagen ganz offen, daß die großen Ausgaben, die sie machen müssen, um bei der Aufrüstung den Amerikanern gleichzukommen, sie in der Erfüllung dieser von mir eben skizzierten Ziele hinderten und daß sie viel mehr leisten könnten, wenn sie diese Aufrüstungsausgaben in einer solchen Höhe nicht zu machen brauchten.

Das ist ganz augenscheinlich einer der Gründe für ihre Änderung der Politik, für die sogenannte Entspannungspolitik. Ich betone aber nochmals, nicht etwa Aufgabe der kommunistischen Doktrin, nicht etwa Aufgabe der Überzeugung, daß der Kommunismus die herrschende Macht auf der Erde wird, nicht etwa eine Liebe zum Frieden, sondern es ist die sehr ruhige und kalte Überlegung: Wir können unsere Aufgaben gegenüber der russischen Bevölkerung besser erfüllen, wenn wir weniger Geldausgaben haben für kriegerische Zwecke.

Ich habe den Eindruck gehabt, als ob die Russen, insbesondere diese leitenden Leute, sehr stolz wären auf Sowjetrußland, auf die sowjetrussische Union, auf die Größe und die Macht ihres Staates. Sie haben uns, wenn wir zögerten, ihnen zuzustimmen, diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen, verschiedentlich gesagt: Wenn Sie es nicht wollen, dann lassen Sie es bleiben, damit bleiben wir doch die Sowjetunion, und unsere Existenz können Sie damit nicht beseitigen. Einer der Herren hat einem von unseren Herren bei einer Gelegenheit gesagt, begehen Sie doch nicht denselben

15 Georgij Maximilianowitsch Malenkow (1902–1988), 1953–1955 Vorsitzender des Ministerrats, im Februar 1955 durch Bulganin ersetzt, 1957 aller Ämter enthoben (weitere Angaben in PROTOKOLLE 1 S. 429 Anm. 18).

Fehler, den Hitler begangen hat, der gesagt hat: Das ist kein Staat, die Sowjetunion, sondern ein geographischer Begriff.

Sie versuchen auch – das ist sehr deutlich in Erscheinung getreten –, dem jetzigen sowjetrussischen Staat einen historischen Unterbau dadurch zu geben, daß sie in der Bevölkerung eine Verbindung herstellen zur russischen Vergangenheit, und zwar im Gegensatz zu Stalin, unter dem der Kreml – der doch das nationale Wahrzeichen Sowjetrußlands ist – hermetisch verschlossen war und vernachlässigt wurde. Jetzt stellen sie die Kirchen und Paläste im Kreml unter Aufwendung sehr großer Geldmittel wieder her und restaurieren die an sich prachtvollen Gemälde in den Kirchen. Sie lassen die Zarengräber in der Kreml-Kirche völlig unberührt und treiben Hunderttausende und abermals Hunderttausende von Russen aus dem ganzen Gebiet von Sowjetrußland durch den Kreml hindurch, die sich das ansehen und das erklärt bekommen.

Im Kreml befindet sich auch ein großes Schloß der Zaren. In diesem Schloß ist ein sehr großer Saal. Das ist der Saal der Georgsritter. In diesem Saal fand unser Empfang statt. Die Wände dieses Saales sind von oben bis unten mit Marmorplatten bekleidet, auf denen mit goldenen Lettern die Namen aller Georgsritter seit Jahrhunderten verzeichnet sind. Herr Bulganin zeigte mir beim Essen voll Stolz diese Tafel der Georgsritter. Sie sind also – das muß man als eine politische Tatsache würdigen – stolz auf die Macht und Größe der Sowjetunion, und sie suchen in der Bevölkerung eine Tradition herzustellen. Ich würde es vielleicht so ausdrücken: Sie versuchen klarzumachen, daß das russische Volk immer war und immer bleiben wird. Einmal waren die Zaren darüber. Jetzt ist das wahre Evangelium gekommen; jetzt sind die Kommunisten darüber. Aber das russische Volk ist der Träger des Ganzen, das russische Volk bleibt!

Meine Damen und Herren! Vielleicht liegt noch eine weitere Wurzel dieser sogenannten Entspannungspolitik darin, daß sie mit dem Kalten Krieg in der bisherigen Art nicht nur nichts für sich erreicht haben, sondern im Gegenteil den Westen stärker gemacht und die Völker der freien Welt dazu gebracht haben, aufzurüsten und sich in verschiedenen Organisationen zusammenzuschließen, während sie mit dieser Entspannungspolitik schon einen beachtlichen Erfolg auf der ersten Genfer Konferenz erzielt haben. Sie kamen dahin – mir hat es ein Teilnehmer der Konferenz, der im Zimmer dabei war, erzählt – mehr oder weniger als arme Sünder; sie wurden sehr freundschaftlich aufgenommen und gingen als Gleichberechtigte wieder von dannen. Das hat ihr Selbstvertrauen natürlich ungeheuer gehoben.

In diese Atmosphäre kamen wir nun mit unserem Besuch hinein. Sie versuchen – darauf möchte ich noch zurückkommen – nun mit einer anderen Form des Kalten Krieges die Wachsamkeit des Westens zum Erlahmen und seine Furcht und Sorge vor den Russen zum Erliegen zu bringen, indem sie sich als sehr nette Leute geben. Bulganin und Chruschtschow gehen nach London.¹⁶ Es findet ein Besuch der

¹⁶ Annahme der englischen Einladung für Frühjahr 1956 am 27. Juli 1955. – AdG 1955 S. 5284.

englischen Flotte in Rußland statt. Ein Besuch der russischen Flotte findet in England statt¹⁷; kurz und gut, sie benehmen sich jetzt wie richtige Europäer, und das wirkt auf die Europäer viel stärker ein, als wenn sie sich wie kriegerische Barbaren gerierten.

Das ist ja eine große Gefahr nicht nur für unser Volk, sondern auch für die anderen Völker, für die Engländer, die Franzosen und die Amerikaner. Wir dürfen namentlich in unserer christlichen Partei niemals vergessen, daß der Kampf gegen den Kommunismus sich nicht einfach erschöpft in dem Kampf um die Wiedererlangung der uns entzogenen Teile Deutschlands, sondern daß dahintersteht der ungeheuer wichtige Kampf zwischen Materialismus und christlicher Überzeugung, der nach meiner Meinung noch Jahrzehnte dauern wird und der eine geistige Schulung unserer Bevölkerung, die leider Gottes zum großen Teil diese Schulung nicht mehr hat, verlangt. Diese Teile gehen materiell in solcher Weise auf, daß sie für die höheren geistigen Werte mehr oder weniger das Gefühl verlieren. Wenn es den freien Völkern der Welt nicht gelingt, gerade dieses Gefühl für den Wert der auf christlichem Boden entstandenen Güter zu steigern, dann wird die Zukunft nach meiner Überzeugung für weite Teile des Erdkreises sehr dunkel sein; denn mit dem dialektischen Materialismus, mit dem Kommunismus, ist notwendigerweise Sklaverei und Herrschaft einer kleinen Schicht verbunden.

Ich möchte Ihnen ein Wort sagen über den Eindruck, den Moskau selbst auf uns alle gemacht hat. Zunächst war Moskau nach den Schilderungen, die ich schon früher bekommen hatte, eine alte Stadt mit vielen engen Gassen, Holzhäusern usw. Man hat im Laufe der letzten Jahrzehnte breite Straßen von 60 und mehr Metern durch die Stadt nach allen Richtungen gelegt, Straßen von einer Breite, wie ich sie niemals in irgendeiner Hauptstadt, auch nicht in Amerika, gesehen habe, die viel zu breit sind für den Verkehr, sondern die nach meiner Überzeugung angelegt worden sind, um jederzeit ein militärisches Eingreifen bei revolutionären Erhebungen zu gestatten. Schon in den zwanziger Jahren war es ja das große Leid in Berlin – ich habe darüber mit maßgebenden Herren gesprochen –, daß die Straßen im allgemeinen nicht breit genug waren, um den Einsatz militärischer Formationen mit Erfolg zu ermöglichen, so daß bei den damaligen Straßen- und Häuserkämpfen in Berlin die Kommunisten der Polizei und sicher der Reichswehr weit überlegen waren. Nun hat man in Moskau die Straßen so breit gemacht. Ich glaube mit aller Bestimmtheit sagen zu können, daß ein Panzerregiment oder mehrere Panzerregimenter sofort mit allem fertig werden würden, so daß infolgedessen nichts entstehen kann.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel sagen, in welcher Größe die Russen planen: Die Moskauer – insbesondere Bulganin, der jahrelang Oberbürgermeister von Moskau¹⁸ war – sind sehr stolz auf die Untergrundbahn von Moskau. Sie ist unter Bulganin gebaut worden. Er hat mir erklärt, diese Untergrundbahn sei 60 m unter der Erde. 60 m seien nötig, damit keine Bombe irgend etwas anrichten könne. Er sagte

17 12. Oktober 1955. – AdG 1955 S. 5408.

18 Bulganin war von 1931 bis 1937 Stadtoberhaupt von Moskau.

weiter: Diese Untergrundbahn ist so gebaut, daß die ganze Millionenbevölkerung von Moskau im Falle eines Angriffs auf Moskau darin Platz finden kann. Wir haben gesorgt für Wasser, elektrisches Licht, Ernährung, Entlüftung usw., und wir können alle Zugänge hermetisch schließen. Ich sah ihn etwas überrascht an, und er setzte hinzu: damit kein Giftgas hineindringt. Man hatte schon in den dreißiger Jahren damit gerechnet, daß eventuell einmal ein Angriff auf Moskau aus der Luft kommen würde, und hat deshalb in dieser geradezu riesenhaften Weise Vorsorge getroffen, so daß man keine Bunker benötigt und trotzdem die Bevölkerung nach menschlichem Ermessen vollkommen gesichert ist.

Trotz all dieser sehr offenen Gespräche war die Atmosphäre schlecht; sie verschlechterte sich so, daß ich des Montags angeordnet habe – im Gegensatz zu den bis dahin getroffenen Anordnungen –, die Flugzeuge sollten schon am Dienstag zurückkehren – sie waren in Hamburg stationiert –, damit wir am Dienstag wieder abfliegen konnten und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Mittwoch. Selbstverständlich haben die Sowjets das gehört, da der Flugplatz unter ihrer Kontrolle stand. Und wahrscheinlich – ich kann nicht sagen sicher – war das der Grund, warum bei dem Empfang im Kreml plötzlich Bulganin zu mir sagte, Herr Bundeskanzler, ich will Ihnen einen Vorschlag machen: Wenn Sie mit uns diplomatische Beziehungen herstellen, dann geben wir Ihnen sämtliche verurteilten Kriegsverbrecher frei. Ich habe ihm erwidert: Herr Ministerpräsident, das ist ein faires Angebot, das ich mit meiner Delegation besprechen werde. Er hat dann Herrn Chruschtschow zum Zeugen dafür angerufen, daß er auch bestätigen sollte, so soll es sein. Bulganin erklärte: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort darauf. Und auch Chruschtschow erklärte: Ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Warum diese ehrenwörtliche Erklärung? Sie wollten sich nicht antun lassen, glaube ich, daß man ihren Vorschlag, diplomatische Beziehungen zu ihnen herzustellen, an Bedingungen knüpfte. Sie sagten auch sehr offen, wir unterhalten mit Völkern diplomatische Beziehungen, mit denen wir große Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen haben. Zwischen uns sind viele Meinungsverschiedenheiten. Aber warum sollten wir diese diplomatischen Beziehungen nicht herstellen?

Man muß das verstehen und muß es natürlich auch einkalkulieren. Wir haben dann, nachdem ich das meiner Delegation vorgetragen hatte, dieses Angebot angenommen. Aber es lag uns daran, daß Bulganin und Chruschtschow vor den gesamten beiden Delegationen – zusammen etwa 30 bis 40 Mann – ihr Ehrenwort wiederholten, damit dieses Wort nicht nur mir – weil es ja so nicht bewiesen werden könnte – allein gegeben war. Das haben sie auch getan. Sie haben vor den beiden Delegationen ehrenwörtlich bekräftigt, daß sie das tun würden. Ich habe ihnen gesagt, wir haben noch eine große Liste von Verschleppten, von Kriegsgefangenen, die zurückgehalten werden. Sie haben dann ihr Ehrenwort darauf gegeben, daß auch die zurückkehren könnten; wir müßten ihnen nur diese Listen geben. Sie müßten dann nachprüfen, ob das der Fall sei. Kurz und gut, diese Rückführung sollte sich erstrecken auf alle Personen, die zurückgehalten würden, nicht auf diejenigen, die mit ihnen Arbeitsverträge abgeschlossen hätten und deren Arbeitsvertragszeit noch nicht abgelaufen sei.

Meine Damen und Herren! Das ist der Verlauf. Wenn man einmal retrospektiv die ganzen Dinge betrachtet, können wir sagen, wir haben unsere Pflicht erfüllt. Wir haben das getan, was in dieser Situation zu tun war. Wir haben uns vor allem mit den Leuten sehr offen ausgesprochen. Wir stellen diplomatische Beziehungen her. Wir bekommen unsere Kriegsgefangenen und eventuell noch andere Deutsche zurück. Daran, daß das Wort der beiden erfüllt wird, habe ich nie gezweifelt. Zunächst hatten einige Herren in unserer Fraktion daran etwas gezweifelt. Es war mir nie unklar, daß sie – so wenig Glauben man auch dem schenken kann, was sie sagen – in einer so wichtigen Sache ein feierlich abgegebenes Ehrenwort auch halten würden. Ich nehme an, daß in der nächsten Woche die ersten paar tausend Kriegsgefangenen zurückkommen werden.

Ich darf noch ein Wort sagen über die Bevölkerung von Moskau. Ich muß Ihnen gestehen – das werden wohl auch die anderen Herren bestätigen –, ich habe niemals in meinem Leben ein Volk gesehen, das so trostlos und hoffnungslos aussah wie die Menschen in Moskau; nicht nur, daß sie so erbärmlich angezogen waren – sie sahen so aus, wie bei uns die Leute vielleicht im Jahre 1947 aussahen –, sondern auch ihre Gesichter waren grau und ohne Ausdruck, es sei denn, sie hatten einen Ausdruck der absoluten Hoffnungslosigkeit. Moskau kam mir vor – so habe ich mir das früher immer vorgestellt – wie eine Kolonialstadt, in der die farbige Bevölkerung schwer und ohne Recht arbeiten muß und beherrscht wird von einer kleinen Schar, die über alles gebietet. Diese kleine Schar ist auch schon da, das sind die Führer der Parteien in den verschiedenen Gremien; das sind die hohen Beamten und die hohen Offiziere; das sind die Leute, die eine leitende Stellung haben in den Fabriken und industriellen Unternehmungen. Die haben Autos und leben besser. Die können in den freien Läden kaufen, soweit etwas zu kaufen ist, und sie können in den freien Restaurants essen, aber zu welchen Preisen! Einige von uns haben sich einige Läden, in denen die Waren mit Preisen versehen im Schaufenster stehen, angesehen. Damenschuhe, die billigsten kosten 360 Rubel, das sind etwa DM 360,-. Bessere Damenschuhe kosten 600 Rubel, Herrenschuhe auch 600 Rubel. Drei von unseren Herren haben in einem freien Restaurant gegessen und eine Vorspeise, eine Fleischspeise und einen Nachtisch bekommen und zusammen eine Flasche Rotwein getrunken und dafür 240 Rubel bezahlen müssen. Auf unsere Frage an Journalisten, die schon länger da sind, ob denn Leute da seien, die so etwas bezahlen könnten, bekamen wir die Antwort: Ja, das ist eine kleine Schicht, die kann etwas Derartiges bezahlen.

Wie ist es nun mit den Kirchen? Ich war in einer polnischen Kirche, die sehr gut besucht war. Sie ist nicht groß. Es war von uns auch jemand in einer orthodoxen Kirche. Er sagte, diese orthodoxe Kirche sei am Sonntag überfüllt gewesen, und zwar nicht nur von älteren, sondern auch von jungen Leuten. Aber tatsächlich ist es so, daß, vielleicht abgesehen von ganz entlegenen Winkeln des Landes, doch die Religion, man kann sagen, ausgemerzt ist beim Volk. Man soll sich keiner Täuschung hingeben; denn das, was einmal ein führender Mann von den Russen gesagt hat: „Wir haben nicht mehr nötig, die Religion zu verfolgen, weil sie ausgelöscht ist“, scheint mir in weitestem Maße zuzutreffen.

Nun möchte ich noch ein Wort sagen über die Zukunft. Ich meine jetzt nicht über die Zukunft in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Da steht die Sache ja so, daß in New York ein gemeinsames Programm festgelegt worden ist, wonach die drei Westmächte sich verpflichtet haben, als Vorbedingung für die Herstellung eines Sicherheitssystems – von dem die Russen immer sprechen – die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verlangen.¹⁹ Ob das beim ersten Anbieh gehen wird, werden wir sehen. Ich glaube, wir sollten unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen. Die erste Konferenz wird es wahrscheinlich nicht bringen, vielleicht aber die zweite oder die dritte.

Was die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit von russischer Seite aus gesehen angeht, so bitte ich Sie, sich folgendes vor Augen zu halten: Militärische Gründe spielen dabei für die Russen gar keine Rolle. Es spielt für die Russen auch gar keine Rolle, ob jetzt vielleicht noch einige Fabriken da sind, die etwas wert sind. Es spielt für die Russen keine Rolle, daß 17 oder 18 Millionen Menschen da sind. Für die Russen spielt ein ganz anderer Gesichtspunkt eine entscheidende Rolle. Das trat in den Gesprächen auch sehr klar zutage. Wenn Sowjetrußland die Zone hergibt, dann gibt es damit ein Gebiet preis, das – wie Chruschtschow sich ausdrückte – die Segnungen des Kommunismus erfahren hat. Es gibt diese Menschen zurück an den Kapitalismus mit all seinen Schrecken. Das war nach seiner Sprechweise gut ausgedrückt und entsprach vielleicht auch seiner Überzeugung. Denn man muß sich klarmachen, daß die DDR das am weitesten vorgeschobene Bollwerk des Kommunismus ist, und wenn die Russen dieses Bollwerk räumen – und die Gewährung freier Wahlen würde gleichbedeutend sein mit einer solchen Räumung –, dann gäben sie damit unmißverständlich zu verstehen, daß sie ihr Ziel, Westeuropa unter die kommunistische Macht zu bringen, aufgeben. Das würde sowohl auf die Kommunistische Partei Frankreichs wie auf die Kommunistische Partei Italiens sowie auf die Krypto-Kommunisten Deutschlands einen verheerenden Eindruck ausüben; denn dann verlören sie ihre Mitläufer und alle diejenigen, die glauben, daß von einem zur Macht gekommenen Kommunismus irgend etwas zu ernten sei.

Daher ist – man muß das verstehen vom Standpunkt der Russen aus – die Aufgabe der Sowjetzone für sie ein großes Opfer, weil sie damit – ich wiederhole das nochmals – dokumentieren, daß sie ihr Ziel, Westeuropa dem Kommunismus zu unterwerfen, aufgeben. Sie werden das nur dann tun, wenn sie etwas dafür bekommen; was, das wird sich finden, aber sie wollen etwas dafür haben.

Die Pariser Verträge sind ihnen in diesem Zusammenhang völlig gleichgültig, sie spielen überhaupt keine Rolle. Chruschtschow sagte: Sie sind den Pariser Verträgen beigetreten. Das ist eine Realität. Wir sind Menschen, die die Realitäten als Realität nehmen. Wir stellen gar nicht das Verlangen an Sie, die Pariser Verträge preiszugeben. Sie müssen also diese ganze Frage, damit Sie ihre Bedeutung und ihre Schwere richtig

¹⁹ Tagung der Außenminister der drei Westmächte am 17. Juni 1955 in New York (vgl. AdG 1955 S. 5214; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 461f.).

sehen, vom Standpunkt der Russen aus betrachten, wie ich es eben zu skizzieren versucht habe. Dann werden Sie mit mir darüber übereinstimmen, daß aber auch gar nichts, was Deutschland gewähren kann – es sei denn das Opfer seiner Freiheit und Übertritt zum Kommunismus –, die Russen dazu bewegen wird, ihre westliche Bastion preiszugeben.

Wir können das nur erreichen auf irgendeine Weise mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Darum finde ich es so furchtbar, daß Herr Dehler, der Vorsitzende der FDP, bei dieser Rede in Uelzen diese Äußerungen gemacht hat²⁰, die nach einem Telegramm des Herrn von Brentano an mich drüben das peinlichste Aufsehen erregt und zu allen möglichen Fragen Anlaß gegeben haben. Er hat es ja – Sie kennen das – erst widerrufen wollen auf mein Verlangen, etwas im Zwielficht, ich habe aber dann darauf gedrungen, daß die Fraktion der FDP einen Beschluß darüber faßte, ob sie hinter der bisherigen Außenpolitik nach wie vor stehe oder nicht. Und auf den Vorschlag des Herrn Dehler hat die Fraktion der FDP vorgestern mit 25 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß sie nach wie vor auf dem Boden dieser Politik steht. Mehr kann man z.Z. nicht verlangen, man muß jetzt die nächste Rede von Herrn Dehler abwarten (*Heiterkeit*) und sich dann überlegen, was zu geschehen hat.

Zum Schluß möchte ich noch einige Ergebnisse einer demoskopischen Untersuchung über die Reise nach Moskau und über unsere Politik vorlesen. Im großen und ganzen betrachtet die Bevölkerung der Bundesrepublik die Reise des Kanzlers nach Moskau als politischen Erfolg, mindestens als Teilerfolg.

Frage: Wie ist ganz allgemein Ihr Eindruck, war die Reise nach Moskau ein Erfolg oder kein Erfolg?

Die Antworten lauten:

Erfolg:	48 %
Teilerfolg:	31 %
kein Erfolg:	9 %
kein Urteil:	12 %

Also, 9 % sagen, es war kein Erfolg.

Eine weitere Frage ist etwas sehr schwer gestellt:

Wie ist Ihr Urteil, wer hat in Moskau mehr erreicht, Dr. Adenauer oder die Sowjets, oder hat keiner mehr erreicht als der andere?

20 Rede am 25. September 1955 auf dem Landesparteitag der FDP Niedersachsen (vgl. „Die Welt“ vom 26. September 1955; KLINGL S. 222ff. – auch zum Folgenden). Der kritisierte vollständige Satz lautete: „Es gibt keine Wiedervereinigung auf der Grundlage der Pariser Verträge für Gesamtdeutschland.“ In den Agenturmeldungen hatte „für Gesamtdeutschland“ gefehlt. Dehler bestätigte in einem Schreiben an Adenauer, daß die FDP auf dem Boden der Adenauerschen Außenpolitik stehe und für die Pariser Verträge eintrete. – Von Brentano nahm am 28. September 1955 an einer Konferenz der Außenminister der drei Westmächte in New York teil, die zur Vorbereitung der Genfer Konferenz diente (Kommuniqués in AdG 1955 S. 5382f.).

Ich frage mich, wie soll das rhetorisch beantwortet werden? (*Heiterkeit.*)

Ich habe die Frage nicht gestellt. Insgesamt haben geantwortet für

mehr Erfolg Adenauer:	18 %
mehr Erfolg die Sowjets:	17 %
keiner mehr als der andere:	41 %
unentschieden:	24 %

Eine weitere Frage lautet:

Nach allem, was Sie darüber gehört haben, sind Sie mit der Art und Weise, wie Adenauer mit Moskau verhandelt hat, im großen und ganzen einverstanden, oder hätte er etwas anders machen müssen?

einverstanden:	68 %
hätte etwas anders machen müssen:	8 %
kein Urteil:	16 %

Neue Frage:

Die Sowjets haben es Dr. Adenauer übelgenommen, daß er in Moskau von den Gewalttaten der Roten Armee in Deutschland gesprochen hat. Was meinen Sie, war es notwendig, daß Dr. Adenauer davon gesprochen hat, oder hätte er besser nicht davon sprechen sollen?

es war notwendig:	68 %
hätte nicht davon sprechen sollen:	15 %

(*Von Hassel:* Ein Teil der SPD hat gesagt, er hätte nicht davon sprechen sollen!)

Von der SPD haben gesagt

war notwendig:	58 %
hätte nicht davon sprechen sollen:	35 %

Ich will Ihnen das nicht alles vorlesen. Aber warum richten Sie die Frage an Herrn Kaiser? (*Von Hassel:* Weil er der Sachverständige ist. – *Kaiser:* Ich habe einen Mann getroffen, der befragt worden ist; es ist eine merkwürdige Angelegenheit! – *Zuruf:* Nicht klar! – *Wuermeling:* Es werden immer nur 2.000 gefragt. – *Unruhe.* – *Zuruf:* Unklare Fragen!)

Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Dr. Adenauers einverstanden oder nicht? Ist das eine klare Frage? (*Kaiser:* Ist sehr klar!)

Antwort einverstanden:

im Juli	50 %
im August	52 %
im September	59 %
nicht einverstanden:	
im Juli	18 %
im August	19 %
im September	15 %

Sie sehen also daraus, Herr Kaiser, daß auf klare Fragen eine uns zufriedenstellende Antwort gegeben wird. (*Heiterkeit.*)

Frage: Welche Partei steht Ihrer Ansicht am nächsten?

Ist das eine klare Frage? (*Kaiser: Ja!*)

Antwort:

CDU

im Juli 43 %

im August 44 %

im September 47 %

SPD

im Juli 33 %

im August 36 %

im September 31 %

FDP – das ist eine konstante und beharrliche Partei –

im Juli 12 %

im August 11 %

im September 11 %

Das übrige interessiert nicht mehr.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen diese Zahlen vorzutragen, weil Sie doch daraus ersehen können – denn im allgemeinen sind diese Auskünfte richtig –, daß das Gros der deutschen Bevölkerung mit unserer Politik einverstanden ist.

Damit möchte ich vorläufig schließen. Wenn Sie Fragen stellen, stehe ich gerne zur Verfügung. (*Lebhafter Beifall.*)

Sind keine Fragen zu stellen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat das Wort Herr Kiesinger.

Kiesinger: Ich kann die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in einigen Punkten ergänzen. Zur Frage der Atmosphäre! Ich halte das für wichtig. Der Akzent wurde durch den rauh hingesprochenen Satz des Herrn Bundeskanzlers auf dem Flugplatz gesetzt, daß zum ersten Male eine Vertretung des deutschen Volkes mit der Sowjetregierung verhandele. Ich habe den Satz nicht mehr wörtlich im Kopf. Aber das hat gesessen. Sicherlich hat ebenso gesessen eine außerordentlich klare und feste Haltung des Herrn Bundeskanzlers selbst den Russen gegenüber, und zwar nicht nur bei den offiziellen Verhandlungen, sondern auch bei zahlreichen privaten Gesprächen. Ich kann ihm dafür nur meine – auch im Namen der übrigen Delegationsmitglieder – Bewunderung ausdrücken. Ich könnte mir denken, daß entsprechende Unterhaltungen mit Vertretern der DDR wesentlich anders geklungen haben als die unsrigen. Ich bin davon überzeugt, daß das auch für die Zukunft eine gewisse Bedeutung haben wird.

Die Nachrichten aus Belgrad, die man über die Begegnung mit den Russen hörte, das seien unbedeutende Leute – nichts ist falscher als das. Bulganin und Chruschtschow sind keineswegs unbedeutende Leute. Sie haben die Qualitäten, die notwendig sind für die Verwaltung eines solch riesigen Reiches, und zwar jeder auf seine Art. Ich stimme auch dem Urteil des Herrn Bundeskanzlers zu, daß man zuerst sehr stark von Chruschtschow beeindruckt ist, daß aber dann die ruhigere und besonnenere Art von Bulganin vielleicht noch stärker beeindruckt.

Ich habe jetzt einen Artikel im „Figaro“ gelesen von einem französischen Berichterstatter, wo genau dasselbe gesagt wird: Zuerst Chruschtschow, aber später habe man den Eindruck, daß die ruhigere und besonnenere Haltung Bulganins mehr Kraft ausdrücke. Bulganin wirke auf den ersten Blick bürgerlich behaglich, aber hinter dieser Behaglichkeit stehe ein wahrhaft eiserner Wille. Das drückt sich auch in entscheidenden Momenten in seinem Gesicht sehr deutlich aus. Diese Leute werden also der Welt zweifellos noch zu schaffen machen.

Wenn ich einen Seitenblick auf Malenkow werfen darf, so kann ich sagen, es werden viele Märchen über ihn verbreitet. Carlo Schmid's Phantasie²¹ führt manchmal über die Realität hinaus. Malenkow spricht nicht Latein und keine andere Fremdsprache. Er hat mir einen falschen lateinischen Satz auf meine Tischkarte geschrieben und gesagt, er vermute, daß er falsch sei. Er ist sehr klug, aber er ist sehr krank. Er macht einen kranken Eindruck; wenn er die Treppe hinaufgeht, dann atmet er außerordentlich mühsam. Es ist uns auch angedeutet worden, daß er sehr herzkrank sei. (*Adenauer*: Er sah weiß aus.) Im Bilde kommt das nicht so zum Ausdruck, aber er macht einen ausgesprochen kranken Eindruck.

Zur Ideologie! Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, man kann keinem Menschen ins Herz sehen. Ich bin sehr stark beeindruckt zurückgekommen von der Tatsache, wie außerordentlich, ja manchmal wie fanatisch die Leute bei allen Gesprächen sind. Ich habe einmal versucht, das zu verfolgen, um irgendwie eine nähere Aufklärung ihrer Ideologie zu bekommen. Für uns alle ist die Frage zu stellen, ist es machtpolitische Pragmatik oder ist die motivierende Kraft ihrer Politik nach wie vor dieses eigentümliche Gemisch aus marxistisch-leninistischer Ideologie mit russisch-slawischem Missionsdenken? Ist das wirklich noch da? Nach meiner Meinung ist es da, und das spielt für alle möglichen Fragen eine große Rolle. Sie erklärten mir, deswegen können wir unsere jetzige Politik treiben. Kaganowitsch²² drückte es so aus – wie auch Chruschtschow –, die Weltrevolution kommt mit absoluter Sicherheit. Als ich ihm sagte, im Jahre 2000 gibt es diese Gegensätze nicht mehr, rief er: Njet, njet, sie kommt! Die kommunistische Revolution setzt sich durch. Das steht im „Karl Marx“, im alten Katechismus des Marxismus. Und weil es so ist, deswegen ist für uns nur die Leninsche Theorie akzeptabel.

Es ist genau das, was wir immer gesagt haben, wenn sie vom Frieden sprechen. Das russische Wort „mir“ ist etwas anderes als das, was wir hier unter Frieden verstehen. „Mir“, das ist die „Pax sovjetica“ oder wie man es nennen möchte.

21 Schmid war auch in Moskau. – Vgl. Anm. 25.

22 Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch (geb. 1893), sowjetischer Politiker; 1924–1957 Mitglied des ZK der KPdSU (1928–1939 Sekretär), 1930–1957 Mitglied des Politbüros, 1953–1957 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, 1957 aller Parteiämter enthoben, 1961 Ausschluß aus der Partei.

Etwas zur orthodoxen Kirche! Es leuchten über Moskau die neuen vergoldeten Kreuze, die über dem Kreml stehen, riesengroß. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Ich war auch in einem orthodoxen Gottesdienst; Menschen unter 30 Jahren habe ich darin überhaupt nicht gesehen. Das Kirchlein war voll – das Kirchlein auf den Sperlingswegen –, aber Kinder habe ich nicht gesehen, nicht ein einziges Kind. Auf dem Bankett erschien der Metropolit, der sehr eindrucksvoll in seinem weißen Gewand und seiner schwarzen – ich weiß nicht, wie man sie nennt – Kopfbedeckung dastand. Soweit ich sehen konnte – ich versuchte es festzustellen –, stand er völlig isoliert unter der Menge. Ich sah ihn nachher in der Begleitung von Kaganowitsch und Malenkov. Beide begrüßten ihn, und Kaganowitsch sagte mir im Vorbeigehen, wir stehen mit ihm gut; aber „gut“ auf ihre bekannte Weise. Die orthodoxe Kirche hat eben ihren Frieden gemacht mit diesem Staat. Ich habe den Eindruck, die Jugend ist heute schon weithin dieser Kirche entfremdet.

Vielleicht lohnt es sich, auf die Frage des Bevölkerungsproblems – ich habe darüber interessante Unterhaltungen mit Chruschtschow gehabt – einzugehen. Chruschtschow betonte sehr stark, daß sie eine aktive Bevölkerungspolitik treiben, d.h., sie brauchen Menschen, Menschen und nochmals Menschen. Er sprach in diesem Zusammenhang auch von den 650.000, die ganz bestimmt nicht militärisch eingesetzt werden, sondern die brauchen sie für ihre Pläne. Ich sprach mit ihm über ihre Agrarpläne. Dabei kamen wir notwendigerweise auf China zu sprechen. Es war interessant, als er sagte, die Sowjetunion treibt mit allen Mitteln eine aktive Bevölkerungspolitik. Ich habe ihm einiges von unserer Bevölkerungspolitik erzählt, worauf er sehr schnell das Thema verließ. Als ich auf China zu sprechen kam und gerne wissen wollte, wie dieses Problem in den sowjetrussischen Köpfen aussieht, sagte er, die haben 12 Millionen Menschen Überschuß jährlich; aber die Chinesen werden das Problem bewältigen. Sie haben ein Geburtenkontrollgesetz erlassen. Was also auf der einen Seite verboten und bestraft wird, wird auf der anderen Seite erlaubt, ja sogar ermutigt. Ich habe ihm gesagt, das sei ein interessanter Gegensatz zwischen den beiden Ländern, und ob er glaube, daß die Chinesen das richtig machten, ob das nicht wider das Prinzip des Lebens selbst sei. Er stutzte einen Augenblick und sagte dann, das machen die Chinesen schon richtig. Er erzählte dann ein bißchen von China – er war damals mit Bulganin dort²³ – und fing beinahe an zu schwärmen von diesem Volk; denn dort gäbe es überhaupt kein Problem. Männer und Frauen zögen dort ein Hemd an. Es gebe auch keine Kleiderprobleme, man lebe dort von der Hand in den Mund; mit einem solchen Volk könne man weit kommen.

Ich hatte von Chruschtschow den Eindruck – er ist schwer zu beurteilen –, daß er doch so etwas wie ein kommunistischer Utopist sei. Ich möchte nachdrücklich den Akzent auf Utopist setzen. Er hat von phantastischen Plänen gesprochen. Man konnte

23 Während der sowjetisch-chinesischen Verhandlungen vom 29. September bis 12. Oktober 1954 in Peking (Kommuniqués und Deklarationen in AdG 1954 S. 4791–4793).

den Eindruck haben, er gibt an, er will uns beeindrucken. (*Adenauer*: Er gibt an!) Aber zugleich hatte ich das Gefühl – und das ist für die Einschätzung in der Zukunft von Bedeutung –, daß er im Gegensatz zu anderen, z.B. zu dem Saburow²⁴, dem Planer, oder zu Malenkov viel nüchterner ist. Er steht mehr auf dem Boden der Tatsachen, als daß er an phantastische Dinge glaubt. Aber er glaubt, daß die Chinesen ihre Agrarprobleme würden lösen können. Das klang so: Glaubte der Mann nun selber daran, oder trägt er nur dick auf, um uns zu beeinflussen?

Im übrigen ist China nach meiner Meinung in ihren Köpfen ein Problem, bei dem sie China nicht viel helfen können. Sie können chinesische Ingenieure und Facharbeiter ausbilden, ihnen aber keine große materielle Hilfe geben. Saburow hat einmal gesagt, wenn wir von euch gewisse Dinge bekommen, dann können wir auch diese Aufgabe bewältigen. Auch andere Mitglieder der Delegation hatten den Eindruck, daß Nordchina die Köpfe der Sowjetrussen sehr stark beschäftigt. Sie sprechen von China auch mit großem Respekt. Sie sehen es als ein bedeutsames Phänomen an.

Wenn ich recht habe mit der Frage der Ideologie, dann hat natürlich auch das Problem der Einkreisung ein besonderes Gewicht. Dann müßten sie konsequenterweise auch an der These festhalten, daß die kapitalistische Welt – Kaganowitsch sprach zu mir von einer Logik der Dinge, die eben zwangsläufig sei – sich eines Tages zu jener letzten verzweifelten Kraftanstrengung aufraffen werde, um den Kommunismus im Heimatland des Kommunismus zu zerstören. Das wird vielleicht eine der Fragen sein, die zwischen der westlichen Welt und den Sowjetrussen am schwierigsten zu behandeln ist.

Sie haben gesagt, sie glaubten, daß die gegenwärtigen westlichen Politiker friedlich gesonnen seien. Aber es seien noch andere da, die Zeiten änderten sich. In den Unterhaltungen hieß es: die Logik der Dinge. Sie sagten, Herr Bundeskanzler, die Russen hätten Angst vor den Vereinigten Staaten. Das ist sicherlich ihr ernstestes Anliegen heute. Aber sie haben auch von Deutschland eine Vorstellung, die uns sogar manchmal überrascht hat. Sie halten von dem deutschen Potential in jeder Hinsicht für die Zukunft außerordentlich viel. Ihre dauernde Formulierung, wenn Rußland und Deutschland zusammengingen, könnte es niemand wagen, je einen Krieg zu starten, deutete an, daß sie glauben, im Kräftespiel der Welt nehme Deutschland einen entscheidenden Posten ein. Daraus lassen sich verschiedene Schlußfolgerungen ziehen. Ich gebe in der Schlußfolgerung dem Herrn Bundeskanzler recht, eigentlich ist das Problem für die Russen das deutsche Problem, das für sie nur zu lösen sein würde, wenn ganz Deutschland kommunistisch wäre.

24 In der Vorlage: Saganow. – Maksim Sacharowitsch Saburow (geb. 1900), sowjetischer Politiker; 1941–1944 und 1949–1955 Vorsitzender des GOSPLAN, 1952–1957 Politbüro des ZK, 1955–1957 einer der Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, 1955–1956 Leiter der Kommission für die laufende Wirtschaftsplanung.

Ob Deutschland innerhalb der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft steht oder ob ein aus der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft ausgeklammertes, aber bewaffnetes Deutschland existiert, mag für die Russen graduell von Bedeutung sein, aber mein Eindruck ist der, daß es nicht prinzipiell von Bedeutung ist; denn dieses Deutschland ist jedenfalls für die Russen ein Faktor, der für ihre kommunistische Vorstellungswelt gefährlich bleibt, solange Deutschland selbst nicht kommunistisch ist.

Wenn diese These richtig ist, dann verlieren alle Auseinandersetzungen und alle Streitigkeiten über die Methoden usw. an Gewicht. Ich bin von meinem Besuch in Moskau gerade in dieser Überzeugung gestärkt zurückgekehrt. Das bedeutet natürlich einiges für das Problem der deutschen Wiedervereinigung. Ich brauche das nicht darzustellen, aber man muß den Dingen ins Auge sehen. Man muß wissen, so ist es nun einmal. Auch ich bin der Meinung, daß über alle Sicherheitsproblematik hinweg es den Russen sehr schwer fiel, auf die Position in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik zu verzichten, weil es eine gewaltige Ermutigung für die anderen Satellitenstaaten wäre. Im Hintergrund dieses schrecklichen Problems steht einfach die Existenz Deutschlands, und zwar muß man es einmal richtig sehen. Der Herr Bundeskanzler hat von einer Bevölkerungszunahme von drei Millionen Menschen im Jahr gesprochen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob die Zahl richtig ist. (*Adenauer*: Unsere Zahlen!) Die Russen halten außerordentlich stark zurück; jedenfalls sind sie nicht zufrieden mit ihrer Bevölkerungszunahme. Wenn ich richtig unterrichtet bin, so ist sogar die amerikanische Bevölkerungszunahme größer als die sowjetrussische, was auch ein Problem darstellt.

Wenn wir einmal langfristig diese Dinge ins Auge fassen, daß eines Tages 100 Millionen Deutsche in Zentraleuropa sein werden, die nicht kommunistisch sind, so ist das natürlich für die Russen auch ein bedeutsames Problem, weil dieses Land ideologisch anders denkt; denn jedes ideologisch nichtkommunistische Land ist eben für den Ernstfall der potentielle Gegner. Hinter der scheinbaren Gelassenheit, mit der sie uns erklärt haben, die Weltrevolution wird sich vollziehen, wir tun nichts daran – Sie erinnern sich, daß Chruschtschow mich angegriffen hatte, weil er meinte, ich hätte gesagt, Moskau habe überall die Hände im Spiel; ich habe es ihm nicht so grob gesagt –, hinter dieser scheinbaren Gelassenheit steckt eben doch die Überzeugung, wer nicht kommunistisch ist, das ist nun einmal der potentielle Gegner. Das ist für mich drüben eigentlich das eindrucksvollste Erlebnis gewesen. Was die Ergebnisse der Verhandlungen selbst anbelangt, so stimme ich dem Herrn Bundeskanzler vollkommen zu. Wir hatten keine Möglichkeit, uns zu weigern, nach Moskau zu gehen. Was wäre in der Welt losgegangen, wenn wir gesagt hätten: Nein! Wenn wir aber nach Moskau gingen und wenn uns die Dinge so präsentiert wurden, wie sie präsentiert worden sind, dann war es keinem deutschen Politiker möglich, mit einer anderen Lösung als dieser zurückzukommen.

Zu gewissen Gerüchten, die auch in der Presse verbreitet worden sind, möchte ich sagen, es war nicht das Eingreifen von Carlo Schmid – der sich im übrigen sonst

tadellos verhalten hat; er hat hinterher nur ein bißchen zuviel Märchen erzählt –, das die Wendung in der Kriegsgefangenenfrage gebracht hat. Wir hatten ihn gebeten, etwas zu sagen. Er hat es gesagt in einem Stil, den ich nicht gebraucht hätte. Mir war der Stil, den der Herr Bundeskanzler gebraucht hat, sehr viel lieber. Carlo Schmid's Worte klangen mir ein bißchen nach Selbstanklage. Das war vielleicht ein nützlicher Beitrag; ich weiß es nicht.²⁵

Im ganzen gesehen glaube ich, daß von uns aus der Situation tatsächlich herausgeholt worden ist, was überhaupt herausgeholt werden konnte. Ich habe auch nicht den Eindruck, daß, wenn wir es auf die Spitze und den Kopf hätten ankommen lassen und wenn der Herr Bundeskanzler gar abgelehnt hätte, ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre. Deswegen müssen wir aus der entstandenen Situation das Beste machen.

Ich will mich nicht auf Spekulationen einlassen, wie sich diese ganzen Dinge entwickeln werden. Tatsächlich weiß man, wenn man so etwas startet, nie genau, welche Konsequenzen das alles in den kommenden Jahren haben wird. Das entscheidende ist, daß man sich über die Gesamtproblematik klar ist, daß man prinzipiell weiß, was man will. Man darf sich also nicht von den Dingen schieben lassen; dann wird es auch gelingen, mit diesem neuen Faktor innerhalb unserer Bemühungen fertig zu werden und voranzukommen.

Adenauer: Ehe ich Herrn Tillmanns das Wort gebe, möchte ich noch einige Bemerkungen machen; zunächst über Herrn Schmid. Ich höre das zum ersten Male, daß das Auftreten des Herrn Schmid die Wendung in der Gefangenenfrage gebracht hätte. (*Zurufe:* Hat im „Spiegel“ gestanden!²⁶) Das ist doch eitel Schwindel. Ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür. Die Wendung hat gebracht, soviel ich glaube, die Anordnung, die Flugzeuge kommen zu lassen, weil sie daraus sahen, daß wir entschlossen waren, absichtlich des Dienstags zu fliegen. Das hat mit Herrn Schmid gar nichts zu tun.

Noch ein Wort zu Herrn Schmid! Er hat bei dem ersten Trinkspruch den Herrn Chruschtschow angeredet mit Genosse, Genosse Chruschtschow, und Chruschtschow hat ihn dann angesprochen mit: Gospodin Towaritsch – Großdeutschland!²⁷ (*Heiterkeit.*) In der mehrstündigen Unterhaltung mit Bulganin und Chruschtschow – von der ich eben gesprochen habe – hat keiner der beiden, auch nicht mit einer ganz leisen Andeutung, mir gegenüber ein Wort gesagt von einem Zusammengehen zwischen Deutschland und Rußland. Ich unterscheide mich etwas im Ergebnis von dem, was Herr Kiesinger gesagt hat. Sie fürchten uns tatsächlich nicht. Ich habe mich doch mit ihnen unterhalten. Ich habe ihnen gesagt, sehen Sie, wie die Weltlage ist. Ich habe nämlich versucht, ihnen die europäische Idee klarzumachen und gesagt, sehen Sie

²⁵ Text der Rede bei SCHMID S. 575f.

²⁶ „Der Spiegel“ vom 21. September 1955 S. 9–15, hier S. 13ff.

²⁷ Gospodin bedeutet Herr und Towaritsch Genosse. Richtig bei SCHMID S. 570: „Gospodin Welikaja Germanija – Herr Großdeutschland“.

Amerika und die Sowjetunion, und halten Sie dagegen die einzelnen Länder Europas, von denen keines mehr eine Großmacht ist. Wir können überhaupt wirtschaftlich und politisch nur am Leben bleiben, wenn wir uns zusammenschließen. Das hat mit einem Gegensatz zu ihnen überhaupt nichts zu tun. Ich habe wirklich nicht den Eindruck, als wenn sie irgendwie Deutschland fürchteten. Es liegt ihnen etwas an Deutschland, und zwar wegen der Fähigkeiten der Deutschen, zu arbeiten und zu produzieren.

Herr Bulganin erzählte mir, daß er jahrelang der Leiter des Elektrizitätswesens war; er habe einen 25jährigen Vertrag mit der AEG abgeschlossen und zeitweise bis zu 700 AEG-Arbeiter und -Ingenieure unter sich gehabt, mit denen er ausgezeichnet zurechtgekommen sei. Diese Fähigkeiten der Deutschen imponieren ihnen. Aber sie sind mit Recht zu stolz, als daß sie vor unseren paar Millionchen – verzeihen Sie den Ausdruck – irgendwie Angst hätten; die haben sie bestimmt nicht. Sie haben wohl Sorge, wenn die Vereinigten Staaten mit Deutschland zusammengehen. Aber ich bitte Sie und auch Herrn Kiesinger, doch einmal die Situation unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, den ich eben ausgeführt habe, was nämlich die Aufgabe der DDR für Sowjetrußland bedeutet im Hinblick auf die Herrschaft über Europa. (*Kiesinger*: Wir sind uns einig!) Das ist nach meiner Meinung für die Russen der entscheidende Punkt, daß sie sagen, wenn wir die DDR preisgeben, dann dokumentieren wir damit die Aufgabe unseres Zieles: die Beherrschung Westeuropas durch den Kommunismus. Denn dann werden die kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien zusammenschumpfen. Gerade wir, denen die Wiederherstellung der Einheit ein sehr starkes, auch aus dem Seelischen begründetes Anliegen ist, ein nationales Anliegen, müssen uns doch daran gewöhnen, daß das im Ausland gar nicht zieht.

Seien wir uns darüber klar, daß es zwar im Ausland hier und da jemand gibt, der so etwas versteht, aber dem größten Teil der Menschen im Ausland, in Frankreich, in England, in Amerika, imponiert das gar nicht. Denen ist das im Grunde genommen wahrscheinlich sogar herzlich gleichgültig.

Worüber ich mir Sorgen mache – wie es mir gegenüber auch zum Ausdruck gekommen ist –, das gilt im Hinblick auf die nationalistischen Ausbrüche an der Saar, die uns ganz außerordentlich, das möchte ich mit großem Nachdruck sagen, meine Herren, im Ausland geschadet und unsere Position im Ausland wesentlich beeinträchtigt haben.

Die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen – wir sollten das auch im Einzelgespräch wiederholen – haben Verständnis für den Standpunkt, daß die Aufgabe der DDR bedeutet: Aufgabe der bisherigen Politik Sowjetrußlands, Westeuropa zu beherrschen. Dann wäre nämlich die Herrschaft über Westeuropa am Ende. Darüber sind sie sich klar, und ehe sie das tun, müssen sie irgendein Äquivalent geboten bekommen. Ich glaube, daß es ein Äquivalent gibt, das ihnen geboten werden kann. Ich bitte Sie sehr, wo Sie auch darüber sprechen, dies in vorsichtiger Weise zu tun. Dieses nationale Element, das uns die Wiederherstellung der Einheit verlangen läßt, kann im Ausland selbstverständlich nicht in der Weise entstehen wie bei uns. Wer von uns

z.B. regt sich über die Frage Nordirland und Südirland auf? Ich glaube kaum jemand, obwohl die Irländer selbst – sprechen Sie mal mit einem Südirländer – dies als eine Frage auf Leben und Tod betrachten. Wir fragen gar nicht danach. So ist es nun einmal in der Geschichte. Wir müssen den anderen klarmachen, daß ihr eigenstes Interesse die Wiederherstellung der deutschen Einheit verlangt, weil damit der Kommunismus in ganz Europa einen vernichtenden Schlag bekommt. Das verstehen sie, und das wirkt auch auf sie ein.

Tillmanns: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß wir uns alle, als Sie nach Moskau fuhren, darüber klar waren, daß Sie einer schweren Aufgabe entgegengingen. Wir haben daher um so mehr Grund, Ihnen für die Art und Weise, wie Sie diese ungeheuer schwere Aufgabe gelöst haben, Dank zu sagen. Diesen Dank hat die Fraktion bereits zum Ausdruck gebracht. Ich bin sicher, daß es auch der Wunsch dieses Vorstandes ist, Ihnen, nachdem Sie uns diesen Bericht gegeben haben, von ganzem Herzen zu danken für das, was Sie für das deutsche Volk in Moskau getan haben. (*Lebhafter Beifall.*) Es ist morgen im Parteiausschuß noch einmal eine Aussprache möglich. Deshalb frage ich, sollen wir jetzt schon eine Aussprache halten, oder sollen wir sie vertagen bis zum Parteiausschuß? Ich will keine Stellung dazu nehmen. Ich bin der Auffassung, da wir heute und morgen zusammen sind, sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen, uns über die politischen Konsequenzen, die sich aus der Moskareise und der dort getroffenen Vereinbarung ergeben, auszutauschen, um eine gewisse Klarheit über den Weg zu finden, den wir zu gehen haben.

Soweit ich sehe, sind es zunächst zwei Punkte:

1. Die Frage der Wiedervereinigung. Die Opposition versucht jetzt, aus der klaren und entschiedenen Auffassung, die Ihnen in Moskau entgegengetreten ist, den Schluß zu ziehen: Aha, die Moskareise hat also das aufgezeigt, was wir immer gesagt haben, mit den Pariser Verträgen war es nichts. Diese Haltung der Opposition wirkt hinein bis in die Kreise der FDP und der Koalition. Mir scheint es eine wichtige Frage zu sein, wie sich die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union mit diesem Faktum auseinandersetzen. Ich will von mir aus nicht in die Debatte eintreten.
2. Die zweite große Frage lautet: Was ist mutmaßlich zu erwarten von der Sowjetunion, nachdem sie in Moskau diesen Standpunkt eingenommen hat, nämlich die beiden Deutschland sind Fakten. Wir sind Realisten und wissen, daß wir daran nichts ändern können. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, sie hätten auch nicht die Aufhebung der Pariser Verträge verlangt. Das ist selbstverständlich für sie, denn das gibt ihnen die Möglichkeit, die sogenannte Politik der Entspannung weiterzutreiben und unter dem Deckmantel der Politik der Entspannung zu versuchen, den Kalten Krieg in einer ganz anderen Form weiterzuführen, nicht mehr in der Form der Drohung, sondern in der Verlockung für das deutsche Volk. Wenn wir Realisten sind, dann müssen wir zwar nicht unmittelbar, aber indirekt durch eine ideologische Offensive über kulturelle Vereinigungen usw. bis in alle Lebensbezirke hinein versuchen, zu einer Aufweichung unserer geistigen und politischen Position zu kommen. Das ist für uns als Christlich-Demokratische Union eine entscheidende Aufgabe in der nächsten Zeit,

eine Aufgabe, die sogar die gesamte Bundesrepublik und Bundesregierung in einer anderen Weise auf sich nehmen müssen, als das bisher geschehen ist.

Sie haben bei anderer Gelegenheit gesagt, wir müssen jetzt alles versuchen, die Menschen in der Ostzone innerlich zu stärken. Nach den Nachrichten, die ich habe, hat Ihre Haltung in Moskau auf die Menschen in der Zone außerordentlich positiv gewirkt. Ich habe von verschiedenen Seiten aus der Zone gerade zu dem, was Sie über die Schrecken des Krieges in Deutschland gesagt haben, gehört, daß einfache Leute in der Zone sagen, endlich hat einer wieder die Ehre unserer Frauen hergestellt. Das ist eine Art Reaktion, wie man sie in der Zone hört. Es ist unsere Aufgabe, alles zu vermeiden, was die Entmutigung in der Zone weiter fördern könnte. Wenn sich in der Zone die Auffassung durchsetzt, daß es mit der Wiedervereinigung für absehbare Zeit aus ist, dann wird eine neue Flut aus der Sowjetzone einsetzen, wobei die Zahl der Flüchtlinge in die Millionen gehen wird. Schon aus diesem einzigen Grunde ist es ein Anliegen der deutschen Politik, um der Existenz unseres Volkes willen alles zu tun, die Frage der Wiedervereinigung weiterzuverfolgen. Ich will nur ein paar Gesichtspunkte herausstellen.

Für mich stellt sich die Situation etwas anders dar, als sie Herr Kiesinger dargestellt hat. Was die Ihnen in Moskau erzählt haben, das haben sie uns schon im Jahre 1946/47 genauso erzählt. Das ist eine Bestätigung dieser Haltung und infolgedessen kein neuer Sachverhalt. Wir dürfen eines nicht vergessen, die Sowjetzone Deutschlands ist vom Kreml aus gesehen für sie auch eine Sache mit durchaus unangenehmem Akzent, weil inmitten dieser Zone Berlin liegt, was die Sowjets als Seuchenherd – von ihrem Standpunkt aus mit Recht – bezeichnen. Darin unterscheidet sich die Sowjetzone von der Tschechoslowakei, von Polen und anderen Ländern. Solange diese ständige Ausstrahlung von Berlin aus in die Zone geht, ist die Zone für sie eine durchaus ungemütliche Angelegenheit.

Die Möglichkeit, gegen irgendein Äquivalent – davon hat der Herr Bundeskanzler gesprochen – das Problem einer Lösung entgegenzuführen, ist durchaus gegeben. Es ist sowjetische Verhandlungsmethode, die jeder kennengelernt hat, der mit den Sowjets verhandelt hat, daß sie ein Objekt im Preis dadurch steigern, indem sie vorher erklären: Niemals! Bei den Kriegsgefangenen haben sie es genauso gemacht. Sie haben drei Tage lang gesagt: Niemals! Die Tatsache, daß Chruschtschow gesagt hat, die Zone bleibt die Zone, auch aus ideologischen Gründen, erregt in mir den Verdacht, daß sie sich längst mit dem Gedanken abgefunden haben, darüber zu verhandeln, und daß sie nur versuchen, die Zone im Preis zu steigern, d.h., sie wollen das Äquivalent möglichst hochschrauben. Das ist eine russische Taktik und für sie eine selbstverständliche Angelegenheit.

Ich wäre dankbar, wenn wir heute oder morgen in unserem Kreise über diese Frage sprechen könnten, damit wir eine einigermaßen gemeinsame Linie finden.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Wir sind uns über die Schlußfolgerung einig, daß das Äquivalent, daß man den Russen geben kann, nicht von uns gegeben wird, d.h., daß für sie diese bei uns umstrittene Problematik, soll Deutschland in der

NATO sein oder nicht, im Prinzip nicht das Entscheidende ist. Die Sozialdemokratie glaubt, daß dies das Äquivalent wäre, wenn man den Russen ein aus der NATO ausgeklammertes Deutschland anböte; denn dann sei Sowjetrußland bereit, eine echte Wiedervereinigung unter Aufgabe ihrer Position in der DDR mit allen Konsequenzen herbeizuführen. Natürlich kann das niemand wissen. Das ist ganz klar. Und ich maße mir nicht an, ein apodiktisches Urteil darüber zu fällen. Ich habe aber den Eindruck verstärkt bekommen, daß, wenn ein Äquivalent gesucht werden muß, dies nicht ausschließlich in unserer Hand liegt.

Kaiser: Diese Fahrt nach Moskau war ein notwendiger Akt der Politik für Deutschland. Der Zustand, wie er zwischen unserem Volk und dem russischen Volk aufgrund dieses furchtbaren Geschehens, das durch Hitler über uns gekommen ist, gegeben war, konnte so nicht bleiben. Der Herr Bundeskanzler hat bei seiner Antwortrede, die er Bulganin gegenüber gehalten hat, zum Ausdruck gebracht, daß wir im übertragenen Sinne ein Nachbarvolk sind. Das Verhältnis zwischen den beiden Völkern mußte eine Regelung erfahren. In der Note vom 7. Juni, womit die Sache begann, haben die Russen einen Gedanken zum Ausdruck gebracht, der Beachtung verdient und der nach meinem Dafürhalten richtig ist. Immer dann, wenn zwischen diesen beiden Völkern, dem russischen und dem deutschen Volk, geordnete Verhältnisse waren, dann war das nicht nur gut für die beiden Völker, sondern es war auch gut für Europa, über alle Ideologien und alles andere hinweg. Insofern bin ich mit dem, was dort geschehen ist, voll einverstanden.

Vielleicht wäre es besser gewesen – ich hatte es dem Herrn Bundeskanzler bei einer Begegnung in Mürrn gesagt²⁸ –, nicht sofort diplomatische Beziehungen den Russen zuzugestehen, sondern es in leichter Form, etwa durch einen Geschäftsträger, zu machen. Aber ich urteile nicht mehr, das ist geschehen, der Akt ist gesetzt, und wir müssen sehen, wie wir weiterkommen.

Ich bin mir darüber klar, daß wir einen neuen Akt der Politik in Deutschland bekommen. Die Russen werden sich bei uns bemerkbar machen. Ich bin nicht der Auffassung, daß sie die Sowjetzone unter allen Umständen behalten wollen. Das, was sie dort glauben erreicht zu haben, ist auch für sie ein Element der Politik, um in ihrem Sinne in Deutschland weiterzukommen. Es kommt darauf an, ob wir in dieser Phase der Auseinandersetzung, die in erster Linie ideologischer Natur ist, diese Probe bestehen. Ich vertraue darauf, daß wir sie bestehen werden. In dieser Auseinandersetzung zwischen der freien Welt und der von Moskau geführten bolschewistischen Welt wird das deutsche Volk die Entscheidung herbeiführen. Es wird darauf ankommen, daß alle dazu berufenen Kräfte in unserem Volk in dieser Sache gut zusammenstehen und zusammenwirken.

Es gibt für Deutschland einen vergleichbaren Vorgang – Herr Tillmanns hat das eben berührt –, den wir in den Jahren 1945 bis 1948 mit den Russen zu durchstehen hatten. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, dafür Verständnis zu haben, ich

²⁸ Adenauer hielt sich vom 18. Juli bis 27. August 1955 in der Schweiz auf (TERMINKALENDER).

kann es nicht anders sagen: Für uns ist und bleibt die Wiedervereinigung unseres Landes das oberste nationale Gebot. Das müssen wir immer wieder sagen. Das ist nicht Nationalismus. Das Ausland mag darüber denken, wie es will. Es kann dies vielleicht nicht ganz verstehen; es geht aber um unser Volk und um unser Land. Wir müssen das mit Nachdruck weiterverfolgen.

Ich möchte wünschen, daß sich schon in Genf wirklich die Aussicht zeigt, daß die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit – auch wenn es noch einige Jahre dauern sollte – erreicht werden kann. Sie muß erreicht werden! Sonst gibt es keinen Frieden und keine Ordnung in Europa.

Adenauer: Ich möchte doch noch einige Worte an das anknüpfen, was der Herr Kollege Kaiser gesagt hat, weil so leicht Mißverständnisse entstehen können. Und Mißverständnissen soll man schon im Anfang begegnen. Herr Kaiser hat betont, daß die Wiedervereinigung unser oberstes nationales Gebot sei. Ich möchte dazu folgendes sagen: Diese Wiedervereinigung in Freiheit setzt voraus, daß wir unsere Freiheit bewahren. Das ist doch selbstverständlich. Wir müssen unsere Freiheit bewahren; denn eine Wiedervereinigung mit einem unterdrückten Bundesland hilft den Menschen in der Sowjetzone auch nichts. Darüber sind wir uns doch vollkommen klar.

Ich habe zweitens gesagt: Wir können für uns allein die Wiedervereinigung nicht bekommen, die Russen wollen dafür einen Preis, den wir nicht zahlen können. Darin stimmen die Herren Tillmanns und Kiesinger mit mir überein. Sie haben es eben gesagt.

Wie kann man nun die anderen dazu bekommen – das ist doch die Frage, Herr Kaiser, die ich erörtert habe –, daß sie den Russen einen solchen Preis anbieten und eventuell zahlen. Das geht aber niemals dadurch, daß Sie sagen, die Wiedervereinigung ist für uns das oberste nationale Gebot. Ich versichere Ihnen, kein Staatsmann in der Welt wird dem zuliebe gewillt sein, einen erheblichen Preis zu zahlen. Sie wissen doch, in der Politik ist alles realistisch. Seien wir uns darüber klar, wenn ein Volk aus realen Gründen seine Einheit haben will, so ist da auch ein Realismus in diesem Volk. Aber wir müssen den anderen klarmachen – das habe ich betont, und dabei bleibe ich –, daß es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie den Preis zahlen, und zwar deswegen in ihrem eigenen Interesse, weil damit die Front des Kommunismus aus Europa ein ganzes Stück zurückgeschoben wird und weil damit – ich übertreibe etwas, und zwar gewollt – die anderen Länder Europas, die jetzt verdammt kommunistenanfällig sind, nämlich Frankreich und Italien, ziemlich kommunistenrein werden. Sie werden Kommunisten behalten, aber es wird lange nicht mehr so gefährlich sein. Nur wenn man ihnen das klarmacht, dann gewinnt man ihre Hilfe, auf die wir angewiesen sind.

Das waren meine Ausführungen. Ich glaube nicht, daß man viel dagegen sagen kann. Ein Wort zu der Botschafterfrage. Wenn die *chargés d'affaires* hiergewesen wären, glauben Sie mir, dann wäre das dieselbe Geschichte gewesen wie bei den Botschaftern. Dann würden sie uns einen Mann minderere Sorte hierhergesetzt haben, der genauso handelt, wie das ein Botschafter macht. Da ist es mir noch lieber, daß sie

einen Botschafter schicken und auch wir einen Botschafter, den auszusuchen sehr schwer ist, d.h. einen Mann von Rang, den sie eventuell auch respektieren, obgleich im allgemeinen Botschafter in Moskau nach dem, was wir gesehen haben, nicht viel bedeuten. Sie erhielten beim großen Empfang nicht einmal einen Sitzplatz, sondern es saßen nur die deutsche und die russische Delegation. Die anderen konnten stehen und uns in den Mund sehen, wie wir aßen und tranken.

Immerhin, meine Damen und Herren, man muß das Beste daraus zu machen versuchen. Ich stimme mit Ihnen darin überein, Herr Kaiser; ich gehe noch etwas weiter. Ich halte sogar die Herstellung der diplomatischen Beziehungen für einen Vorteil für Deutschland, und zwar steigen wir zunächst im Ansehen der anderen. Man kann es hier in diesem, hoffentlich streng verschwiegenen Kreise sagen: Wir waren doch bisher so der heranwachsende junge Mann, der von den anderen drei nach Belieben mitgenommen oder zu Hause gelassen wurde. Und nun haben wir uns auf einmal in eine Reihe mit ihnen gestellt. Die drei westlichen Botschafter werden auch in Moskau angewiesen sein, mit dem Botschafter der Bundesrepublik Hand in Hand zu gehen und sich mit ihm zu verständigen. Das erachte ich für einen Vorteil. Ob die Sache weiterwächst, das kann kein Mensch voraussehen. Aber das eine ist ganz sicher – so muß man doch auch die politischen Dinge immer betrachten –, wenn wir nein gesagt hätten, dann wären wir sicher keinen Schritt der Wiedervereinigung und keinen Schritt der europäischen Sicherheit nähergekommen, im Gegenteil, dann hätten wir die Gefahr heraufbeschworen, daß gerade in den drei westlichen Ländern gesagt worden wäre, die Deutschen sind immer die Störenfriede, lassen wir uns um dieses Volk nicht weiter bekümmern, sondern folgen wir unseren eigenen Interessen.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der „Economist“, der für einen großen Teil der Intellektuellen in England sehr maßgebend ist, noch vor einem Jahr die Parole gab: Laßt die Deutschen doch! Einigen wir uns mit den Russen ohne Rücksicht auf die Deutschen! Jetzt spricht der „Economist“ ganz anders. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, auch wenn Sie draußen sprechen, die Sache nicht so zu betrachten, als wenn die Herstellung diplomatischer Beziehungen für uns Gott weiß was für ein Kotau gewesen wäre.

Im Grunde genommen ist es etwas komisch, wenn wir dasitzen, und die anderen sagen uns, bitte stellt die diplomatischen Beziehungen zu uns her. Ich habe manchmal im Innern darüber lachen müssen. Wir sind ein Volk von 50 Millionen, und die Russen haben 200 Millionen Menschen. Wir bedeuten z.Z. kaum etwas in bezug auf unsere Machtmittel, abgesehen von wirtschaftlichen Mitteln. Es zählt dann nur das, was auf den Beinen steht oder in der Luft herumschwebt. Darauf können Sie sich verlassen!

Sie müssen auch verstehen, welche Beleidigung das gewesen wäre, wenn wir ihnen gesagt hätten, nein, nein, höchstens einen chargé d'affaires. Dann doch lieber gar nichts! Das würden sie vielleicht noch eher verstehen, wenn man ihnen gesagt hätte, zwischen unseren Völkern liegt so viel, daß es keinen Zweck hat. Aber so einen chargé d'affaires hinzusetzen, das tut man nicht bei einem Volk wie die Sowjetunion, vor deren Macht man immerhin Respekt haben muß.

Tillmanns: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Bundeskanzler, daß die Frage der Wiedervereinigung nur zu lösen ist, wenn auch die Westmächte zu der Einsicht gebracht werden, daß dies im Interesse des Friedens und der Konsolidierung Europas überhaupt geschehen muß. Man sollte sich daher nicht so äußern, daß dies im Westen als ein rein politisches, nationales Interesse aufgefaßt wird, was natürlich ungünstige Folgen haben könnte.

Ich betrachte es als eines der wichtigsten Ereignisse Ihrer Moskaureise, daß die Sowjets Sie und andere Repräsentanten der deutschen Bundesrepublik kennengelernt und daß Sie ihnen so offen und freimütig auch Ihre politische Konzeption dargelegt haben. Man kann darüber verschiedener Meinung sein; wie tief das bei den Russen geht, das ist fraglich, aber es gibt für uns keine andere Möglichkeit, als immer wieder den Versuch zu machen, das Zerrbild, das diese Leute über die westliche Welt in ihren Köpfen tragen, zu zerstören. Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir auch der Austausch der Botschafter, wenn wir es richtig nützen, ein positiver Beitrag zu sein.

Sie sagten, wir sind für die Sowjets nicht viel. Ich habe etwas mit dem Kopf geschüttelt, und zwar aus folgendem Grund: Ich bin davon überzeugt, daß wir für die Sowjets wertvoll geworden sind, nachdem wir in die NATO eingetreten sind und die Pariser Verträge gemacht haben. Das hat uns in ihren Augen wertvoll gemacht. Jetzt sind wir interessant geworden. Ich bin der Auffassung, daß der Abschluß der Pariser Verträge schlechthin die Voraussetzung dafür war, daß Sie nach Moskau fahren konnten. Nachdem durch die Pariser Verträge die Voraussetzungen geschaffen worden sind, wollen sie mit uns den diplomatischen Verkehr aufnehmen. Das steht in der russischen Note.

Ich bin der Auffassung, wenn nicht durch die ganze Politik, die Sie in den letzten Jahren getrieben haben, vorher so gute Beziehungen zu den Westmächten bestanden hätten, dann hätten die Westmächte auch nicht erklären können, wir haben nichts dagegen, wenn der deutsche Bundeskanzler nach Moskau fährt. Ohne diese feste Position mit dem Westen wären diese Reise und damit auch die Ergebnisse – nämlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen – nicht möglich gewesen.

Ich sage das deshalb, weil das eines der entscheidenden Argumente gegen die SPD ist, die immer wieder behauptet, die Pariser Verträge seien das eigentliche Hindernis, um in dieser Situation in eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion einzutreten. Ich bleibe dabei, auch für die Sowjets sind wir dadurch zu einem Faktor geworden. Natürlich versuchen sie, uns aus der Verbindung mit dem Westen herauszuholen.

Das Problem der Wiedervereinigung spitzt sich auf folgende Kernfrage zu: Herr Bundeskanzler, Sie haben ausgeführt, die Sowjets wollten aus einer Reihe von Gründen eine Entspannung mit den Westmächten herbeiführen. Sie wollen diese Entspannung so, das haben sie bisher gezeigt, daß sie dabei keinerlei Konzessionen machen, sondern sie wollen dabei noch etwas verdienen. Die entscheidende Frage ist die, ist das Entspannungsbedürfnis der Sowjets so groß, daß sie, auch wenn die Westmächte in Genf sagen, ohne Wiedervereinigung gibt es kein Sicherheitssystem, trotzdem bereit sind, dafür etwas zu zahlen? Das kann natürlich heute niemand sagen.

Deswegen scheint mir auch die Auffassung des Herrn Dehler in der heutigen Situation politisch so verhängnisvoll zu sein, weil die Pariser Verträge die Verhandlungsbasis sind, von der die Westmächte aus versuchen können, ein Zugeständnis von den Sowjets herauszuholen. Ich habe lange in der deutschen Politik nichts so Verhängnisvolles erlebt wie solche Äußerungen, die Herr Dehler in der letzten Zeit gemacht hat.

Von Hassel: Ich möchte zwei Dinge herausstellen. Sie haben, Herr Bundeskanzler, eine Frage in der außenpolitischen Sitzung des Bundestages und des Bundesratsausschusses angeschnitten, nämlich die, daß Bulganin Ihre Bemerkung, daß doch das sowjetische System in der Zone nicht so gefestigt sei, wie er glaube, damit beantwortet habe, daß er bei der Rückkehr von Genf in der Ostzone und Ost-Berlin mit großem Beifall und großer Wärme überall begrüßt worden sei.²⁹ Er habe also damit Ihre Argumentation zu entkräften versucht. Wir müssen von uns aus klären, ob etwas geschehen kann, was beweist, daß dieses Bild, das die sowjetzonalen Machthaber in Moskau zu zeigen versucht haben, nicht die richtigen Schattierungen aufweist.

Zweitens habe ich, Herr Bundeskanzler, eine große Sorge, daß aufgrund der jetzt beginnenden Politik der Verlockung, von der Sie gesprochen haben – Sie nannten es neulich im politischen Ausschuß „die Politik des Lächelns“, und François-Poncet fand einen außerordentlich guten Ausdruck dafür, „die Politik der guten Manieren“ –, weite Kreise, und zwar nicht nur Heinemann-Anhänger, sondern auch sonst viele intelligente Menschen auf diese Art des russischen Gerierens hineinfallen werden.

Ich habe große Sorge darüber, daß die Russen hier auftauchen werden und mit allerlei Mätzchen, wie doppeltem Wodka im Wasserglas – das Carlo Schmid auf einmal austrinkt³⁰ –, eine Reihe von unseren Leuten anzusprechen verstehen. Seitdem die Kommunisten aus dem Bundestag verschwunden sind, hat die breite Masse der Bevölkerung draußen überhaupt nicht mehr vor Augen, was geschähe, wenn die Kommunisten ihren Willen durchsetzen könnten. Es ist so, daß kein kommunistischer Parlamentarier mehr da ist, so daß Fernsehen und Rundfunk diesen dauernden Krach, den die Kommunisten gemacht haben, nicht mehr übertragen können. Die Kommunisten im Bundestag waren damals glänzende Mahner für die breite Masse unserer Bevölkerung, um ihnen zu zeigen, was drohen würde, wenn ... (*Adenauer:* Ich hatte mir 12 bis 15 gedacht!) Es müssen Überlegungen angestellt werden, was geschehen kann, um die Bevölkerung aufzuklären, daß diese guten Manieren nur Zweckmanieren sind und nicht ein ehrlicher Wille, mit uns auf freier Grundlage zu verhandeln.

Ich meine, daß morgen auch der Parteiausschuß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden muß; denn dorthin kommt ein großer Haufen, der mit den Dingen nicht so vertraut ist.

29 Aufenthalt der sowjetischen Regierungsdelegation vom 24. bis 27. Juli 1955. Rede Chruschtschows und Kommuniké in AdG 1955 S. 5283f.

30 Vgl. SCHMID S. 569f.

Adenauer: Herr Ministerpräsident! Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das keine demokratische Bezeichnung ist! (*Heiterkeit.*)

Gratl: Ich möchte meine Meinung über das Ergebnis in Moskau so zusammenfassen: Es war sicher richtig, daß diplomatische Beziehungen zu Moskau aufgenommen worden sind. Es ist gut, daß gerade Sie derjenige gewesen sind, der für Deutschland diesen Schritt getan hat; denn es gibt kaum jemand, der so viel Vertrauen in der Welt genießt und es hätte wagen können, ohne daß falsche Deutungen und Befürchtungen in einem Übermaß über die künftige deutsche Politik daran geknüpft worden wären.

Im übrigen soll man die Dinge schließlich auch einmal einfach sehen. Die Russen sind es, die 17 Millionen Menschen in der Hand haben, und man mußte einmal mit ihnen in ein direktes Gespräch kommen. Darüber gibt es in unserem Kreis, auch morgen im Bundesparteiausschuß, keine Meinungsverschiedenheit. Ich habe in meinem engen Freundeskreis eine Umfrage gehalten und dabei überall die gleiche Meinung, das mußte so kommen und so gehen, gehört.

Es wird vielleicht interessieren, wie die Moskaureise in der Bevölkerung der Sowjetzone gewirkt hat. Wir haben gerade jetzt während der Berliner Industrieausstellung³¹ eine Möglichkeit, in großer Zahl die Eindrücke festzustellen, von denen die Leute im Osten sprechen. Auf dieser Industrieausstellung gibt es eine Kontaktstelle, bei der die Besucher systematisch auch danach gefragt werden. Als Ergebnis kann man bisher folgendes sehen: Die politisch versierten Menschen in der Zone haben sich nie Illusionen über diese Moskaureise hingegeben. Sie sind also auch nicht besonders enttäuscht, sondern es ist ungefähr so gelaufen, wie man sich das gedacht hat. Bei der breiten Masse der Bevölkerung ist es anders. Dort herrscht über die harte Auseinandersetzung, insbesondere über die offenen Worte, die Sie am Sonnabend³² mit den Sowjets geführt haben, Zufriedenheit, und man sagt, endlich einmal ist es ihnen gesagt worden. Das ist überall so. Aber was das Ergebnis angeht, so herrscht in der Zone doch weithin Enttäuschung, nicht eine Enttäuschung, aus der ein Vorwurf abgeleitet wird, sondern deshalb, weil die Menschen vielleicht – sicher wider die Vernunft – etwas erwartet haben, wenn Dr. Adenauer nach Moskau fährt.

Nun ist das Ergebnis für sie: Es bleibt zunächst alles beim alten. Es sieht sogar nach dem Auftreten der Pankower Vertreter so aus, insbesondere nach dem Abkommen zwischen Pankow und Moskau³³, als ob diese Pankower jetzt fester im Sattel säßen als früher. Das führt dazu, daß eine gewisse Welle von Mutlosigkeit durch die Bevölkerung in der Zone geht. Das zeigt sich auch in den Flüchtlingszahlen, die angewachsen sind. Das zeigt sich in Briefen und allen möglichen Dingen. Das ist nicht zu vermeiden, das mußte in Kauf genommen werden.

31 Eröffnung der Ausstellung am 24. September 1955 („Die Welt“ vom 26. September 1955).

32 10. September 1955.

33 Gemeint: Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. September 1955 (Text in AdG 1955 S. 5370).

Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen, daß wir – die Bundesrepublik insgesamt und unsere Partei im besonderen – jetzt die Aufgabe haben, mit allen Kräften zu versuchen, den Menschen in der Zone klarzumachen, daß trotz dieser Ergebnisse – das „trotz“ aus ihrer Sicht gesehen – von Moskau kein Anlaß für sie besteht, den Mut zu verlieren. Man muß ihnen systematisch Mut machen. Dazu gehört auch, daß nicht auf unserer Seite die Aussichten für die Wiedervereinigung unter dem Eindruck des Moskauer Gesprächs als zu schwarz dargestellt werden; denn wenn jetzt mit einem gewissen Defaitismus über die Perspektiven der Wiedervereinigungschancen gesprochen wird, so wird man das sehr beachten.

Zu dem, was Herr von Hassel sagte, möchte ich eine kurze Zwischenbemerkung machen. Ich glaube einfach nicht, daß Chruschtschow ernsthaft der Meinung ist, diese Demonstrationen, die ihm und Bulganin in der Zone und in Ost-Berlin bereitet worden sind, gäben das wirkliche Denken der Bevölkerung Ost-Berlins und der Sowjetzone wieder. So schlau sind Bulganin und Chruschtschow ganz sicher. Auch das Karlshorster Theater wurde erzwungen und mit den Mitteln der modernen Technik zustande gebracht. Das sind alles Versuche, ihre Position in der DDR, von der sie sagen, sie sei ein souveräner Staat mit modernen Errungenschaften usw., zu untermauern. Ernsthaft glauben sie es ganz sicher nicht.

Eine andere Frage ist, ob wir diese Vorgänge – natürlich mit aller Vorsicht – benutzen sollten, um den Menschen in der Zone klarzumachen, noch mehr als bisher zu versuchen, sich zu drücken, wo sie es können. Ich halte es nicht für richtig, wenn wir in der politischen Aussprache mit den Sowjets uns bemühen, sie von ihrem Deutschland-Mythos zu befreien. Ich glaube, Carlo Schmid hat eine solche Bemerkung mehrfach in der Öffentlichkeit gemacht. Darüber, ob die Sowjets davon überzeugt sind oder nicht überzeugt sind, daß wir eine Gefahr sind, kann man verschiedener Ansicht sein. Es liegt nicht in unserem Interesse, ihnen ständig vorzureden, daß wir ein kleines Volk, ein ohnmächtiges Volk sind, daß wir keine böse Absicht haben und daß wir nur in Ruhe und Frieden leben wollen. Wenn wir so sprechen und wenn die westliche Welt allgemein so spricht, dann wird bei den Sowjets, so wie sie gebaut sind, überhaupt nichts mehr herauszuholen sein. Denn wenn sie wissen, daß die westliche Welt gar nichts anderes wünscht als Ruhe und Frieden, dann liegt für sie überhaupt kein Anlaß vor, ihre Politik zu berichtigen.

Ich rede beileibe nicht davon, daß man nun mit Säbelrasseln kommen soll, aber doch mit einem gewissen Selbstgefühl und Selbstbewußtsein muß die westliche Welt und müssen wir in der nächsten Zeit den Sowjets entgegentreten. Im übrigen glaube ich, daß die Sowjets vor Deutschland – ob vor Deutschland allein, lasse ich dahingestellt – tatsächlich, wenn es in enger militärischer Verbindung, wie es in der NATO der Fall ist, zur westlichen Welt steht, eine echte und militärisch begründete Sorge haben. Es wäre doch unnatürlich, wenn sie diese Sorge nicht hätten; denn weil sie als Kommunisten immer mit der Möglichkeit ernster Zuspitzungen mit der kapitalistischen Welt rechnen, müssen sie Sorge vor denen haben, die noch einen besonderen Anlaß haben, gegen sie einen nationalen Groll zu hegen. Und

das ist in ganz Europa niemand außer uns. Wir sind diejenigen, die noch in Freiheit leben; wir sind diejenigen, die einen Anspruch auf 17 Millionen Landsleute angemeldet haben.

Dieses deutsche Volk mit diesem Anspruch und diesem Groll gegen die Sowjets, solange sie die Sowjetzone in ihrer Gewalt behalten, das ist für sie ganz sicher ein ernster Faktor, und wir sollten ihnen diese Sorge in keiner Weise nehmen.

Deshalb bin ich auch besorgt, daß die langsame Art – ich habe das in der vorigen Vorstandssitzung auch schon gesagt –, mit der wir unsere eigene militärische Position entwickeln oder vielmehr nicht entwickeln, unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung ein sehr schwerer Fehler und ein ganz großes Versäumnis ist, (*Zuruf*: Sehr richtig!) nicht – ich betone das wiederum –, weil ich glaube, daß dann, wenn wir mit zwölf Divisionen aufmarschieren, die Mauern des Kreml schon zu zittern anfangen; aber wir sind ja nicht allein! Solange wir aber gar nichts machen, zählen wir ganz sicher weniger, als wenn wir etwas haben. Wenn wir in dem Augenblick, wo Sie nach Moskau gegangen sind, auch nur zwei Divisionen fertig gehabt hätten, dann wäre unsere Position wiederum wesentlich besser gewesen. (*Adenauer*: Sehr richtig!) Denn für diese realistischen Menschen da drüben zählt nun einmal die Macht, und ich kann nur sagen, ich bin tief enttäuscht über die – Tempo kann man das ja nicht nennen – Langsamkeit, mit der bei uns diese Sache entwickelt und verfolgt wird. Ich darf daran erinnern, daß in Pankow innerhalb einer Stunde die verfassungsmäßigen Grundlagen geschaffen sind, um drüben die militärischen Streitkräfte einzuziehen. Wir wissen, wie das im totalitären System geschieht. (*Adenauer*: Auch in Österreich!) Und bei uns sitzen wir nach wie vor so da! Ich weiß nicht, ob die 6.000 Mann eingezogen sind. (*Adenauer*: Kein Gedanke!) Man hört auch nichts darüber, wann die Gesetze in Kraft treten. Nichts davon ist zu spüren. Ich meine, hier sollten nun wirklich alle Kräfte eingesetzt werden, um diese Dinge etwas in Gang zu bringen. Davon verspreche ich mir einen wesentlichen Einfluß auf die sowjetrussische Politik.

Ich glaube, daß wir die Sowjets tatsächlich dahin bewegen können, die Zone freizugeben. Ich glaube genau wie Herr Tillmanns, daß es im Grunde genommen ein Vorwand ist, wenn sie sagen, was diese Zone für sie bedeutet. Die können die Zone genauso als ein winziges Stückchen Land ansehen, das ihnen viel Ärger macht und das für sie nur Ballast ist. Aber zunächst muß auf unserer Seite einiges getan werden, um unsere Position noch ein bißchen fester zu machen.

Adenauer: Ich bin Herrn Dr. Gradl sehr dankbar. Er hat hundertprozentig recht. Hätten wir eine Division stehen gehabt, dann wäre unser Ansehen in Moskau und auch in der Welt anders gewesen. Wenn der Parteivorstand an unsere Bundestagsfraktion das Ersuchen richtete, ein möglichst schnelles Tempo einzuschlagen, dann wäre ich dem Vorstand von ganzem Herzen dankbar.

Ich bestreite keineswegs, daß auch auf unserer Seite Schuld liegt. Aber, meine Damen und Herren, ich muß zu diesem Thema sagen, weil es mich mit schwerster Sorge erfüllt, auch in unserer Fraktion sind Herren, die alles tun, um die Wehrmachtangehörigen als Leute zweiter Klasse erscheinen zu lassen, und die geradezu mit

Gewalt verhindern wollen, daß wir die besten Leute nicht bekommen. Kein Wunder, daß diese dann sagen, wir danken dafür, wir bleiben in unserem Beruf, den wir uns geschaffen haben, so daß sich die Wehrmacht zusammensetzt wie früher: aus Landsknechten mit den Spießen nach außen gegenüber Demokratie und den Bürgern.

Ich habe selten eine solche Verblendung gesehen wie bei uns im Parlament und auch in unserer Fraktion gegenüber dem Militärproblem. Es ist manchmal zum Verzweifeln! Wir haben die Verordnung mit dem Bundesrat; eine schreckliche Sache. Wenn Sie wüßten, wie namentlich von dem Vertreter von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat, einem CDU-Mann, (*Weber*: Wer ist das?) – Herr Sträter – gesprochen worden ist, so wären Sie aufs tiefste entrüstet.³⁴ Die Sache ist jetzt beigegeben; aber es hat mich einen schweren Abend gekostet, die Sache in Ordnung zu bringen. (*Zuruf*: Aber einen guten Abend!) Gut, aber schwer. Es war auch zuviel! Um der guten Sache willen muß jeder Opfer bringen.

Ich bin Ihnen wirklich dankbar, Herr Gradl, Sie haben den Punkt aufs i gesetzt. Ich wäre den Herren sehr verbunden, wenn sie einen entsprechenden Beschluß an die Adresse der Bundestagsfraktion fassen würden.

Wackerzapp: Ich möchte anknüpfen an die Befürchtungen, die Herr von Hassel ausgesprochen hat, daß nämlich die Russen in ihrer Botschaft einen Stützpunkt für die Sowjetunion und ihre Propaganda bilden können. Neben der Botschaft wird sich vielleicht auch eine sowjetische Delegation etablieren mit einem großen Stab von Personal, das sich als Agenten betätigt. In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage zu stellen: Werden wir auch Botschafter mit den übrigen Satellitenstaaten austauschen? (*Adenauer*: Nein!) Denn dann hätten wir ja sieben Trojanische Pferde mehr in unserem Staat. Wenn die aber mit einem solchen Angebot kommen? (*Adenauer*: Dann lehnen wir es ab! – *Wuermeling*: Die Satellitenstaaten werden von Moskau mitvertreten!)

Es ist bekanntgeworden, daß die DDR ihren Botschaftern auch die Funktion des Hohen Kommissars im Sinne der Viermächtekonferenz über Berlin übertragen wird. Durch diese Kombination erfährt die Stellung des Botschafters in Pankow eine sehr viel größere Bedeutung, als sie der Botschafter in der Bundesrepublik hat. (*Adenauer*: Das haben die Botschafter Amerikas, Englands und Frankreichs auch hier!) Wo wird sich die Botschaft etablieren? (*Adenauer*: Sie kommt nach Bonn. Es wird zwischen der Bundesrepublik und Sowjetrußland ein besonderes Abkommen über den Umfang der beiderseitigen Botschaften abgeschlossen werden.)

Weber: Wir kommen in eine starke Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Weltanschauung. Es ist wichtig, daß wir diesen geistigen Kampf bestehen. Nach dem, was ich beobachtet habe, sind wir in keiner Weise dazu gerüstet. So sind z.B. die akademischen Kreise und die Studenten überhaupt nicht im Bilde; sie sind fast unfähig, in den Diskussionen der Versammlungen usw. zu bestehen. Unsere Leute dürfen nicht auf Umwegen geistig beeinflußt und von kommunistischen Gedanken infiltriert werden. Die Gefahr ist groß.

34 Vgl. Nr. 8 S. 530 ff.

Wir stehen in der Stunde eines neuen geistigen Prozesses. In Deutschland gibt es Menschen, von denen man sagen kann: die Müdigkeit der Guten! Der Kommunismus hat seine Weltanschauung bis in die Schul- und Kinderbücher hineingebracht. Ich habe sie gelesen. Alles, was die Studenten sagen und auch die Vertreter der Wirtschaft, ist durchsetzt von den bolschewistischen Gedanken. Wir hatten in einer Versammlung Frauen aus der Ostzone. Sie sagten, sie würden derartig mit solchen Gedanken traktiert, daß jeder, der nicht wirklich fest ist in seiner Anschauung, den Kommunisten zum Opfer fällt.

Was tut die Partei, um mit diesem Kampf fertig zu werden? Darüber müssen wir morgen im Parteausschuß eingehend sprechen.

Adenauer: Frau Weber hat vollkommen recht! Es wird eine geistige Auseinandersetzung von Jahren sein. Wir können die Sache hier nicht vertiefen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir den geschäftsführenden Vorstand beauftragen, zunächst dem Parteivorstand präzise Vorschläge zu machen.

Von Hassel: Der Bundestag wird in der nächsten Zeit in Berlin tagen. Ich würde jedem Bundestagsabgeordneten empfehlen, zu diesem Zweck im Kraftwagen nach Berlin zu fahren, möglichst nicht über die Autobahn, damit er persönlich einen Eindruck bekommt von der Zone. Außerdem würde dadurch auch den Menschen gegenüber dokumentiert, daß die Bundestagsabgeordneten auf dem Marsch nach Berlin sind. (*Tillmanns:* Das geht leider nur von Hamburg aus!) Der ganze norddeutsche Raum bietet dazu eine Möglichkeit, auch wenn die Herren mal ein paar Kilometer Umweg fahren müssen.

Eine Anregung! Aufgrund meines Besuches in Berlin haben wir vereinbart, daß wir aus Schleswig-Holstein 20 bis 25 leitende Beamte für eine Zeit von drei bis vier Wochen nach Berlin schicken, damit sie einmal sehen, was in der Zone und in Berlin los ist. Wenn man die Leute an Ort und Stelle bringt, dann können auch die entsprechenden Abwehrkräfte mobil gemacht werden.

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, daß wir dem geschäftsführenden Vorstand diesen Auftrag geben, wobei ich mir noch folgende Anregung erlauben möchte: Diese Abwehrarbeit muß über den Kreis unserer Partei hinausgehen; sie muß alle möglichen Organisationen umfassen, die Gewerkschaften, die konfessionellen Vereine, die Standesvereine usw. Es muß wirklich ganz allgemein ein Alarmsignal gegeben werden. Bei den Schulen wird es nur über die Länder, die Kultusministerien, gehen. Wenn Sie z.B. hören, wie es mir gesagt wurde, wie in manchen Schulen in der Umgegend von Bonn von Lehrern das Problem beurteilt wird, so ist das geradezu erschütternd.

Es könnte auch – der Herr Johnen kommt gerade herein – dieser Vorschlag an die CDU-Landtagsfraktionen gerichtet werden, damit die sich auch einschalten; natürlich auch die Universitäten. (*Weber:* Die sind noch unberührt!) Ich würde auch empfehlen, an die Kirchen hierbei zu denken, die sind zum Teil auch noch unberührt!

Wir kommen nun zum Punkt 2 unserer Tagesordnung.

DIE ENTWICKLUNG DER VERHÄLTNISSE AN DER SAAR

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! Herr Johnen hat das Wort.

Johnen: Wir sehen auf der einen Seite die CDU an der Saar, die völlig das ablehnt, was unsere Bundesregierung vereinbart hat. Auf der anderen Seite glaube ich, daß die CDU an der Saar von sich aus gar nicht sagen kann, daß das, was die Bundesregierung vereinbart hat, abzulehnen sei. Es mag sein, daß im Kernpunkt – von Saarländern aus gesehen – sich eine ganz falsche Front aufgemacht hat: Wenn wir nein sagen, sind wir Hoffmann-Freunde. Während es nach meiner Meinung umgekehrt ist: Wenn sie auf die Dauer den Herrn Hoffmann quitt sein wollen, dann werden sie das, was jetzt vorgeschlagen wird, bejahen müssen.

Nummehr ist in der Öffentlichkeit ein offizieller Gegensatz zwischen der CDU in der Bundesrepublik und der CDU an der Saar entstanden. Dazu kann der Vorstand der Bundes-CDU nicht schweigen. Wenn ich vom Standpunkt des einzelnen Wählers ausgehe, der sich selber die Frage vorlegen muß, was soll ich tun, soll ich ja oder nein sagen, dann sind wir nach meiner Meinung verpflichtet, der Saarbevölkerung ein klares Wort zu sagen, auch wenn wir uns in den Gegensatz zur CDU der Saar stellen; denn wir müssen sagen: Das Abkommen ist zu bejahen!

Ich halte die These für falsch, der Saarbevölkerung zu erklären, wenn ihr jetzt das Abkommen ablehnt, entsteht sowieso eine andere Situation, und ihr werdet zu gegebener Zeit nochmals gefragt. Es liegt doch die Gefahr nahe, daß die Saarbevölkerung vollständig ausgeschaltet wird. Jedenfalls müßte die Differenz, die offen auftritt, entweder bereinigt [werden], oder aber der Bundespartei Vorstand ist verpflichtet, eine klare Stellungnahme zu beziehen.

Adenauer: Erlauben Sie mir, einige Worte dazu zu sagen, weil ich mich naturnotwendig viel mit den Dingen beschäftigen muß. Die letzten Berichte, die ich über die Lage an der Saar bekommen habe, stammen – ich darf das hier sagen – vom Herrn Ministerialdirektor Rust³⁵, der sehr viele Verbindungen da hat und häufiger dort ist, und von Herrn Abs. Herr Abs war gestern bei mir. Er kam aus Neunkirchen. Mit Herrn Rust habe ich vorgestern gesprochen. Er hatte ebenfalls in den letzten Tagen Besuche an der Saar gemacht. Ich weiß nicht, mit wem er da gesprochen hat.

Die Lage hat sich etwas beruhigt. Auch Herr Ney schätzt ja, wie ich höre, die Zahl der Neinsager nicht mehr auf 70 %, sondern jetzt auf 60 %. Ein Nein an der Saar, meine Damen und Herren, wäre für alle Deutschen ein sehr großes Unglück, es wäre auch für die Frage der Wiedervereinigung sehr ungünstig, und zwar wegen des unverhüllten Nationalismus, der an der Saar herrscht oder getobt hat. Ich verkenne keineswegs, daß sich an der Saar berechtigter Unmut und Zorn und Groll in den

35 Dr. Josef Rust (geb. 1907), 1949–1952 Bundeskanzleramt, 1952–1955 Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, 1955–1959 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1959–1969 Vorstandsvorsitzender von Wintershall.

vergangenen Jahren aufgespeichert haben, als Herr Hoffmann als Ministerpräsident sein Unwesen getrieben hat. Ich könnte auch verstehen, wenn sich dieser Groll irgendwie Luft macht. Nur finde ich die Art und Weise, wie er sich Luft macht, eine Dummheit ohnegleichen. Ich habe gar keinen anderen Ausdruck dafür.

Wie ist denn das Ganze gekommen? Der Herr Ney war ursprünglich des Willens, die Parole auszugeben, für das Statut zu stimmen. Weil aber der Nationalsozialist Schneider von gewissen Elementen in der FDP dazu aufgestachelt wurde, diese nationalsozialistischen Geschichten da zu machen, und weil die SPD, die ja immer dagegen war, die Parole ausgegeben hat, sagt der Herr Dr. Ney, die Wähler gehen mir weg, wenn ich nicht mitmache.

Nun – ich spreche sehr offen –, wenn der Führer einer Partei erklärt, derjenige, der für das Statut stimmt, sündigt, dann muß ich sagen, das ist das Unerhörteste, was ich je erlebt habe. (*Majonica*: „Satansdiener“ hat er gesagt! – *Unruhe*. – *Altmeier* zu *Majonica*: Es wird Ihnen schwerfallen, das zu beweisen!) Einen solchen Mann würde ich niemals als Führer einer Landespartei der CDU anerkennen können. Man stelle sich das vor! (*Anhaltende Unruhe*. – *Altmeier* zu *Majonica* gewandt: Es wird Ihnen nicht gelingen, das zu beweisen. Ich darf doch nicht sagen, was nicht wahr ist.) Das Schreiben des Visitators³⁶ ist nicht umsonst gekommen, Herr Altmeier! (*Altmeier*: Die haben sich entrüstet. Das ist ein unerhörtes Eingreifen! – *Unruhe*.)

Lieber Herr Altmeier! Das können Sie beim Päpstlichen Stuhl anbringen, er hätte da eingegriffen. Hier handelt es sich darum, was an der Saar geschieht. Das ist doch geradezu ein Selbstmord, ein Selbstmord für unsere Leute an der Saar. Der gute Name der CDU wird dadurch geradezu beschimpft.

Hat jemand Worte für das, was die Familie Röchling da macht, die auch hinter der ganzen Sache steht? Ich weiß nicht, ob Sie die Todesanzeige gelesen haben. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, daß Herr Röchling vertrieben wurde oder daß er fern der Heimat von seinem Werk usw. aus dem Leben scheiden mußte.³⁷ Nun, meine Damen und Herren, mit der Familie Röchling war es so: Drüben im Kanzlerhaus, an dem Tag, als Pinay da war, da hat der bekannte Rechtsanwalt, der in den Nürnberger Prozessen aufgetreten ist, (*Zuruf*: Kranzbühler!) der Vertreter der Familie Röchling, unserem Vertreter, dem Herrn Abs, der mir das gesagt hat, erklärt: Wenn Sie jetzt nicht für 200 Millionen DM die Sache kaufen, dann verkauft die Familie Röchling morgen die Sache an die französische Schwerindustrie für 270 Millionen Schweizer

36 Monsignore Michael Schulien wandte sich in einer Erklärung, die am 27. September 1955 in der SVZ abgedruckt wurde, gegen eine Vereinnahmung der „Religion in den Dienst der Wahlpolitischen Ziele“ der Parteien. – Die Position des Apostolischen Visitators wurde als Vorstufe zur Entwicklung eines selbständigen Saarbistums betrachtet. Vgl. SCHMIDT 3 S. 319f.

37 Hermann Röchling (1872–1955) war am 24. August verstorben. In einer der Todesanzeigen („Die Welt“ vom 29. August) hieß es u.a.: „Es war ihm nicht vergönnt, sein an Erfolgen, aber auch an Schicksalsschlägen reiches Leben in seiner über alles geliebten Saarheimat zu beschließen.“ – Vgl. zum Folgenden Nr. 7 Anm. 35 und 39.

Franken. Ich habe das Angebot – hat er gesagt – in der Tasche. Und als Herr Abs ihn gefragt hat, ist das die Ansicht und Absicht der Familie Röchling oder ist das Ihre Absicht, da hat er gesagt, das ist die Absicht der Familie Röchling. Und der ganze Kram ist wert 130 Millionen DM. Von uns hat er erpreßt 70 Millionen und hat gedrängt, am anderen Tage das der französischen Schwerindustrie für 270 Millionen Schweizer Franken zu verkaufen! (*Wuermeling*: Fern der Heimat!) Und solche Leute sind „fern der Heimat“ und halten große Reden an der Saar usw.

Ich bin so empört über diese ganzen Vorgänge an der Saar, weil gute und sonst treue Leute, die zu uns gehören, sich durch diesen Nationalsozialisten Schneider dazu veranlaßt fühlen, diese Dummheiten zu machen. Was wird dabei herauskommen? Bitte lesen Sie die Rede von Herrn Schuman, der hat es in Metz gesagt³⁸, und es liegt auf der Hand, daß er das Richtige gesagt hat.

Im Mai des nächsten Jahres sind Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich, und es gibt keine französische Regierung und keine Partei in Frankreich, die vor den Wahlen zur Nationalversammlung neue Verhandlungen mit uns über die Zukunft der Saar führt; denn dann würde sie sich geradezu selbst das Grab bei den Wahlen graben. Also, bis zum Mai, Juni des nächsten Jahres muß die Saar damit rechnen, wenn sie nein sagt zum Statut, daß der Landtag bleibt und daß sie sich alle Freiheiten und das Wohlwollen Amerikas und Großbritanniens verscherzt hat, die dann – dafür möchte ich Ihnen garantieren – sagen werden: Für die Leute tun wir nichts mehr, die mögen sehen, wie sie mit den Franzosen fertig werden. Dann werden diese auch zu dem Versprechen stehen, das sie früher den Franzosen gegeben haben, nämlich für die Wünsche der Franzosen bei der Friedensregelung bezüglich der Saar einzutreten. Ich kann Ihnen nur sagen: Groll in Ehren; ich habe auch manchmal Groll. Ich schlucke ihn herunter. Man kann auch mal explodieren. Aber daß der Führer der stärksten Partei dort – das wollte er sein –, der Herr Ney, diese Dummheiten macht mit unserem Namen, das können wir uns nicht gefallen lassen. Es waren neulich Leute da, die mir sagten, Herr Ney wolle zu mir nach Bonn kommen, um mich zu sprechen. Ich habe gesagt, er mag kommen und mitbringen, wen er will. Es ist vielleicht 14 Tage her. Aber wer nicht kam, war der Herr Ney. (*Kaiser*: Wollte er nicht vorher einen Termin mit Ihnen vereinbaren?) Das ist doch alles nicht wahr! Herr Kilb³⁹? (*Kilb*: Genau mit Termin und Stunde war alles angebeben!⁴⁰)

Glauben Sie dem Mann kein Wort mehr! Derselbe Mann hat gesagt, ich hätte ein Begrüßungstelegramm geschickt. Ich habe den Teufel geschickt! Er hat nachher gesagt, er hätte sich vertan. Dagegen ist der Herr Dehler noch ein Waisenknabe! Ich

38 Am 25. September 1955 bei der Eröffnung der Metzter Messe wandte sich Schuman in scharfer Form gegen „ungerechte und grob tendenziöse“ Angriffe (SVZ vom 26. September 1955).

39 Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1958–1973 EURATOM Brüssel.

40 Vorgesehen war der 16. September 1955 16 Uhr (TERMINKALENDER).

bin sehr empört darüber, und zwar wegen des großen Schadens, der der deutschen Sache damit zugefügt wird.

Die Saarländer wären vor zwei Jahren auf die Knie gefallen, wenn man ihnen gesagt hätte, ihr bekommt freie Wahlen und dürft euch einen Landtag wählen und eine Regierung, wie ihr wollt, und dann wird man langsam weiterkommen. Aber dann sind sie zum Opfer gefallen – ich kann das nicht nachdrücklich genug betonen – einem Mann wie diesem Schneider, einem bekannten Nationalsozialisten, der damals nur aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten ist, weil er persönlich Krach mit dem Gauleiter gehabt hat.⁴¹ Ich würde es nun sehr begrüßen, wenn der Anregung des Herrn Johnen Folge geleistet würde. Es ist nach meiner Meinung die einzige Möglichkeit, noch zu retten, was zu retten [ist]. Ich möchte auch folgendes nachdrücklich betonen: Wir haben doch in der Sitzung des Parteausschusses im Februar 1955 mit allen gegen drei Stimmen einen Beschluß gefaßt.⁴² Wir müssen doch etwas Parteidisziplin halten. Ich halte es für unmöglich, daß führende Mitglieder der Partei trotz des Parteausschußbeschlusses gegen den Parteausschuß Front machen und dagegenarbeiten.

Hellwig: Es sind inzwischen Änderungen eingetreten. Die Struktur oder vielmehr der Charakter des Provisoriums, der im Friedensvertrag revidiert werden kann, ist durch das In-die-Ferne-Rücken der Aussichten auf einen Friedensvertrag weiter hinausgeschoben worden. Ich referiere hier, um die Analyse der Stimmung zu geben. Das müssen wir wissen, wenn wir die Dinge beurteilen wollen.

Das zweite ist, daß Frankreich erhebliches Mißtrauen in seine eigene Vertragstreue dadurch gestreut hat, daß der Briefwechsel, der mit dem Abkommen abgeschlossen ist über die Aufhebung der Sequesterverwaltung im Falle Röchling, eine Interpretation von französischer Seite gefunden hat, der der Saarbevölkerung einen Schreckschuß eingejagt hat. (*Adenauer:* Es ist die Sequesterverwaltung aufgehoben worden!⁴³) Es ist aber für die Saarbevölkerung erst nachträglich erkennbar gewesen, welche Interpretation die Franzosen diesem Briefwechsel gegeben haben; eine Interpretation, die auch wir bei der Annahme des Abkommens im Bundestag noch nicht vorgesehen hatten.

Das dritte ist die Haltung der Saarregierung selbst bei der Auseinandersetzung. Hier hätte Hoffmann eine große Chance gehabt. Es wurde ihm in diesem Abkommen bestätigt, daß er nicht eine legitime Regierung ist. Hätte Hoffmann sich zurückgehalten

41 Schneider war 1933/34 „Saarreferent bei der obersten Organisationsleitung“ der NSDAP gewesen (SCHNEIDER S. 56f.).

42 Empfehlung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Saarstatut anzunehmen, bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen (Bundesparteausschuß vom 6. Februar 1955 S. 23a – ACDP VII-001-020/3).

43 Nach SCHMIDT 3 S. 535 hat Frankreich seine Zusage vom 23. Oktober 1954 (Adenauer an Mendès-France vom 23. Oktober 1954 in SCHMIDT 3 S. 689; AdG 1954 S. 4814) nicht eingehalten, vor der Abstimmung am 23. Oktober 1955 alle Sequesterverwaltungen aufzuheben.

und sich auf die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Unruhen, die aus der politischen Agitation hätten kommen können, beschränkt, dann wäre er heute der Mann an der Saar, und das Abkommen hätte ohne weiteres eine Mehrheit gefunden.

So aber hat Hoffmann zunächst versucht, mit einem neuen Parteiengesetz, auch für den Fall der Annahme des Saarabkommens, die Möglichkeit des Verbots gegenüber den deutschen Parteien nach ihrer Zulassung wiederzuerhalten.⁴⁴ Er hat weiterhin den Herrn Pfeiffer⁴⁵, der seit einem halben Jahr im Saargebiet für die Regierung Hoffmann arbeitet und agiert, eingebürgert, damit er bei der Abstimmung redeberechtigt ist. Er hat damit den Grundsatz der Nichteinmischung in einem Sinne verfälscht, wie es ihm gerade paßt. Im übrigen hat er unsere Zustimmung zu diesem Abkommen für sich gegenüber der Bevölkerung so interpretiert, als ob damit alles, was er in der Vergangenheit gemacht hat, die Rechtfertigung durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages gefunden hätte. Und diese Verfälschung der Fragestellung bei dem Referendum ist es, die die Bevölkerung so aufgebracht und zu einer Mehrheit für ein Nein geführt hat.

Was die Agitation angeht, so bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, versichert zu sein, daß es nicht der Einfluß von Herrn Schneider ist. Ich weiß, daß Herr Schneider wegen seiner unmöglichen demagogischen Kunstgriffe und vieler anderer Dinge – im Grunde genommen persönlich ein integerer Mann, aber politisch ein Hysteriker – abgelehnt wird, daß man aber trotzdem bis in die völlig friedliche und indifferente Bevölkerung hinein – ich schließe meine Mutter und meine engsten Verwandten nicht aus – heute ein Nein zu diesem Abkommen sagt, weil man sieht, hier geht es um mehr als eine formaljuristische Entscheidung; hier geht es um eine Äußerung, zu der die Bevölkerung in aller Freiheit aufgerufen ist. Die große Befürchtung ist die, daß sie, wenn sie von dieser Freiheit zur Entscheidung nicht Gebrauch macht, diese Freiheit in Zukunft nicht mehr haben wird.

Das ist nicht von Herrn Schneider verursacht, sondern da ist eine ganz elementare Stimmung losgebrochen, die nicht nur mit Groll oder Meinungskämpfen zu erklären ist.

Nun aber zu den weiteren Fragen: Wir sollten hier nicht nur fragen, was passiert nach einem Ja oder nach einem Nein der Saarbevölkerung im politischen Sinne? Wir müssen weiterdenken. Die jetzige politische Beunruhigung im Saargebiet kann wirtschaftlich zu höchst unerwünschten Konsequenzen führen. Es ist auf französischer Seite eine Zurückhaltung in puncto Aufträge an der Saar entstanden. Man verlangt für Aufträge, die die Saar an Frankreich erteilt, Barzahlung und ähnliche Dinge.

44 Vgl. § 11 des Gesetzes Nr. 458 über das Vereinswesen (Vereinsgesetz) vom 8. Juli 1955 (SCHMIDT 3 S. 741).

45 Peter Pfeiffer (1906–1976), Journalist; vor 1933 Zentrum, 1945 Mitgründer der CSVP Südbaden, 1954–1956 Chefredakteur der SVZ, 1957–1969 Bürgermeister von Ramstein/Pfalz. Pfeiffer war vor 1954 in Fulda tätig, war also Nichtsaarländer (vgl. SCHMIDT 1 S. 538).

Es ist zu befürchten, daß bei weiterer politischer Beunruhigung des Gebietes die französischen Kredite – das ganze Gebiet ist an Frankreich ungeheuer langfristig und kurzfristig verschuldet – zurückgezogen werden. (*Wuermeling*: Wird das denn durch die Ablehnung des Statuts besser?) Aber auf ein schwaches Ja für das Statut ist zu befürchten, daß der innere Kampf auch im Falle der Annahme ... (*Adenauer*: Was haben Sie denn eigentlich vor, Herr Hellwig?) Ich bin der Meinung, eine nüchterne Betrachtung aller Konsequenzen im Falle des Ja oder des Nein werden wir anstellen müssen. (*Adenauer*: Sehr richtig!) Und unsere Ministerien müssen sich darüber klar sein, irgendeine Stützungsaktion ... (*Adenauer*: Ich denke nicht daran! Solange ich Bundeskanzler bin, wird das nicht geschehen. Das sage ich Ihnen! – *Unruhe.*)

Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, auch wenn ein Ja eintritt, das Abkommen bringt eine Situation, mit der die Saarbevölkerung, auch wenn sie den besten Willen hätte, ja zu stimmen, einfach nicht allein fertig wird. (*Zuruf*: Wieso?) Es ist so, daß die skandalösen Wirtschaftsabkommen, die nach dem Abkommen von Paris aus der Saarregierung wieder auferlegt worden sind und die zu dem Abkommen späterhin gehören sollen, keine Mehrheit mehr finden im saarländischen Landtag. Dann tritt ein völlig unmöglicher Zustand ein, ein Schwebezustand, in dem das Gebiet nicht leben kann, weil hier Verhältnisse zwischen Paris und Bonn geklärt werden müssen und die Saarbevölkerung keine Möglichkeit hat, sich überhaupt einzuschalten.

Adenauer: Es gibt keine Verhältnisse zwischen Bonn und Paris, die zu klären wären. Das sage ich mit aller Klarheit. Die gibt es nicht. Wenn die Saarbevölkerung zu dem Statut ja sagt, wird Herr Hoffmann verschwinden, es wird ein neuer Landtag gewählt, und Ruhe und Ordnung kehren zurück. Wenn die Bevölkerung nein sagt, dann bleibt Herr Hoffmann, es bleibt der Landtag, und es bleibt die Unsicherheit. Und dann hat Frankreich infolge der Kredit-Geschichten die Saarbevölkerung am Strick!

Hellwig: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, dann muß ich die Parallele zur Sowjetzone ziehen. Die Konstruktion dieses Referendums und die Beauftragung einer neutralen Aufsichtskommission für die Wiederherstellung der Freiheit ist – darüber habe ich Unterhaltungen mit Staatssekretär Hallstein gehabt – ein Modellfall dafür, wie unter Umständen freie Wahlen in der Sowjetzone ohne Beteiligung der Westdeutschen, der Bundesrepublik ... (*Adenauer*: Das kann Herr Hallstein Ihnen nie gesagt haben! Das haben Sie mißverstanden. Das ist absolut nicht unsere Absicht. Wir wollen unter keinen Umständen zulassen, daß die Sowjetzone allein abstimmt!)

Dann ist das eine andere Meinung, eine neue Meinung! Herr Hallstein hat mir im Dezember vorigen Jahres bei den ersten Planungen für die neutrale Kommission gesagt: Ein Modellfall, die Möglichkeiten des Modellfalles ... (*Adenauer*: Freie Wahlen in ganz Deutschland!) Er meint aber ... (*Adenauer*: Nein! Nein!)

Wie dem auch sei; wenn hier ein Abkommen angenommen worden ist – das ich auch schweren Herzens bejahe –, so deswegen, damit die Bevölkerung die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung erhält. Das bedeutet aber, daß auch ein Nein in diesem Abkommen enthalten war, welches die Bevölkerung ... (*Adenauer*: Halten Sie es für

richtig, verehrter Herr Hellwig, daß vor Versammlungen, die die CVP abhält, x Wagen aus der Bundesrepublik vorfahren und mit Radau machen?)

Diese ganze äußere Form des Wahlkampfes habe ich sehr bedauert. Ich kann mich Ihrer Beurteilung über diese Ausschreitungen nur anschließen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß es auch Agenten gegeben hat, die hier bewußt einen Versammlungsstil mit Radau und ähnlichen Dingen gepflegt haben, die von der anderen Seite waren. Es wird an der Saar auch von der Gegenseite, Herr Bundeskanzler, mit unerlaubten Mitteln gearbeitet. Das müssen wir sehen. Ich glaube, man sollte öffentliche Ausschreitungen, die zur Beruhigung gekommen sind, nicht hier ... (*Adenauer*: Nun kommen die Ausschreitungen nur vor bei Versammlungen der CVP, nicht bei Versammlungen der CDU!)

Ich habe von Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß eine verhängnisvolle Verquickung besteht zwischen dem Abkommen von Paris und Bonn einerseits und einem Statut, welches gewissermaßen die Verfassungsgrundlage für das Saargebiet andererseits vorsieht, und daß diese Verquickung eben zu diesem Konflikt bei der Abstimmung der Bevölkerung führen würde. Ich habe darauf aufmerksam gemacht. Es läßt sich nicht mehr ändern. Ich kann im Augenblick nur sagen, daß eine Erklärung unsererseits, die nun der Saarbevölkerung sagen würde, daß sie das Statut annehmen soll, weil wir es im Bundestag angenommen haben ... (*Adenauer*: Im Parteiausschuß uns dafür ausgesprochen haben!) Im Parteiausschuß würde es schon eine öffentliche Kundgebung sein. (*Adenauer*: Das haben wir doch getan!) Nein, ich meine jetzt die Empfehlung. Es ist angeregt worden, der Parteivorstand oder der Parteiausschuß möge eine Empfehlung aussprechen, das Statut anzunehmen. (*Zurufe*: Ja!) Ich kann hier nicht eine klare Entscheidung sehen; denn das würde die Geistesverwirrung an der Saar noch weiter vorantreiben, eine Verwirrung, die nach jüngsten Mitteilungen bereits bis in die Beamtenschaft und Geistlichkeit hineinght und die zu einer Entzweiung von vielen Familien geführt hat. Man wird also dagegen ankämpfen und sagen, das ist eine Einmischung, die nicht vorgesehen ist, eine Einmischung, die von unseren eigenen Freunden wieder ganz erheblich bekämpft werden würde.

Ich glaube nicht, daß eine solche Erklärung zur Beruhigung der Verhältnisse, sondern zu weiterer Unruhe beitragen würde. Deshalb meine herzliche Bitte: Halten wir uns an den Grundsatz der Nichteinmischung, den wir in dem Abkommen mit angenommen haben, und verzichten wir darauf, eine bestimmte Empfehlung an die Saarbevölkerung auszusprechen. (*Adenauer*: Wir haben es doch getan!) Das war eine Empfehlung zur Annahme des Abkommens vor der Ratifizierung des Bundestages. (*Adenauer*: Das ist wohl dasselbe!) Nein, nein! Das ist ein völlig anderer Adressat. (*Johnen*: Das Schweigen ist auch eine Empfehlung! – *Kaiser*: Die Einmischung von außen ist verboten! – *Unruhe*.)

Adenauer: Das ist doch ein Heft ohne Klinge! Was heißt verboten? Im übrigen muß ich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen, so macht man keine Außenpolitik, wie das hier gemacht wird. Das ist geradezu himmelschreiend, wie es gemacht wird. Nichts, Herr Hellwig, aber auch kein Wort von Ihnen hat mich davon überzeugt,

daß es berechtigt ist, wenn die Saarbevölkerung mit Nein stimmt. Sie gräbt sich in ein großes Unglück hinein.

Sie sagen, Sie haben Gewissensqualen. Ich habe auch manchmal Gewissensqualen. Dann muß man versuchen, die Leute zum Richtigen zu bringen. Ich versichere Ihnen, Herr Hellwig, Sie richten ein namenloses Unglück an in der Saarbevölkerung. (Hellwig: Ich darf darauf hinweisen, daß ich mich jeder Einmischung enthalte!) Gut, das „Sie“ nehme ich zurück und sage, derartige Anschauungen richten ein namenloses Unglück an. Das versichere ich Ihnen.

Altmeier: Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat Herr Hellwig ausgeführt. Ich möchte zurückkommen auf das, was Herr Johnen gesagt hat. Herr Johnen wünscht eine Erklärung der Partei. Auch ich muß davor warnen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sich nach dem Artikel 6 die Bundesrepublik in die Entscheidung der Bevölkerung nicht einmischen soll.⁴⁶ Wir haben uns bisher strikte daran gehalten. (Adenauer: Lieber Herr Altmeier! Wer hat denn eine Million Mark dahingegeben? Lassen wir doch ruhig sein!) Die ist vorher gegeben worden! (Adenauer: Sie wirkt aber jetzt noch!) Wir haben bisher zu dem Ja oder zu dem Nein, obwohl das sehr schwer war, in der Öffentlichkeit kein Wort verlauten lassen. Die Partei hat aber in einigen Fällen – darüber haben wir eingehend gesprochen – diese im Artikel 6 festgelegte Einmischung ... (Adenauer: Tut das auch Ihre Geschäftsstelle?) Ja, auch! Ich darf auf folgendes hinweisen: Ich unterscheide sehr stark zwischen der Gründung der CDU an der Saar, die durch das Abkommen möglich geworden ist⁴⁷, und dem einen Auftrag, den sie nun hat wegen des Referendums. Ich hätte wohl Begrüßungstelegramme nach Saarbrücken geschickt, weil ich der Auffassung bin, daß die Gründung einer CDU an der Saar nichts zu tun hat mit der Stellungnahme zum Referendum.

Aber wir sind von der Saar weggeblieben, weil mir damals telefonisch mitgeteilt wurde, der Bundeskanzler wünscht das nicht, die Hohen Kommissare haben – so heißt es wörtlich – schon in der bloßen Anwesenheit einer CDU-Persönlichkeit eine Einmischung in den Abstimmungsakt erblickt. Aber auf der anderen Seite muß ich sagen, dann sollten wir auch diesen Nichteinmischungsparagrafen bis zum Ende durchführen.

Ich unterscheide auch, ebenso wie Herr Hellwig, zwischen der Annahme des Saarabkommens, d.h. der Ratifizierung dieses Gesetzes, und dem Saarstatut selbst. Ich gehöre zu denen, die bis zuletzt gegen das Saarstatut waren. Auf der mehrfach zitierten Parteausschußsitzung war ich einer der drei, die dagegen gestimmt haben. Ich gehöre auch zu denen, und das war nicht leicht, die im Bundesrat dem Saarstatut zur Annahme verholfen haben⁴⁸, und zwar deshalb, weil durch dieses Abkommen

46 Druck: SCHMIDT 3 S. 687.

47 Zulassung am 23. Juli 1955 (SCHMIDT 3 S. 168); Gründungsversammlung am 7. August 1955, auf der das Statut abgelehnt wurde (EBD. 1 S. 339, 3 S. 341).

48 133. Sitzung des Bundesrates vom 10. Dezember 1954 (Sten.Ber. BR 1954 S. 372) sowie 138. Sitzung vom 18. März 1955 (Sten.Ber. BR 1955 S. 56f.).

die politische Freiheit wiederhergestellt wurde und der Saar nunmehr die Möglichkeit gegeben worden ist, ja oder nein zu sagen.

Es ist sogar so, daß damals, als Herr Zimmer und ich unsere Bedenken bis zum Schluß vorgetragen haben und ich u.a. sagte, wir können doch für die Saarbevölkerung keine Entscheidung fällen, gesagt worden ist, Sie fällen ja nicht die Entscheidung, sondern Sie schaffen durch die Annahme des Saarabkommens nur die Voraussetzungen, damit die Bevölkerung an der Saar durch ihr Ja oder durch ihr Nein selbst die Entscheidung fällen kann.

Herr Hallstein hat uns damals für unseren Wahlkampf ausdrücklich hier ein Plakat in die Hand gegeben, eine sehr gute Aufstellung der Gründe, die für die Annahme des Saarstatuts sprechen. Da heißt es wörtlich, daß die Gegner behaupteten, die Bevölkerung an der Saar habe keine echte Entscheidungsfreiheit; denn sie könnte nur in diesen drei Monaten für oder gegen das Statut stimmen. Es heißt in dieser Verlautbarung des Auswärtigen Amtes: „Wenn die Bevölkerung an der Saar von sich aus dieses Statut ablehnt, dann sind neue Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich notwendig und möglich. Wenn die Bundesrepublik das Saarstatut ablehnt, dann ist an der bisherigen Situation nichts geändert, und der saarländischen Bevölkerung wird das Recht der eigenen Entscheidung weiterhin vorbehalten.“

Diese klare Unterscheidung zwischen der Annahme des Saarabkommens ... (*Adenauer*: Kann ich das bekommen, „notwendig und möglich“?) Das steht hier. Das haben wir im Wahlkampf gebraucht, wenn die Einwände kamen. Das steht drin. Ich gestehe offen, das war der Grund, der mich gewissenmäßig veranlassen konnte, zu dem Saarabkommen ja zu sagen, weil ich dadurch keine Bindung eingegangen bin, sondern die Entscheidung der Bevölkerung überlassen habe.

Das zweite ist folgendes: Es war von Herrn Ney die Rede. Wir haben oft mit den Leuten von der Saar zusammengessen; das letzte Mal kurz vor Ihrer Abreise, wo wir ihnen zum Ausdruck gebracht haben, daß nach Ihrer Rückkehr mit den Herren vom Saargebiet eine gemeinsame Sitzung stattfinden sollte. Ich höre, daß eine solche Besprechung mit Herrn Ney beabsichtigt war. (*Adenauer*: Verabredet!) Mir war nichts davon bekannt, obwohl gesagt wurde, daß Herr Kaiser, Herr Zimmer und ich mit den Leuten von der Saar zusammenkommen sollten, um sich in zwei Stunden oder auch in zwei Tagen zusammenzuraufen.

Ich weiß nicht, Herr Johnen, ob Sie im Laufe der letzten Monate an der Saar waren. Ich bestreite die Darstellung, daß der Herr Schneider – das ist gesagt worden – durch seine Entscheidung die ganze Bevölkerung an der Saar für sich gewonnen hätte. An dem Tatbestand, daß die Bevölkerung an der Saar in dem Augenblick, wo sie die Freiheiten bekam, nun radikal geworden ist und einfach alle Gründe zusammengetragen hat, kommen wir nicht vorbei. Es hieße, sich gegen einen Strom stellen, wenn man rückschauend in Betrachtungen eintreten wollte. Die Leute haben zehn Jahre lang nichts zu sagen gehabt, sie wurden drangsaliert, diese Bauern, diese einfachen Berg- und Hüttenarbeiter mit ihren Familien. Das geht bis in die Familien hinein.

Seien Sie davon überzeugt, und glauben Sie uns das, wir kommen an die Saar, wir sprechen mit den Leuten, es hätte sich gar keine CDU dort zu gründen brauchen, wenn sie sich von vornherein auf den Standpunkt des Ja gestellt hätten. Wie oft haben wir mit den Leuten von der Saar zusammengesessen und mit ihnen gerungen, mit Leuten aus allen Kreisen, aus der Gewerkschaft, aus Handel und Gewerbe. Sie haben es sich nicht leichtgemacht, sondern sie haben lange mit uns darüber debattiert, bis sie am 7. August zu ihrem Nein zu diesem Statut gekommen sind.

Wenn ich eins bedaure, dann ist es das, daß wir seit Jahr und Tag hier in diesem Kreis ohne die Vertreter der Saar gesessen haben. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, die Leute schon seit Jahr und Tag nach hier einzuladen. (*Adenauer*: Sie haben vollkommen recht!) Wir haben immer ohne sie gesprochen; sie sind auch heute nicht dabei. Wir sprechen zwar über die Saar, aber niemand ist hier, der einmal sagen könnte, wie die Situation in diesem Augenblick aussieht. Ich bin deshalb der Meinung, daß es absolut falsch ist, von einem Nationalismus zu sprechen. Wenn Nationalismus gleichbedeutend ist mit der Besorgnis, daß jemand durch eine Abstimmung ins Schlittern kommt und aus seinem Vaterland herausgerissen wird, wenn das Nationalismus ist, dann, glaube ich, sind wir schließlich alle Nationalisten.

Die französische Regierung hat vor einigen Wochen nochmals sehr klar erklärt, daß sie keinen Friedensvertrag annehmen wird, in dem diese Autonomie der Saar, die jetzt eine vorläufige ist, nicht eine endgültige Verankerung gefunden hat.

Adenauer: Wo hat das die französische Regierung gesagt? Das geben Sie mir bitte an; dann werde ich mich sofort an die französische Regierung wenden. (*Kaiser*: Herr Pinay hat in einer ...) Das halte ich für ganz ausgeschlossen. Ich habe eben ein Telegramm bekommen über Besprechungen zwischen Brentano und Pinay über die Saarfrage. Danach halte ich das für restlos ausgeschlossen. Das haben die niemals gesagt! (*Altmeier*: Das ist gebracht worden, und es wurde im Wahlkampf verwendet. Ich glaube, „Le Monde“ hat es geschrieben. – *Zurufe*: Ach, „Le Monde“! – *Unruhe*. – *Altmeier*: Das ist die reinste Erpressung! D.h. Vogel friß oder stirb!) Das hat Herr Schuman auch erklärt. (*Altmeier*: Die Rede des Herrn Schuman war genauso bedauerlich! – *Anhaltende Unruhe*.) Nach meiner Meinung reden wir völlig aneinander vorbei. Ich urteile weder über Herrn Schuman noch über „Le Monde“, ob moralisch oder nicht moralisch, ob klug oder nicht klug, sondern ich benutze diese Kundgebung nur dafür, um Ihnen zu sagen, wie die Stimmung in Frankreich ist. Und daran kommen Sie nicht vorbei: Ohne die Zustimmung einer französischen Regierung können Sie nichts ändern. Das ist doch die Tatsache, die man sehen muß.

Altmeier: Ich darf ein Wort zur Ehrenrettung unserer Parteifreunde an der Saar sprechen. So wie es dargestellt worden ist, ist es nicht, auch nicht bei dem Herrn Ney. Im übrigen kommen wir nicht an der Tatsache vorbei, daß die Leute an der Saar anderer Auffassung sind! Sie sagen: An einer Mehrheit von 60 bis 65 % kann in demokratisch regierten Ländern einfach niemand vorbeisehen. Deshalb sind wir der Auffassung, daß nach dem Nein eine neue Situation geschaffen wird, mit der man sich beschäftigen muß.

Es würde dem Herrn Hoffmann sehr schwer anstehen, weiterhin gegen eine solche Mehrheit zu regieren. Die Leute an der Saar sind zwar der Auffassung, daß es dem Herrn Hoffmann nicht gelingen wird, sie fügen aber hinzu, man solle lieber die Partei stark machen; denn es könnten demnächst wieder neue Landtagswahlen stattfinden, und dann werde man weitersehen. Ich referiere: Ich weiß es vom kleinen Mann an der Saar aus eigener Anschauung. Ich warne dringend davor, daß sich die Partei vor dem 23. Oktober noch einmal einmischet. Diese Einmischung hat soundso oft stattgefunden.

Die Partei kann sich aufgrund des Artikels 6 nicht einmischen. Sie kann nicht noch einmal eine Parole herausgeben. Sie sollte sich draushalten, wie es uns ja leider im Artikel 6 vorgeschrieben ist. Ich hätte mir vorstellen können, dieses Einmischungsverbot wäre nicht ergangen. (*Adenauer*: Aber lieber Herr Altmeier! Das habe ich vorgeschlagen, weil Frankreich alles in den Händen hatte und weil ich nicht wollte, daß Frankreich sich einmischte!) Das haben sie auch jetzt noch! (*Adenauer*: Damals war Herr Grandval noch da. Den haben wir beseitigt!⁴⁹)

Wenn das Einmischungsverbot nicht bestünde, dann hätten wir die Möglichkeit gehabt, an die Saar zu gehen und mit den Leuten zu sprechen. Ich weiß nicht, ob es dadurch möglich gewesen wäre, eine andere Situation herbeizuführen. Herr Bundeskanzler! Wir bekommen viele Briefe aus dem Land. Es ist nicht so, daß die Parteifreunde im Land etwa zufrieden damit wären, daß wir nun diese verschiedenen Erklärungen in dieser massiven Form der Einmischung haben; denn sie bringen uns in Rheinland-Pfalz die ganze Partei durcheinander. (*Adenauer*: Sie haben mir selbst erklärt, Sie hätten sich bei der letzten Wahl davon überzeugt, daß die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz durchaus zufrieden sei. Das haben Sie mir selbst gesagt!) Das ist auch richtig, und zwar deshalb, weil wir den Leuten die Gelegenheit gegeben haben, durch die Schaffung der politischen Freiheiten nun ihre Entscheidung zu treffen; aber hier handelt es sich darum, daß wir glauben, wir müßten ihnen, weil sie jetzt die Entscheidung treffen sollen, ein Ja aufoktroyieren, während sie nach dem Statut ja oder nein sagen können. Ich bin der Auffassung, daß sich jeder innerhalb des Statuts bewegt, ob er nun ja oder nein sagt. Ich warne die Partei davor, irgendeine Erklärung in dieser Frage herauszugeben. Das würde die Geister an der Saar heillos verwirren. Sie sollten etwas auf die hören, die mit den Leuten an der Saar immer wieder in Tuchfühlung geblieben sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich habe nun den Herrn François-Poncet hier, aber nicht wegen der Saar! Ich gebe ihm heute ein Abschiedsessen. Ich muß also in einer halben Stunde gehen.

Majonica: Wir sind unglücklich über das Klima, das an der Saar entstanden ist. So wie es im Augenblick ist, kann es nicht weitergehen. Ich habe das Gefühl, daß das Klima von hier aus vorbereitet worden ist. Gewisse Äußerungen des sogenannten

⁴⁹ Grandval war am 21. Juni 1955 zum französischen Generalresidenten in Marokko ernannt worden (AdG 1955 S. 5216).

Deutschen Saarbundes⁵⁰ haben uns Politiker und die Person des Herrn Bundeskanzlers in einer Art und Weise diffamiert, wie das von sozialdemokratischer Seite bisher niemals der Fall gewesen ist.

Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Am 23. Oktober findet die Abstimmung an der Saar statt. Am 27. Oktober beginnt in Genf die Viermächtekonferenz. Ich bin der Meinung, daß durch eine schlechte Abstimmung an der Saar die französische Haltung auf der Viermächtekonferenz ungünstig beeinflusst wird gerade im Hinblick auf das Hauptanliegen, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

Johren: Daß die Saarbevölkerung frei abstimmen kann, ist selbstverständlich; aber es braucht nicht unbedingt ein Nein zu sein, es kann auch ein Ja sein. Kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Ja das Beste ist, dann muß man es empfehlen. Die Saarbevölkerung muß sehen, daß das Ja oder das Nein Rückwirkungen auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich hat. Wenn die Bevölkerung das nicht sieht, dann müssen wir es ihr sagen. Die Frage ist: Müssen wir als Bundes-CDU auf diese internationalen Folgen aufmerksam machen? Sind wir nicht verpflichtet, das zu tun? Oder umgekehrt: Wenn wir schweigen, haben wir damit nicht genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir eigentlich wollen? Wir müssen die Frage hier beurteilen. Sind wir nicht verpflichtet zu sagen, im Interesse Gesamtdeutschlands wäre ein Ja besser? Dann kann die Bevölkerung immer noch frei abstimmen; aber haben wir nicht einen Fehler begangen, wenn wir das nicht tun? Für uns als Bundes-CDU ist uns aufgetragen, echt darüber zu entscheiden: Ist es richtig, das klar herauszustellen, oder ist es richtig zu schweigen, wobei ich persönlich auf dem Standpunkt stehe, daß das Schweigen in diesem Falle die lauteste Sprache ist in diesem Augenblick.

Adenauer: Ich möchte daran anknüpfen! Glauben Sie mir, ich kann Ihnen jetzt unmöglich das Letzte sagen, aber das eine sage ich Ihnen: Wenn an der Saar am 23. Oktober mit Nein gestimmt wird, dann wird die außenpolitische Situation in Genf außerordentlich erschwert, und zwar brauchen Sie da nicht etwa zu sagen: Der Herr Pinay ist ein nichtsnutziger Mann, der Herr Pinay hat uns nicht zur Seite gestanden. Ich habe vor Pinay die größte Hochachtung. Aber die öffentliche Meinung in Frankreich betrachtet das als eine Ohrfeige, buchstäblich, und jede Regierung und jeder Außenminister wird bei einer Verhandlung fünf Tage darauf, bei der es sich um Deutschland handelt, eine Haltung einnehmen müssen, die Rücksicht nimmt auf die Stimmung des eigenen Landes. Das ist die nackte und einfache Situation.

Hellwig: Völlig außerhalb unseres Kreises ist eine ganz erhebliche Ablehnung dieser Regierung und des Abkommens in der Gewerkschaftsbewegung, und zwar nicht nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern überhaupt festzustellen, weil diese Regierung, um ein willfähiges Instrument zu haben, praktisch die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen hat. Man muß sehen, daß die Saararbeiterschaft

⁵⁰ Gegründet am 30. März 1952 in Wiesbaden; Zweck war u.a. die „intensive Heimatpflege aller außerhalb des Saargebietes ansässigen Saarländer“ und die „Pflege der Verbundenheit der Mitglieder des Bundes mit der Bevölkerung an der Saar“ (SCHMIDT 1 S. 527, 606).

durch die Zerschlagung der Gewerkschaften bei den zum Teil regierungshörigen ... (Adenauer: Diese Regierung wollen wir doch entfernen!) Das ist die Haltung der breiten Masse! (Unruhe. – Zuruf: Sie befestigen doch diese Richtung!)

Der Deutsche Saarbund, gegen dessen Aktivität und Äußerungen ich mich stets gewehrt habe⁵¹, hat diese Aktivität nicht von hier aus ins Saargebiet getragen, sondern es ist umgekehrt, vom Saargebiet aus, und zwar aus allen Bevölkerungsschichten ist immer wieder beim Saarbund versucht worden, eine noch schärfere Sprache zu erreichen. Ich habe verbürgte Mitteilungen von führenden Franzosen aus dem Saargebiet, die als verantwortlich für die heute wachsende Nein-Stimmung Herrn Hoffmann ansehen, die besagen, Herr Hoffmann muß weg. Wenn Hoffmann sich nicht so blödsinnig exponiert hätte, würde das Ja für das Abkommen nicht gefährdet gewesen sein. (Adenauer: Das habe ich den Franzosen auch gesagt!) Das ist die französische Haltung. Deswegen wäre die Frage des Rücktritts von Hoffmann noch vor dem Referendum eine Überlegung wert, die wir aber nicht in diesem Kreise führen können.

Zum Fall Röchling! Ich bin sehr überrascht von Ihren Ausführungen. Meine sehr genauen persönlichen Kenntnisse der Familie und des verstorbenen Kommerzienrates, aber auch der Verhandlungen, die nicht nur ein Jahr, sondern viele Jahre liefen, haben bei mir Zweifel hinterlassen, ob Ihre Beurteilung richtig ist. (Adenauer: Ich habe mit ihm nicht gesprochen, sondern Herr Abs hat führend mit ihm gesprochen, während Herr Pinay bei mir war. Gestern abend hat Herr Abs das wörtlich erklärt und mir die Erlaubnis gegeben, davon Gebrauch zu machen. Bitte, wenden Sie sich an Herrn Abs!)

Ich behalte mir vor, das mit den Angehörigen der anderen Seite zu klären; denn das hat der verstorbene Herr Röchling nicht verdient, daß unter der summarischen Bezeichnung „das Verhalten der Röchlings“ nun nachträglich auf ihn, der tot ist, noch ein Tadel gelegt wird, den er sicher nicht verdient hat. (Adenauer: Ich habe das schon früher gesagt, als er noch lebte, und wenn man uns zwingt, 200 Millionen für ein Objekt zu bezahlen, das 130 Millionen wert ist, dann ist das keine Vaterlandsliebe!) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, über die Bewertung des Werkes bin ich unterrichtet. Der Herr Bundesfinanzminister hat mir gesagt, daß der Ertragswert des Werkes überraschend hoch sei und daß er vermutlich bei 220 bis 230 Millionen DM liege. (Adenauer: Wer hat das gesagt?) Der Bundesfinanzminister! Das ist etwa einen Monat vor den Ferien gewesen. (Adenauer: Ich werde den Herrn Schäffer fragen, und bitte fragen Sie den Herrn Abs!)

Zimmer: Auch ich möchte sagen, daß ich vor der angeregten Stellungnahme aus verschiedenen Gründen ebenso dringend warnen muß. Der Herr Bundeskanzler hat in Bochum ein sehr starkes Wort gesprochen.⁵² Wir haben darüber am 3. September

51 Hellwig war 1952/53 2. Vorsitzender, ab 19. April 1953 Beisitzer (SCHMIDT 1 S. 527f.).

52 Adenauer hatte am 2. September 1955 beim 10jährigen Jubiläum der CDU Westfalen in Bochum gesprochen und für eine Zustimmung zum Saarstatut plädiert (AdG 1955 S. 5332; BULLETIN vom 6. September 1955 S. 1389f.).

eine Unterredung gehabt. Dieses Wort des Herrn Bundeskanzlers ist an der Saar nach unseren Erfahrungen nicht ohne Einwirkung geblieben. Es ist offensichtlich, daß Ihr Ja viele Leute, die bis dahin entschlossen waren, nein zu sagen, zumindest schwankend gemacht und seither sich die Nein-Ziffer zweifellos verringert hat.

Stärker als Ihr Wort ist das Wort der Partei nicht mehr. Wenn die Partei heute ein Wort als Parteivorstand oder als Parteiausschuß sagt, und es kommt dann trotzdem ein Nein, dann wird eine außerordentlich schwierige innenpolitische Situation eintreten. Ihre Befürwortung zum Ja war für Sie notwendig aus den Erwägungen, die ich schon damals angedeutet habe. Es war Ihre Überzeugung und auch außenpolitisch für Sie ein absolutes Erfordernis für die künftigen Verhandlungen, insbesondere gegenüber Genf. Sie haben zu Ihrem Wort gestanden. Sie haben alles getan, was in Ihren Kräften stand, um der Bevölkerung ein Ja naheulegen. Mehr zu tun dadurch, daß der Parteivorstand oder der Parteiausschuß die Saarbevölkerung auffordert, von der ihr gegebenen Freiheit so Gebrauch zu machen, daß sie mit Ja stimmt, halte ich für äußerst bedenklich; denn ich fürchte, daß diese erneute Aufforderung an der Saar nicht mehr über die Wirkungen, die Sie bereits erzielt haben, hinausgehen wird. Ich empfehle dringend, den Dingen an der Saar jetzt ihren Lauf zu lassen.

Es ist im Augenblick unklar, wie die Chancen sind. Man kann der Meinung sein, wenn man die Dinge an der Saar nicht stört, daß sich ein Ja herausentwickelt. Man kann auch der Meinung sein, es kommt ein schwaches Nein heraus. In jedem Fall ist dann das demokratische Prinzip der Freiheit, unter dem wir in Westeuropa unsere gesamte Politik machen, gewahrt. (*Adenauer*: Wenn wir den Mund halten! Und wenn wir sprechen: nicht? Wenn eine Partei etwas empfiehlt!) Wenn wir der Saarbevölkerung in jedem Fall nunmehr die Freiheit lassen und nicht mehr die bereits von anderer Stelle ausgesprochenen Pressionen durch unsere Empfehlung unterstreichen! (*Adenauer*: Lieber Herr Zimmer! Wenn das eine Partei nicht einmal mehr tun kann!) Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, woher wir die Legitimation nehmen. (*Adenauer*: Weil wir die Hilfe Frankreichs am 27., 28. und 29. Oktober in Genf brauchen!) Herr Bundeskanzler! Und wenn nun trotzdem ein Nein herauskommt?

Adenauer: Dann in Gottes Namen, aber dann haben wir das Unserige getan! – Herr Zimmer! Lassen Sie mich folgendes sagen: Es handelt sich nicht um mich dabei. Sie haben gesagt: Sie haben das Ihrige getan. Darum handelt es sich nicht. Ich habe es sogar abgelehnt, nach Bochum zu gehen. Aber Ende Oktober, und zwar einige Tage nach der Saarabstimmung, steht für uns viel mehr auf dem Spiel als für die Saar. Machen Sie sich das bitte einmal klar!

Wir sind doch einfach angewiesen auch auf Frankreich! Wir sind doch angewiesen auf Amerika! Wir sind doch angewiesen auf London! Das State Departement hat den Staatssekretär Merchant⁵³ z m r geschickt und mir mitteilen lassen, sie seien in größter

53 In der Vorlage: Murchison. – Livingston Tallmadge Merchant (1903–1976), 1953–1956 und 1958–1959 Assistant Secretary of State, 1956–1958 und 1961–1962 Botschafter in Kanada, 1959–1961 Unterstaatssekretär. – Merchant war am 31. August 1955 bei Adenauer und von Brentano („Die Welt“ vom 1. September 1955).

Besorgnis wegen der Folgen der Saarabstimmung. Verstehen Sie mich doch einmal, und treiben Sie wirklich nicht die Politik so einseitig.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Es sieht nicht so aus, als ob wir ... (*Adenauer:* Sie wollen uns davon abhalten, etwas zu tun!) Ja, weil wir das nicht für richtig und nicht für nützlich halten! Wir haben uns am 5. September auf Ihren Wunsch hin die größte Mühe gegeben, den Herren die außenpolitische Situation klarzumachen. Wir wollten in die damals gefaßte Entschließung einen abgemilderten Satz hineinbringen, der nicht auf ein entschiedenes Nein hinauslief.⁵⁴ Aber die Delegierten haben verlangt, daß dieser Satz gestrichen würde. Wir kamen nicht durch! Dann haben wir gesagt, dann schaffen Sie wenigstens formelle Erklärungen und ein vernünftiges Programm und die Voraussetzungen für eine vernünftige außenpolitische Situation, indem Sie etwa sagen: Wir verkünden, daß wir [uns] die Außenpolitik der Bundesregierung im Verhältnis zu Frankreich politisch und wirtschaftspolitisch zu eigen machen, auch dann, wenn das Statut als solches mit Nein beantwortet würde, und zwar deshalb, weil es nicht gleichgültig ist, was die größte Partei mit 55 % oder 53 % sagen wird.

Ich bin der Meinung, eine erneute Aufforderung im Sinne Ihrer Politik, durch den Bundesparteivorstand ausgesprochen, wird an der Saar vielleicht das Gegenteil bewirken; bei einem Teil sicher, bei einem anderen Teil vielleicht nicht. Vielleicht kommen Sie besser zum Ziel, wenn in anderer Weise gearbeitet wird, ohne daß die Saarbevölkerung glaubt, sie werde – mittelbar oder unmittelbar – unter Druck gesetzt.

Die Leute haben an sich den besten Willen, Ihre Außenpolitik mitzumachen. Aber seit Wochen ist von der anderen Seite diese Fragestellung verfälscht worden, und das bekommt man aus dem größten Teil der Bevölkerung nicht mehr heraus. Ich bitte herzlich, Herr Bundeskanzler, (*Adenauer:* Ich weiß nicht, warum Sie es nicht machen!) nicht von diesen Ressentiments aus Entschließungen zu fassen. Wir selbst tragen schwer daran. Herr Bundeskanzler! In diesem Saal habe ich mich im Mai für das Ja eingesetzt bei den Herren Saarvertretern. Ich habe den Herren gesagt, Sie müssen so und so prozedieren; und ich hatte den Eindruck, daß zumindest ein großer Teil dafür gewonnen war. Die Herren waren des besten Willens und glaubten, mit dem Ja bei ihren Leuten durchzukommen. Es war ein elementares Aufbrechen. (*Adenauer:* Nun ist das vorbei, das Aufbrechen. Die Leute werden ruhiger. Warum sollen wir nicht etwas nachhelfen? Es steht viel mehr auf dem Spiel, als einer von uns verantworten kann!)

⁵⁴ Am 5. September 1955 schlossen sich die CDU Saar, die Deutsche Sozialdemokratische Partei (DSP) und die Demokratische Partei (DPS) zum Deutschen Heimat-Bund zusammen. Die genannte Entschließung ist unterzeichnet von Dr. Hubert Ney (CDU), Kurt Conrad (DSP) und Dr. Heinrich Schneider (DPS). Vgl. SCHMIDT 3 S. 352. – Das erwähnte Gespräch vom 5. September, das aufgrund einer Unterredung Adenauers mit Kaiser anberaumt worden war, fand zwischen Altmeier, Kaiser, Zimmer und „maßgeblichen Herren der CDU Saar“ statt; zu einer Änderung ihrer Haltung war die CDU Saar nicht bereit (vgl. Kaiser an Adenauer vom 6. September 1955 – Druck: Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot, hrsg. von Tilman MAYER. Köln 1988 S. 622f.).

Wuermeling: Ich habe Verständnis für den Standpunkt wegen des Nichteinmischungsparagrafen, daß man sagt, wir wollen nicht ein Ja empfehlen. Wir haben aber ein Interesse daran, daß die Haltung und Stellungnahme der Bundes-CDU und des Bundeskanzlers nicht mißbraucht werden. Deshalb könnten wir hier eine Entschließung etwa des Inhalts veröffentlichen, daß niemand berechtigt ist, sich bei einem Nein zum Saarstatut auf die Christlich-Demokratische Union Deutschlands zu berufen, daß wir also das Nein in jedem Falle als nicht mit unserer Auffassung in Einklang stehend betrachten. Dazu sind wir berechtigt, weil die Äußerungen des Bundeskanzlers mißbraucht werden.

Adenauer: Mit welchem Recht nennen Herr Ney und seine Leute sich Christlich-Demokratische Union? Die haben sich nie bei uns angemeldet! Sie haben keine Verbindung mit uns. (*Kaiser:* Auf Ihren Wunsch ist die Gründung der Christlich-Demokratischen Union an der Saar erfolgt!) Ich habe gesagt, sie sollen sich mit den anständigen Leuten von der CVP zu einer großen Partei vereinigen, was nach meiner Meinung das einzig Richtige gewesen wäre.

Lassen wir offen sprechen, meine Herren! Wie es mir von Herren hier gesagt worden ist, ist doch alles nur gescheitert an dem Eigensinn und dem Stolz des Herrn Ney. (*Altmeier:* Nein! Nein!) Doch! Wer hat mir gesagt, daß der Mann wie ein Diktator regiert? Sie, Herr Altmeier und Herr Zimmer! Und daß Sie versuchen, ihm einen Vorstand zu geben, damit die Dinge in Ordnung gingen. (*Altmeier:* Das haben wir auch gemacht! Aber alle haben sie nein gesagt! Die haben in ihrem Vorstand angesehene Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung: Beamte und Oberverwaltungsdirektoren, Arbeiter und Christliche Gewerkschaften!⁵⁵) Ob Beamte oder Oberverwaltungsdirektoren ist total gleichgültig, eine Stimme ist nota bene wie die andere, und Oberverwaltungsräte brauchen politisch wirklich nicht befähigt zu sein. Für uns handelt es sich doch darum, daß wir für unser Land uns nicht durch Torheiten die Sache verderben lassen. Jetzt sind wir auf dem besten Wege dazu!

Hellwig: Wenn eine Äußerung als notwendig angesehen würde – ich persönlich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen –, so sollte es folgender Gedanke sein: Die CDU sieht mit größter Besorgnis, daß die Fragestellung, zu der die Saarbevölkerung sich äußern soll, durch Vorgänge, die außerhalb ihres Einflußbereiches liegen, verfälscht worden ist, so daß sie daher eine Ablehnung dieses Abkommens vorschlägt; denn andernfalls würde eine solche Verhärtung in der deutsch-französischen politischen Atmosphäre eintreten, die im Hinblick auf die Genfer Konferenz höchst bedenklich wäre.

Kaiser: Ich habe nur den Wunsch, daß es morgen zu keiner Saardebatte kommt. Herr Johnen, Ihre Auffassung in allen Ehren, aber ich würde Sie bitten, sich mit den Verhältnissen an der Saar und mit dem Denken der Menschen dort etwas mehr vertraut zu machen. Dann würden Sie die Anregung nicht gegeben haben.

⁵⁵ Zusammensetzung des Vorstands vom 7. August 1955 in SCHMIDT 1 S. 339, berufliche Zuordnung S. 282ff.

Der Herr Bundeskanzler hat sein Wort in Bochum gesprochen. Das genügt. Herr Altmeier ist von Saarbrücken zu Hause[!], der Innenminister Zimmer ist von der Saar zu Hause[!], und Herr Hellwig ist ein Saarländer ... (*Adenauer*: Und schließlich bin ich Rheinländer und bin Deutscher!) Wir waren doch im Einverständnis mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit den Leuten zusammen. Das waren die Repräsentanten von 700 Delegierten der Christlich-Demokratischen Union. Und diese hatten den einfachen Wunsch, daß nichts geschehen möge, was sie aus Deutschland herausdrängt. Wir sind nach gewissenhaftester Prüfung aller Dinge zu dem Schluß gekommen, daß wir nein sagen müssen!

Ich habe dem Kanzler gesagt, was der französische Ministerpräsident und was Pinay am 30. März in der französischen Kammer gesagt haben.⁵⁶ Und die Leute an der Saar sagen: Nein, das wollen wir nicht; wir wollen deutsch bleiben! Nun habt ihr in Gottes Namen drüben in Bonn Verständnis dafür und sucht auch eurerseits dazu beizutragen, auch der Herr Bundeskanzler, für diese Treue zum Vaterland. Es wird leicht gesagt, das sind pathetische Worte. So ist es aber nicht, sondern es ist der einfache Ausdruck des Volkes. Sie wollen beim Vaterland bleiben oder zum Vaterland zurückkehren, und zwar mit allen Konsequenzen. Sie sind sich der Konsequenzen vollkommen bewußt. Sie sagen, wir werden bei unserem Nein bleiben, aber habt bitte Verständnis dafür. Es sind 950.000 Menschen drüben. Lassen wir sie doch darüber entscheiden!

Majonica: Ich möchte vorschlagen, daß, wenn eine Verlautbarung erfolgt, sie nicht durch den Parteiausschuß, sondern durch den Parteivorstand gegeben wird, damit wir keine Saardebatte bekommen. Zum Inhalt möchte ich vorschlagen, daß es kein Aufruf an die Saarbevölkerung sein möge, sondern daß die CDU den im Saarstatut beschrittenen Weg für den besten hält, die Saarfrage und das deutsch-französische Verhältnis zu klären.

Ich glaube, daß das eine Brücke wäre, auf der wir alle schreiten könnten. Aufgrund dieser ganzen Verhältnisse könnten sonst sehr starke Zweifel in die Vertragstreue der CDU und der Bundesrepublik gebracht werden. Unsere Vertragstreue haben wir als Abgeordnete noch einmal zu betonen. Heute wird das im Saargebiet in einer Weise dargestellt, daß ich mich und andere persönlich diffamiert und angegriffen fühle. (*Altmeier*: Das ist wiederum nicht wahr, das ist unerhört, was Sie behaupten! – *Unruhe*.)

Adenauer: Ich würde mit einem solchen Vorschlag von Herrn Majonica einverstanden sein. Ich glaube, wenn sich die Mehrheit dafür ausspricht, dann könnten wir einige Herren beauftragen, das zu formulieren.

Altmeier: Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Ich erhebe meine warnende Stimme gegen eine Erklärung der CDU – das habe ich vor einigen Wochen Herrn Dr. Krone auch gesagt –, die unserer Auffassung nicht entspricht. In diesem Falle

⁵⁶ Vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1955 S. 358–361.

möchte ich auch die Freiheit bekommen, selber Erklärungen abzugeben. Wir haben bisher nichts gesagt.

Adenauer: Herr Altmeier! Geben Sie Erklärungen ab, welche Sie für richtig halten! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir stimmen ab. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, (*Weber:* Ich enthalte mich der Stimme. – *Hellwig:* Darf ich noch etwas sagen! – *Unruhe.*) eine Hand zu erheben, und zwar im Sinne der Erklärung von Herrn Majonica. – Das sind 15. – Wer ist dagegen? – Das sind 5. – Wer enthält sich? – Das sind 6.

Das Wort hat Herr Hellwig.

Hellwig: Herr Majonica hat zur Begründung seines Antrages Ausführungen gemacht, daß er oder andere Abgeordnete, die das Abkommen angenommen hätten, im Saargebiet angegriffen und diffamiert würden. Ich glaube, das trifft nicht zu. Ich kann das ganz deutlich sagen; denn auch meine Haltung, die noch problematischer für meine Landsleute war, wurde verstanden, weil die Zustimmung zu dem Abkommen im Bundestag erst die Möglichkeit der freien Abstimmung der Bevölkerung freigemacht hat. Das sollte unterschieden werden.

Der Bundeskanzler verläßt den Raum.⁵⁷ – Bundesminister Dr. Tillmanns übernimmt den Vorsitz.

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Wir wollen also morgen, wie die Diskussion ergeben hat, im Parteausschuß nicht zu einer Saardebatte kommen. Wir wollen uns darum bemühen, aber wenn die Angelegenheit vom Parteausschuß vorgebracht wird, werden wir es nicht verhindern können.

Wir wollen versuchen, im Anschluß an die Parteausschußsitzung eine endgültige Formulierung vorzunehmen. Ich hoffe, daß die Formulierung so gefunden werden kann, daß auch die Freunde, die sich enthalten haben und die dagegen gestimmt haben, dann zustimmen können. (*Unruhe und teilweise Widerspruch.* – *Zimmer:* Ich halte diesen Beschluß für so bedenklich, daß ich nicht mehr in der Lage bin, den Beratungen weiter beizuwohnen! – *Zurufe:* Oho! – *Unruhe.* – *Kaiser:* Das ist keine Politik, die wir treiben! – *Weber:* Ich habe mich der Stimme aus wohlwogenern Gründen enthalten. Ich möchte wissen, ob das als Parteivorstandsmeinung herausgehen kann bei einer Mehrheit von 14 oder 15 Stimmen gegen 5 Stimmen und 6 Enthaltungen. Das ist nach meiner Meinung unmöglich. – *Anhaltende Unruhe.*) Bitte Ruhe! Meine Damen und Herren! Ich habe vorgeschlagen, daß wir jetzt nichts sagen, sondern morgen im Anschluß an die Sitzung des Parteausschusses versuchen sollten, in einer kleinen Gruppe ... (*Altmeier:* Wir kommen morgen nicht!) Wenn ich nun die Aufgabe habe, meine Freunde, jetzt eins zum Ausdruck zu bringen, dann darf ich bei allem Verständnis für die persönlichen Erregungen doch sagen, daß wir einander respektieren sollten. Und wenn wir uns einander ernsthaft respektieren, liebe Freunde

⁵⁷ Das Abschiedessen für François-Poncet begann um 19.30 Uhr (TERMINKALENDER).

– Herr Zimmer, nehmen Sie es mir nicht übel –, dann darf man nicht sagen: Dann verlasse ich die Sitzung und mache nicht mehr mit.

Ich richte daher nochmals meine ernste Bitte an Sie, daß wir uns doch gegenseitig respektieren, auch wenn wir in einer ernsten politischen Meinungsverschiedenheit sind, bei der auf jeder Seite eine wohlfundierte politische Auffassung zugrunde liegt. Deshalb sollten wir das Gespräch fortsetzen.

Zimmer: Ich habe am 5. Februar in ernstester Weise die Voraussetzungen für ein Ja zum Abkommen dargelegt. Ich habe dringend verschiedene Dinge gefordert, übrigens auch zu dem Thema, das jetzt eine große Rolle spielt. Geschehen ist nichts. Es war in den Wind gesprochen.

Ich habe am 3. September erneut sehr eindringlich hier gesprochen.⁵⁸ Wiederum vergeblich! Wenn man den Eindruck gewinnt, daß die erkämpfte Auffassung, die man nach vierjähriger Befassung mit diesen Dingen hat – es ging los im Sommer 1951 –, nichts bedeutet, daß alles fortwährend in den Wind gesprochen ist, lieber Freund Tillmanns, glauben Sie, daß es dann noch einen Zweck hat, an den Beratungen weiter teilzunehmen, wenn man in dieser Weise – entschuldigen Sie bitte – abgewürgt wird durch eine Abstimmung, bevor überhaupt die Sache ausdiskutiert ist?

Sie haben gemerkt, wie ernst es mir um die Dinge zu tun war. Es hat sich niemand so ernst in dieser Frage seit Jahr und Tag eingesetzt. (*Tillmanns:* Meinen Sie die Saarfrage?) Ich meine die Saarfrage, so daß es wirklich keinen Zweck mehr hat. Wenn die Mehrheit die Verantwortung für diesen Schritt übernimmt, gut, ich respektiere das. Ich bin gar nicht so vermessen zu sagen, daß ich recht habe. Das weiß ich gar nicht. Ich habe es offengelassen. Aber ich bin der Meinung, daß man in anderer Weise hier die Dinge behandeln soll.

Krone: Was in Bochum gesagt wurde, war richtig. Aber was wir jetzt machen, dient nicht dem, was der Bundeskanzler will. Es ist nicht richtig, wenn Sie fortgehen, Herr Zimmer. Können wir denn nicht einen Weg finden, daß auch Sie ja sagen? Vielleicht finden wir diesen Weg bis morgen früh.

Von Fisenne: Ich muß Herrn Zimmer bitten, hierzubleiben. Wir sollten dafür sorgen, daß die Erklärung, wenn es dazu kommt, abgemildert wird. Ich halte es nicht für richtig, nun zu sagen: Wenn man überstimmt wird ... Ich kann Ihre Bedenken verstehen, aber zu sagen, ich nehme an den Beratungen nicht mehr teil, das halte ich für das Verkehrteste, was man tun kann; denn dann verschwindet letzten Endes jedes Vertrauen. Wir müssen uns auch einmal überstimmen lassen. Wir müssen zusehen können, daß unsere Meinung überstimmt wird. Wir haben doch auch unsere Gründe für unsere Meinung. Und letzten Endes wiegt das, was der Bundeskanzler gesagt hat, auch schwer. Er wünscht eine solche Erklärung, er wünscht sie im Interesse Gesamtdeutschlands und im Interesse der Genfer Verhandlungen. Das sind doch alles Dinge, die bei uns auch schwerwiegen.

58 Treffen Adenauers mit Altmeier „und den Herren der CDU“ (TERMINKALENDER).

Sie kennen die Verhältnisse an der Saar besser. Für Sie kommt es auf den Wahlkampf an der Saar an. Es mag sein, daß das für Sie die entscheidenden Gründe sind, keine Erklärung zu wollen; aber die Gründe, die der Bundeskanzler uns vorgetragen hat, sind bisher nicht so entkräftet worden, daß wir uns zu einer anderen Abstimmung hätten entschließen können.

Ich muß darum bitten, daß wir weiter Vertrauen zueinander haben und daß wir nicht sagen, wenn wir überstimmt werden, machen wir nicht mehr mit. Das können wir uns als CDU nicht leisten. Ich wäre Herrn Zimmer sehr dankbar, wenn er im Interesse der Sache jetzt das Opfer brächte und weiter mitarbeitete. Wir wollen die Angelegenheit zunächst einmal überschlafen.

Tillmanns: Ich muß nun fragen, meine Damen und Herren, wie wir weiter prozedieren wollen.

Hellwig: Es ist keine Schande, wenn man unterliegt. Wenn ich den Eindruck hätte, daß die Mehrheit, die uns hier überstimmt hat, das Problem wirklich ausdiskutiert hätte, dann wäre ich damit einverstanden. Aber ich habe leider nicht den Eindruck.

Tillmanns: Damit bestreiten Sie doch dem Vorstand das Recht auf Entschließungen. Es ist unmöglich, daß die Damen und Herren, die nicht an der Saar leben, die gleiche Intensität der Kenntnisse haben wie Sie. Sie verlangen hier eine Voraussetzung, die überhaupt nicht herstellbar ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn Sie das verlangen, dann bestreiten Sie damit dem Vorstand die Möglichkeit, einen Beschluß zu fassen.

Hellwig: Ich bin der Meinung, daß wir uns hier in diesem Vorstand auch in früheren Saardebatten wirklich die ganzen Konsequenzen und Erkenntnisse nie klargemacht haben. Wenn wir das früher getan hätten, wären jetzt nicht so viele aus allen Wolken gefallen über die Entwicklung, die an der Saar eingetreten ist. Wenn unsereins aufsteht, der hier darauf aufmerksam macht, daß die Verhältnisse anders lägen, dann sind wir aufgrund einer sehr einseitigen informativen Tätigkeit des Auswärtigen Amtes als politisch nicht ernstzunehmend bezeichnet worden. Das ist doch der Grund. (*Unruhe.*)

Tillmanns: Ich stelle jetzt den Antrag, daß wir nicht in die Saardebatte eintreten. Ich darf daran erinnern, daß Sie selbst und andere hervorragende Saarexperten uns erklärt haben, daß Sie über den Aufbruch der Bevölkerung selber aufs äußerste überrascht waren. Und jetzt machen Sie uns den Vorwurf, wir hätten die Dinge früher klären müssen. Das führt uns doch nicht weiter.

Ich stelle formell den Antrag, daß wir zunächst die Debatte über die Saarfrage zurückstellen und uns dann klarwerden, wie wir prozedieren wollen, nachdem dieser Beschluß gefaßt ist. Wie können wir noch einen Weg finden, der es uns ermöglicht, in der Sache gemeinsam zu operieren? Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen? Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Ich bin der Meinung, daß wir Ihren Antrag annehmen sollten.

Altmeier: Ich stelle den Gegenantrag, daß weiterdiskutiert wird.

Tillmanns: Daß wir diese Frage nicht weiterführen? Wie wollen wir weitermachen? Darüber müssen wir uns klarwerden.

Altmeier: Ich möchte beantragen, daß wir darüber abstimmen, ob wir weiterdiskutieren. Ich habe das Gefühl – und das wird mir niemand bestreiten können –, daß die Abstimmung eben etwas abrupt gekommen ist. Ich unterstreiche jedes Wort. Wir kommen vielleicht doch weiter, wenn wir jetzt noch eine Zeitlang debattieren. Was wollen Sie denn morgen machen?

Tillmanns: Es ist nicht möglich, jetzt weiterzudiskutieren, und zwar aus zeitlichen Gründen und auch aus dem einfachen Grund, weil der Bundeskanzler nicht hier ist. Sonst möchte ich bitten, daß ein anderer die Verhandlung führt. Der Bundeskanzler hat mir gesagt, daß er aus einem ganz bestimmten Grund – über den er leider nicht sprechen kann – äußersten Wert darauf legt, daß noch einmal eine Erklärung in diesem Sinne abgegeben wird. Ich persönlich kenne die Gründe nicht. (*Kaiser:* Wir können auch die Aufgabe haben, den Bundeskanzler vor einem solchen Fehler zu bewahren!) Wir kommen nicht daran vorbei, daß wir einen Beschluß gefaßt haben! (*Kaiser:* Lesen Sie, was die Franzosen sagen, was der Pinay und der Ministerpräsident in Frankreich gesagt haben!) Wir müssen uns einig werden. Soll aufgrund des gefaßten Beschlusses weiterdiskutiert werden? Es scheint die Auffassung zu sein, daß wir zur Sache diskutieren sollen.

Majonica: Ich möchte den Antrag stellen, daß wir morgen früh um 8 Uhr hier zu einer ordentlichen Vorstandssitzung zusammenkommen. Dann haben wir noch zwei Stunden Zeit bis zum Zusammentritt des Parteausschusses, um diese Frage noch einmal gründlich zu diskutieren. Ich bin der Meinung, daß über allen sachlichen Entscheidungen die Einheit des Vorstandes zu stehen hat. Eine sachliche Entscheidung darf nicht zu einem Auseinanderplatzen des Vorstandes führen.

Heiler: Ich wollte den gleichen Vorschlag machen, daß wir morgen früh weiterdiskutieren. Jetzt fehlen einige, und die Erregung ist auch zu groß.

Tillmanns: Es ist beantragt worden, morgen früh vor der Sitzung des Parteausschusses weiterzutagen.

Gradl: Wir wollen doch auf dem Boden bleiben. Es hat keinen Sinn, morgen früh um 8 Uhr den Vorstand einzuberufen. Die anderen fühlen sich dann unter Zeitdruck gesetzt, weil um 10 Uhr der Parteausschuß beginnt. Das ist also kein Weg.

Tillmanns: Wir sind uns darüber klar, daß wir in einer äußerst schwierigen Situation sind. Ich wäre dankbar, wenn wir dem Rechnung trügen in allem, was wir sagen.

Von Fisenne: Ich würde vorschlagen, daß die Herren Altmeier, Zimmer, Majonica und Sie sich morgen früh, eventuell mit dem Bundeskanzler, zusammensetzen, um das vorzubereiten, was der Bundeskanzler haben will. Er hat nur erklärt, daß er von uns eine Erklärung wolle, er hat nicht gesagt, daß er mit seiner Erklärung an die Presse geht. (*Altmeier:* Wir wollen keine Erklärung! – *Weber:* Keine Erklärung!)

Tillmanns: Die Sache ist so, daß übermorgen sowieso keine Zeitungen erscheinen. Es wäre also möglich, daß morgen früh nach Schluß des Parteausschusses die Frage

noch einmal überprüft wird. Dann hätten wir die Möglichkeit, daß der Bundeskanzler dabei ist. Ich weiß nicht, ob er morgen früh schon vor der Parteiausschußsitzung da ist. Ich halte nicht viel davon, wenn wir in Abwesenheit des Bundeskanzlers die Frage erörtern.

Krone: Einen Beschluß im Bundesparteivorstand zu fassen, nachdem der Parteiausschuß getagt hat, halte ich für völlig unmöglich. (*Tillmanns:* Das ist auch nicht vorgeschlagen worden!) Eine Erörterung kann nur noch stattfinden vor der Sitzung des Parteiausschusses.

Tillmanns: Soweit ich aus der Diskussion ersehe, hat niemand vorgeschlagen, daß der Bundesparteivorstand nochmals zusammentritt, sondern lediglich, daß eine kleine Gruppe morgen früh zusammenkommt, um den Versuch zu machen, eine Übereinstimmung herbeizuführen.

*Schwarz-Liebermann*⁵⁹: Bestünde nicht die Möglichkeit, daß sich, während die Tagesordnung weiterbehandelt wird, einige Herren über diese Frage heute abend unterhalten? Ich darf fragen – ich stelle es zur Debatte –, ob die Möglichkeit besteht, mich zu diesem Gremium hinzuzuziehen, und zwar nur als technischer Experte, weil ich in den letzten Monaten sehr viel gesehen und erlebt habe. Ich möchte mich nicht einmischen, aber im Rahmen der sachlichen Auskunft besteht vielleicht die Möglichkeit, zwei sich gegenüberstehende Seiten einander näherzubringen. Ich bitte Sie, mich also in diesem Sinne verstehen zu wollen.

Tillmanns: Herr Dr. Schwarz von Liebermann ist Vertreter der Bundesrepublik bei der Saarkommission. Ich würde es für richtig halten, wenn heute abend ein kleiner Kreis das machen wollte.

Zimmer: Wir müssen uns darüber klar sein, daß hier ein tiefer Gegensatz klafft. Wenn eine Erklärung ausgearbeitet wird, dann kann dies nur von denen geschehen, die die Verantwortung übernehmen, daß überhaupt eine Erklärung erfolgt. Deshalb habe ich gesagt, es habe keinen Zweck. Ich bin überhaupt gegen eine Erklärung, ebenso wie die anderen, die dagegen sind bzw. sich enthalten haben.

Sehen Sie bitte die Folgen. Diejenigen, die für die Erklärung waren, haben nun die Verantwortung. Ich will mit dieser Verantwortung für eine Erklärung nicht belastet sein. Ich habe für Ihr Verhalten Verständnis, aber ich kann an einer solchen Erklärung nicht mitarbeiten, weil ich sie – das habe ich dem Bundeskanzler gesagt, ich bin gewohnt, meine Meinung zu sagen – für verderblich halte. Wollen Sie bitte dafür Verständnis haben, daß ich mich an einer solchen Erklärung nicht beteiligen kann. Nun stehen sich die beiden Fronten gegenüber, so daß wir in diese Situation gekommen sind.

59 Dr. Hans Albrecht Schwarz-Liebermann von Wahlendorf (geb. 1922), seit 1945 CDU, 1953–1957 Geschäftsführer des außen- und verteidigungspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, 1955/56 Bevollmächtigter der Bundesregierung bei der europäischen Saarkommission, 1957–1960 stv. Direktor der politischen Abteilung der NATO, Professor in Lyon.

Ich könnte eine Parallele ziehen zu der Behandlung oder Nichtbehandlung der Südweststaat-Angelegenheit vor einigen Jahren. Wir haben uns damals viel zu spät mit diesen Dingen im Bundesparteivorstand befaßt. Ich habe Kritik üben müssen. Aber was man damals ernsthaft sagte, hat keine Resonanz gehabt, und das ist unser Kummer gewesen.

Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, daß sich hier zwei Auffassungen gegenüberstehen. Wenn etwas herauskommen soll bei dieser Erklärung, dann muß sie einen Inhalt haben im Sinne des Herrn Bundeskanzlers. Es ist durchaus möglich, daß er recht hat. Ich bin anderer Meinung. Wir sind in einer besonders schwierigen Lage in unserem Lande, aber wir müssen die Freiheit zu einer anderen Auffassung haben.

Altmeier: Die Herren Zimmer, Kaiser und ich, wir haben am 5. September die Zusage des Herrn Bundeskanzlers bekommen, daß er nach seiner Rückkehr die CDU-Vertreter der Saar mit uns empfangen wolle und daß wir uns dann über die Situation noch einmal aussprechen könnten. Wir hatten den Auftrag, die Herren von der Saar über diese Abstimmung zu unterrichten und sie zu diesem Zweck zu uns kommen zu lassen. Herr Kaiser, Herr Zimmer und ich, wir haben zur Erfüllung dieses Auftrages in Bernkastel gesessen am Montag, dem 5., und haben den Leuten, den sehr vernünftigen Leuten, das beigebracht. Sie waren mit diesem Gespräch einverstanden.

Und nun frage ich Sie, soll denn das Gespräch nicht stattfinden? Warum brauchen wir denn eine Erklärung? Lassen wir doch die fünf Leute sich mit uns zusammensetzen, wie es zugesagt worden ist! (*Unruhe.*)

Tillmanns: Entschuldigen Sie, Herr Altmeier, Sie kommen damit wieder in die Debatte. Wir haben doch einen Beschluß gefaßt! (*Altmeier:* Nachdem ich das gesagt habe, könnte man den Beschluß revidieren.) Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ich bin nicht bereit, einen Beschluß aufzugeben. Ich weiß nicht, wie es den anderen Mitgliedern geht. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Vorstand nicht genügend informiert war. Die Gesichtspunkte sind vollständig klar. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Und wenn wir noch drei Tage lang diskutieren, werden sie nicht klarer. Wir wissen doch ganz genau, was los ist.

Ich verstehe Herrn Zimmer sehr wohl, wenn er sagt, ich kann nicht teilnehmen. Ich bin der Auffassung, man kann in einem demokratischen Gremium, auch wenn die Mehrheit einen Beschluß gefaßt hat, wobei man in der Minderheit geblieben ist, diesen Beschluß respektieren und versuchen, das Beste daraus zu machen.

Ich könnte mir eine Erklärung denken, bei der auch die Freunde von Rheinland-Pfalz mitmachen könnten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Deswegen mein Vorschlag, daß wir einen solchen Kreis noch einmal zusammensetzen.

Hellwig: Es gibt nach meiner Meinung einen Weg, indem man feststellt, dieses Referendum ist in seiner Fragestellung durch die Saarregierung verfälscht worden. Daher besteht die Gefahr der Ablehnung, die aber nichts mit dem Referendum ursprünglich zu tun hat. Dann wäre ja eine Fühlungnahme zwischen Bonn und Paris

– ich weiß nicht, was der Gegenstand der Gespräche der beiden Außenminister war, aber ich will mal laut denken – denkbar, daß beide Regierungen feststellen, die Frage des Referendums ist durch die Saarregierung verfälscht, also Verschiebung des Referendums, bis die Atmosphäre klar ist: Landtagsneuwahlen und dann das Referendum. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich habe nur laut gedacht! (*Widerspruch.*)

Tillmanns: Ich darf um Ruhe bitten, meine Herren! Ist es denn nicht möglich, unsere Verhandlungen – auch bei allen „Verständigungsversuchen“ – zu Ende zu führen? (*Weitere Unruhe.*)

Von Fisenne: Würde nicht eine Erklärung genügen, worin der Vorstand die Erklärung des Bundeskanzlers von Bochum zum Ausdruck bringt? (*Vereinzelter Widerspruch.*)

Scharnberg: Wir haben abgestimmt, und das Abstimmungsergebnis liegt vor. Eine Wiederholung dieser Abstimmung halte ich für unmöglich, es sei denn, daß man all die Leute, die an der Abstimmung teilgenommen haben, befähigt, an der zweiten Abstimmung noch einmal teilzunehmen. (*Zuruf:* Das ist doch klar!) Ja, es sind aber einige weggegangen, so daß das nicht mehr geht. Die Abstimmung kann also nicht wiederholt werden. Infolgedessen muß auf dem Boden der Abstimmung weitergearbeitet werden.

Was Herr Tillmanns gesagt hat, scheint mir das einzig Richtige zu sein. Daher möchte ich an Herrn Zimmer die Bitte richten und ihm sagen, daß man an einer Arbeit auch teilnehmen kann, wenn man in der Abstimmung unterlegen ist. Ich bin der Meinung, daß Sie eine Verantwortung für die Sache nicht haben; denn Sie haben ja dagegen gestimmt, und damit sind Sie aus der Verantwortung heraus.

Ich hielte es für wirklich nützlich, wenn die Herren, die dagegen gestimmt haben, an dieser Erklärung mitarbeiteten. Vielleicht erreichen wir dann das, was Herr Tillmanns will, daß wir eine Erklärung bekommen, die den Wünschen des Bundeskanzlers entspricht und die auch von Ihnen akzeptiert werden kann.

Strickrodt: Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir abgestimmt haben. Die Tatsache der Abstimmung bleibt bestehen. Ob das, was uns als Gegenstand der Abstimmung vorhin bezeichnet worden ist, so präzise formuliert war, daß daraus sozusagen eine *lex imperfecta* wird, wenn der Text vorliegt, weiß ich nicht.

Majonica: Ich habe vorgeschlagen, eine Verlautbarung herauszugeben, und zwar habe ich – ins Unreine gesprochen – folgenden Inhalt angeregt: Wir hätten als Abgeordnete unsere Vertragstreue noch einmal zu betonen und dabei festzustellen, daß wir in dieser Regelung den besten Weg für die Saar und für das deutsch-französische Verhältnis sähen. (*Hellwig:* So war es nicht!) Das war das Skelett, das ich vorhin skizziert habe.

Tillmanns: Dieses Skelett läßt für Formulierungen noch durchaus Raum offen. Als der Bundeskanzler den Raum verlassen hat, wollte ich, daß wir über diese Formulierung noch einmal reden sollten.

Wackerzapp: Es ist ungeheuer schwer, die wirkliche und echte Stimmung an der Saar zu erkennen. Als es damals um die Landtagswahlen ging, wurde vom Bund eine

Resolution gefaßt und eine Parole herausgegeben.⁶⁰ Das Ergebnis für uns war fatal. Ich befürchte, daß diese Eruption, die jetzt in der Saarbevölkerung zutage getreten ist, auf unkontrollierbaren Erwägungen beruht. Ich habe das Gefühl, daß sich die Stimmung zugunsten des Herrn Hoffmann bessert. Hoffmann kann auf einen Hinweis ... (*Hellwig*: Das ist ja alles überholt!) Ich möchte nur hinweisen auf die Stimmung der Bevölkerung. Weil diese undurchsichtig ist, bin ich der Meinung, wir sollten uns überhaupt ...

Tillmanns: Entschuldigen Sie, wenn ich unterbreche, der Vorstand läuft auseinander. Der Beschluß ist gefaßt. (*Wackerzapp*: Ich bin der Meinung, daß der Beschluß revidiert werden soll.) Wir können einen Beschluß nicht mehr revidieren. (*Gratl*: Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag machen!) Das Wort hat Herr Dr. Gratl.

Gratl: Wir sind in einer sehr schwierigen Situation, weil wir solche Kampf-abstimmungen in unseren Kreisen nicht gewöhnt sind. Es ist erstmalig, daß wir so auseinanderfallen. Es ist klar, der Beschluß besteht, und den kann man nicht einfach wegwischen. Es ist eine schwierige Sache, und das ist wohl das, was uns den eigentlichen Kummer macht, daß der Vorstand unserer Partei einen Beschluß faßt, bei dem 14 dafür und 11 nicht dafür sind. Das ist immerhin eine harte Sache. Die Diskussion hat im Augenblick keinen Sinn. Deshalb schlage ich vor, zunächst über den weiteren Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Wir müssen uns auch über den Bundesparteitag irgendwie klargeworden sein, wenn wir morgen um 10 Uhr vor den Parteiausschuß treten.

Ich schlage also vor, den Punkt 3 oder 4 der Tagesordnung jetzt zu behandeln und aus unserem Kreise drei Leute zu beauftragen, die sich zusammensetzen, um diese Angelegenheit zu regeln, und zwar die Herren Altmeier, Johnen und Krone, der als Vermittler brauchbar ist, weil er an sich in der Sache für den Beschluß war, aber aus taktischen Gründen gegen den Beschluß ist. Das sind drei vernünftige Leute. Die sollen sich zusammensetzen und überlegen, was man in dieser Situation machen kann.

Johnen: Wir können die Abstimmung nicht ändern. Herr Altmeier hat eben von einer beabsichtigten Besprechung gesprochen. Daraus könnte etwas Gutes werden. Wenn beides kombiniert wird, würde das heißen, die Kommission erarbeitet die Erklärung, aber die Veröffentlichung der Erklärung wird zurückgestellt, bis diese Besprechung stattgefunden hat. Natürlich muß sie der Bundeskanzler ernstlich wollen, das muß ich voraussetzen, sonst kommt sie ja nicht zustande.

Tillmanns: Der Vorstand hat zwar beschlossen, aber noch nicht beschlossen, wann sie veröffentlicht werden soll. Darf ich fragen, ob der eben gemachte Vorschlag angenommen wird, wonach sich die genannten Herren zusammensetzen sollen, um im

⁶⁰ Wahlparolen und Wahlplakate zur Landtagswahl vom 30. November 1952 in SCHMIDT 2 S. 416–436. Der Bundestag hatte am 18. November 1952 den Aufruf der unterdrückten Oppositionsparteien unterstützt, weiße Stimmzettel abzugeben oder der Wahl fernzubleiben (EBD. S. 463).

Sinne des Vorschlages von Majonica zu einer Regelung zu kommen, die morgen mit dem Bundeskanzler besprochen werden soll? (*Altmeier*: Ich bin gegen jede Erklärung!) Es liegt doch im Sinne des Standpunktes, den Sie vertreten. Darf ich noch einmal feststellen, wer dafür ist, daß sich die genannten Freunde nun zusammensetzen und versuchen, einen Weg zu finden, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden! – Wer ist dagegen? – Das sind zwei (*Altmeier* und *Kaiser*). (*Kaiser*: Die Freunde von der Saar haben keinen dringlicheren Wunsch, als nicht noch einmal eine Erklärung zu hören.)

Ich bemühe mich jetzt andauernd aufgrund der Tatsache, daß ein Beschluß gefaßt worden ist, in Ihrem Sinne eine Lösung zu finden, und Sie sind fortgesetzt dagegen. Der Vorstand hat fast einstimmig diese Bitte ausgesprochen, und ich wäre dankbar, wenn die Freunde diesen Versuch jetzt machen wollten.⁶¹

Zum Punkt 1 der Tagesordnung möchte ich noch nachtragen, daß wir an die Bundestagsfraktion die Bitte richten wollen, in der Frage der Behandlung der Wehrgesetze nunmehr ohne Verzögerung einzutreten, damit diese Dinge möglichst schnell weitergeführt werden.

Der Beschluß lautet: „Der Bundesparteivorstand der CDU hat am Freitag eingehend die weltpolitische Lage erörtert. Er ist dabei zu der Auffassung gelangt, daß die parlamentarische Behandlung der Wehrgesetze in ordnungsmäßiger Erfüllung der Pariser Verträge ohne jede Verzögerung abgeschlossen werden muß, damit die Aufstellung der deutschen Streitkräfte begonnen werden kann. Der Bundesparteivorstand empfiehlt daher der Bundestagsfraktion der CDU, sich in diesem Sinne bei den Beratungen des Bundestages mit aller Kraft einzusetzen.“

Dieser Beschluß ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern er soll lediglich an den Vorstand unserer Bundestagsfraktion weitergegeben werden. Darf ich die Damen und Herren bitten, die zustimmen wollen, die Hand zu erheben! (*Gradl*: Steht nichts von Pankow drin? Sollte das aus taktischen Gründen zurückgestellt werden?) Wir waren der Meinung, daß wir es mit der Begründung „weltpolitische Lage“ bewenden lassen sollten.

Ich darf noch einmal wiederholen: Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben! – Einstimmig angenommen!

61 Man einigte sich am folgenden Tag auf diesen Passus: „Dr. Adenauer erklärte hierbei zur Saarfrage wörtlich: Es stehen so große Fragen vor uns, daß man verlangen muß, daß auch durch die Entscheidung an der Saar die weitere europäische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird. Er wiederholte in diesem Zusammenhang gegenüber dem Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann den entschieden ablehnenden Standpunkt, den er zuletzt am 2. September in Bochum dargelegt hat. Sowohl der Parteivorstand als auch der Parteiausschuß billigten diese Auffassung des Bundeskanzlers.“ (Bundesparteiausschuß vom 1. Oktober 1955 – ACDP VII-001-020/5).

Wir haben nun auf unserer Tagesordnung stehen: Entwicklung der Vorgänge im BHE. Ich glaube, wir stellen diesen Punkt im Augenblick zurück und schlagen vor, daß wir uns nunmehr informieren lassen über den Bundesparteitag.

BUNDESPARTEITAG

Heck: Der Bundesparteitag war ursprünglich für Anfang des Monats Oktober vorgesehen, und zwar herbeigeführt durch einen Beschluß des Vorstandes⁶² und des Parteiausschusses. Der geschäftsführende Vorstand ist nun, nachdem er sich mit dem Inhalt des Parteitages beschäftigt hat, vor allen Dingen mit der schwierigen Materie der Sozialreform, zu der Überzeugung gekommen, daß ein Parteitag, der die Sozialreform zum wesentlichen Inhalt haben soll, lange Zeit zur intensiven Vorbereitung braucht. Er hat deshalb den Beschluß des Vorstandes von sich aus geändert und den Termin des Parteitages auf den 21. bis 24. November in Baden-Baden festgelegt. Ich habe diese Änderung des Beschlusses des Vorstandes sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und des Parteiausschusses mitgeteilt. Es ist dagegen kein Widerspruch erhoben worden.

Ein genaues Programm für den Parteitag ist noch nicht ausgearbeitet. Wir waren der Auffassung, daß wir mit unseren künftigen Parteitagen in Zukunft die Sonntage verschonen sollten. Der Parteitag wurde deshalb auf die Tage von montags bis donnerstags festgelegt. Für den Montag ist lediglich vorgesehen, am Nachmittag die Vorstandssitzung und die Sitzung des Parteiausschusses, am ersten Tage eine Eröffnungssitzung mit der üblichen Einleitung. Sie unterscheiden sich von den bisherigen Eröffnungssitzungen lediglich dadurch, daß erstens ein Bericht des Bundesparteiivorstandes über die Parteiarbeit gegeben wird. Wir hielten es für notwendig, daß in Zukunft auf den Parteitagen auch über die Arbeit der Partei berichtet und diskutiert wird. Zweitens ein Bericht über die Arbeit der Fraktion. Drittens sollen in dieser Eröffnungssitzung die Änderungsvorschläge für das Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bekanntgegeben werden. Ob darüber schon in der Eröffnungssitzung oder erst am Ende Beschluß gefaßt wird, ist noch offen. Nachmittags ist die erste Plenarsitzung mit der Rede des Kanzlers, und anschließend ist eine Aussprache. Am zweiten Tage soll dann wie im üblichen Turnus vormittags und nachmittags eine Plenarsitzung stattfinden, wobei in der ersten Plenarsitzung vorgesehen ist, das Thema der Sozialreform vom Grundsätzlichen her durch ein Referat und ein Korreferat einzuleiten. Anschließend ist eine Generaldebatte. Die Plenarsitzungen am Nachmittag und am nächsten Tage sehen vor die Sozialreform, aufgeteilt nach einzelnen Sachgebieten, und zwar in Form von Referaten, je nachdem, ob der Weg gewählt wird, Arbeitskreise einzusetzen oder nicht.

62 Vgl. Nr. 7 S. 494.

In einer letzten Plenarsitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden. Außerdem ist auf dem Parteitag vorgesehen, eine große repräsentative Feier „10 Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ einzubauen. Außerdem findet, wie üblich, eine öffentliche Kundgebung statt.

Daß wir noch nicht in der Lage sind, die Behandlung der Sozialreform konkret vorzuschlagen, liegt darin begründet, weil sich in den Vorarbeiten bisher die ganze Materie noch nicht so abgeklärt hat, daß man ein Urteil darüber abgeben kann, in welcher Form diese Materie am zweckmäßigsten dem Parteitag vorgetragen und auf dem Parteitag bearbeitet wird.

Tillmanns: Es ist wohl verständlich, daß eine Verschiebung notwendig war, wenn wir zur Sozialreform etwas sagen wollen. Es war unser Anliegen, bei diesem wichtigsten innerpolitischen Thema in Baden-Baden wirklich zu konkreten thesenartigen Beschlüssen der CDU zu kommen. Das bedarf auch zweifellos noch einmal einer Sitzung des Bundesparteivorstandes. Wir müssen zu einer ersten Skizzierung kommen, über die dann der Vorstand und vielleicht auch der Parteiausschuß noch einmal beraten, so daß man eine gewisse Sicherheit hat, daß auf dem Parteitag diese Dinge auch einigermaßen positiv behandelt und verabschiedet werden können.

Das war der Grund, warum wir eine Verschiebung dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen haben. Wir hatten gehofft, nach Stuttgart gehen zu können, aber auch zu dieser Zeit stehen in Stuttgart keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung, während sie in Baden-Baden in vollem Umfang vorhanden sind. Da heute abend der Parteivorstand nicht mehr ganz zusammen ist, wird es wohl kaum möglich sein, endgültige Beschlüsse zu fassen. Wir haben es auch mehr als Information gedacht. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich noch einmal eine Sitzung des Bundesparteivorstandes einberufen, wobei insbesondere die Frage des Ablaufs des Bundesparteitages behandelt werden muß. Dabei müssen vor allen Dingen diejenigen Parteifreunde anwesend sein, die mit den Vorbereitungen besonders vertraut sind, insbesondere hinsichtlich der Sozialreform.

Zimmer: Die letzten Parteitage waren zeitlich ziemlich stark ausgeschöpft durch Referate. Es gab auch einige Ergänzungsreferate, die ungefähr als Diskussionsreferate firmiert waren. Zu einer echten Diskussion kam es praktisch überhaupt nicht. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war entsprechend: gelenkter Parteitag. Herr Johnen hat damals ungefähr gesagt: Feind hört mit, sagt nicht alles, was Ihr denkt! Es folgten darauf die entsprechenden Glossen. Herr Lemmer hat bei den beiden letzten Parteitagen in Hamburg und Köln jeweils einen kritischen Satz in dieser Richtung gesagt, der natürlich auch gehört worden ist von der Presse. Ich bitte, diese Linie nicht mehr in einem solchen Ausmaß weiter fortzusetzen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß man bei einem Parteitag nicht eine fruchtlose und wilde Diskussion laufen lassen kann. Selbstverständlich kann von den Landesverbänden das eine oder andere geschehen. Das kann auch innerhalb des Parteiausschusses gesagt werden; denn so gelenkt wie bisher, das können wir uns auf die Dauer einfach nicht mehr leisten. Wir brauchen ein stärkeres Selbstbewußtsein.

Irgendwann wird die Zeit kommen, wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht. Das wird vielleicht noch fünf oder zehn Jahre dauern, ich weiß es nicht, aber ich möchte, daß unsere Partei von unten herauf ein stärkeres Selbstbewußtsein bekommt, daß man auch eine Meinung zu vertreten hat, wenn man Delegierter ist, auch wenn sie nicht gerade auf der allgemeinen Linie liegt.

Das Referat, z.B. vom Herrn Bundestagspräsidenten, hatte mich stark verärgert, nicht der Inhalt, den hatte ich gebilligt. Aber die Form, wie er es dargelegt hat, nämlich ungefähr so: Vogel friß oder stirb! Er hat damals wörtlich erklärt: Wir müssen einfach, der Bundeskanzler kann das verlangen, wir müssen das und das ... Er hat es auch in diesem Ton so gesagt.⁶³ Das hat keinen Sinn. Bei einer so großen öffentlichen Kundgebung dürfen wir das doch nicht sagen; denn der Bundeskanzler bekommt seine Zustimmung aufgrund seiner politischen Führung, aber doch nicht aufgrund eines solchen Appells, den ein Redner an uns richtet. Ich bin der Meinung, ein solcher Appell ist gar nicht notwendig; denn die Politik des Bundeskanzlers ist aus sich überzeugend und nicht, weil ein Redner vorher sagt, wir müssen das und das tun. Ich hätte gerne, wenn man bei den Vorbereitungen diesem Gesichtspunkt Rechnung trüge, weil wir uns das als große Partei schuldig sind.

Tillmanns: Ich habe eben schon gesagt, daß wir wegen des Bundesparteitages noch eine Vorstandssitzung haben werden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie Ihre eben gemachten Ausführungen – wenn es erforderlich sein sollte – in Gegenwart des Herrn Bundeskanzlers wiederholen. (*Zimmer:* Gerne!)

Strickrodt: Ich bitte Ihren Vorschlag, Herr Tillmanns, den Parteivorstand vor dem Parteitag noch einmal rechtzeitig einzuberufen, zu einem Beschluß zu erheben, damit das Thema der Sozialreform so profiliert wird, daß etwas Ordentliches herauskommt.

Tillmanns: Ich darf feststellen, daß wir rechtzeitig vor dem Parteitag noch einmal zusammenkommen. Das ist der einmütige Wunsch des Bundesparteivorstandes. (*Kaiser:* Wir müssen den Vorstand so schnell wie möglich einberufen.) Wenn wir es in drei Wochen machen, ist noch Zeit genug.

Kaiser: Wir haben vor kurzem eine Tagung der Sozialausschüsse in Herne durchgeführt.⁶⁴ Diese Tagung ist sehr gut verlaufen. Ich möchte bei der Vorstandssitzung einige Vorschläge machen, daß man vielleicht die eine oder andere Form anwendet. Wir haben uns in Herne, nachdem die einleitenden Referate gehalten waren, insbesondere das Referat des Arbeitsministers über die Sozialreform, in sieben Arbeitskreise

⁶³ Bundestagspräsident Ehlers hatte in Köln (28. bis 30. Mai 1954) über „Die geistige Struktur unserer Zeit“ referiert (Druck: CDU, 5. Bundesparteitag S. 20–36). Vermutlich ist hier eine Passage aus dem Referat von Gerstenmaier, dem Nachfolger von Ehlers, über „Die politische Weltlage und Deutschland“ (S. 48–56) gemeint: Der Bundeskanzler habe „ein sittliches Recht und nicht nur einen zwingenden politischen Grund ... von der CDU/CSU die Billigung seiner Politik auch in dieser Sache (gemeint: die europäische Lösung der Saarfrage) ... zu fordern“ (S. 55).

⁶⁴ 7. Bundestagung der CDA in Herne vom 17. bis 18. September 1955.

aufgelöst. Dort wurde mit großem Eifer und großer Sachkenntnis diskutiert. Am übernächsten Tage haben dann die Arbeitskreisvorsitzenden in kurzen Referaten darüber Bericht erstattet, was erarbeitet wurde. Dann schloß sich eine Diskussion an. Es war wirklich respekterheischend, wie diese Tagung verlaufen ist. Nicht nur meine engeren Freunde, sondern auch andere Leute – schade, daß Herr Lensing nicht mehr da ist – haben sich lobenswert ausgesprochen. Herr Lensing hat gesagt, daran könne sich die Gesamtpartei für ihren großen Parteitag ein Beispiel nehmen; denn diese Tagung sei in vorbildlicher Disziplin und Ordnung durchgeführt worden. Ich würde also einige Vorschläge in dieser Hinsicht machen.

Tillmanns: Es ist erwogen worden, wenn Einzelheiten der Sozialreform erörtert werden, einzelne Untergruppen vorzusehen. Es wird aus zeitlichen Gründen kaum möglich sein, das ganze Thema im Plenum zu behandeln. Wir können das heute abend aber nicht mehr endgültig festlegen. Auf der nächsten Sitzung wird der geschäftsführende Vorstand in der Lage sein, konkrete Vorschläge zu machen, wonach eine Diskussion möglich ist. (*Gradl:* Wer spricht über das Thema Sozialreform?) Das ist noch nicht endgültig festgelegt. (*Gradl:* Ich würde bitten, nicht nur einen Professor zu nehmen, damit es nicht zu akademisch wird.) Ich habe Professoren gehört, die konkreter gesprochen haben als Arbeiter. (*Gradl:* Ich meine mit Professor die Art des Redens.) Können wir den Punkt Bundesparteitag damit abschließen? Wir hatten den Auftrag, dem Bundesparteitag ein verändertes Statut vorzulegen. Der Bundesparteivorstand hat sich schon einmal mit diesen Änderungen befaßt, und zwar mit dem Ergebnis, daß der Vorstand diese Fragen an den geschäftsführenden Vorstand überwiesen hat. Der geschäftsführende Vorstand hat inzwischen eine Sonderkonferenz mit den Vorsitzenden der Landesverbände unter dem Vorsitz von Minister Kaiser abgehalten.⁶⁵ Diese Konferenz hat eine weitgehende Klärung – wenn ich so sagen darf – der Meinungen zu der Änderung des Parteistatutes gebracht. Das Ergebnis dieser Sitzung liegt Ihnen vor. (*Müllenbach:* Es ist den Landesverbandsvorsitzenden zugeschickt worden.) Es wäre erwünscht, wenn es die Mitglieder des Bundesparteivorstandes auch bekämen. Wir würden dann die Frage des Statuts auch in der nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes behandeln können. Damit können wir die Frage des Bundesparteitages verlassen.

STELLUNGNAHME ZU DEN VORGÄNGEN IM BHE

Die Vorgänge sind Ihnen bekannt. Sie haben dazu geführt, daß acht Mitglieder des BHE als Hospitanten der CDU-Fraktion beigetreten sind, und zwar unter der

65 22. September 1955 in Bonn von 17 bis 21 Uhr mit den Tagesordnungspunkten Statut und Verschiedenes (Fusion DP und BHE mit der CDU). – Ergebnisprotokoll in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

Führung der beiden Minister Kraft und Oberländer.⁶⁶ Es war von vornherein die Absicht dieser Mitglieder des BHE, sich der CDU anzuschließen. Besprechungen mit den Herren haben dazu geführt, daß es nicht als opportun angesehen wird, daß diese Herren, die aus dem BHE ausgetreten sind, sofort am nächsten Tage in die CDU eintreten. Man war der Auffassung, einen gewissen Zeitraum verstreichen zu lassen, der dazu benutzt werden sollte, daß diese acht Abgeordneten nun nicht allein, sondern mit mehreren Wählern des BHE zur CDU kommen sollten. Aus diesem Grunde hat sich diese Gruppe zunächst als selbständige Gruppe nach außen konstituiert. Sie gibt nun an die Amtsträger des BHE eine Art Mitteilungsblatt heraus.⁶⁷ Dieses Mitteilungsblatt hat bewirkt, daß diese Gruppe eine Unzahl von Stimmen von ihrem bisherigen Freundeskreis aus dem Lande bekommt. Wir haben in Aussicht genommen, daß das Adressenmaterial, das sich aus diesen Zustimmungserklärungen für Kraft und Oberländer ergibt, ausgetauscht wird. Wir haben auf der Bundesgeschäftsstelle einen Herrn dieser Gruppe, der zusammen mit einem Herrn von uns arbeitet. Sie bearbeiten das gesamte Material und unterrichten die Landesvorstände. Die Kreis- und Ortsverbände werden ebenfalls benachrichtigt, so daß eine Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen bzw. Parteien hergestellt wird. Es ist unsere Bitte, das wird den Vorsitzenden der Landesverbände auch noch einmal mitgeteilt, daß möglichst bei jedem Landesverband ein Herr als Partner für die andere Gruppe tätig wird, damit eine enge Zusammenarbeit möglich sein wird. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

VERSCHIEDENES

Zunächst müssen wir eine kurze Besprechung über den Ablauf der Samstag⁶⁸-Ausschußsitzung durchführen, die um 10 Uhr beginnt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Bundeskanzlers mit Aussprache und Bericht über den Bundesparteitag.

Es wird in der Frage des Bundesparteitages – das hat sich ergeben – nicht viel mehr gesagt werden können als das, was heute hier gesagt worden ist. Ich wäre aber dankbar, wenn einige Freunde von uns mitwirkten, daß es morgen zu einer wirklich umfassenden und grundsätzlichen Aussprache über die großen Fragen der Politik käme. Es ist der Wunsch des Vorstandes, nach Möglichkeit die Saarfrage auszuschalten. Ich bin etwas im Zweifel, ob das gelingen wird. Es wird niemand einen solchen Wunsch verbieten können. Ich habe nur die herzliche Bitte, insbesondere an unsere Freunde von Rheinland-Pfalz und an Herrn Minister Kaiser, dafür zu sorgen, daß es morgen in dem großen Gremium nicht zu einer Saardebatte kommt, vor allem

66 Am 15. Juli 1955. – Neben Kraft und Oberländer: Reinhold Bender, Walter Eckhardt, Eva Gräfin Finckenstein, Horst Haasler, Adolf Samwer, Georg Körner. Der Eintritt in die CDU/CSU-Fraktion erfolgte am 20. März 1956. (Vgl. NEUMANN S. 157–165).

67 „Unser Standpunkt“, erste Nummer vom 21. Juli 1955.

68 In der Vorlage: Montag.

nicht zu einer solchen Zuspitzung wie heute abend.⁶⁹ Es wäre niemandem damit gedient.

Es tagt noch der kleine Kreis, den wir gebeten haben, einen Versuch zu machen, zu einer Verständigung zu kommen. (*Von Fisenne*: Wenn Herr Diel erfährt, daß wir hier über die Saar gesprochen haben, dann wird er dazu reden. – *Wackerzapp*: Ist es nicht möglich, irgendeine Presseverlautbarung zu geben?)

Wir haben es immer so gehalten, daß wir im Laufe der Sitzung versucht haben zu klären, ob es zweckmäßig ist, etwas verlautbaren zu lassen. Ich möchte annehmen, daß wir morgen nachmittag dazu kommen werden, eine solche Entschließung dem Bundesparteiausschuß vorzulegen. Es ist schwer, darüber etwas zu sagen.

Zimmer: Sie haben heute abend sehr zutreffende Ausführungen gemacht über die Notwendigkeit der moralischen Stärkung bezüglich der Abwehr. Ich darf darauf hinweisen, daß ich bereits am 5. Februar einen dringenden Appell an unsere Partei gerichtet habe, wobei ich ausführte, daß sie auf diesem Gebiet zu wenig tut. Ich will nicht kritisieren; denn ich weiß genau, daß alle Herren mit Arbeit zugedeckt sind.

Ich möchte bitten, daß morgen der Parteiausschuß von sich aus die Landesverbände anspricht; denn diese Arbeit kann natürlich nicht von hier aus gemacht werden. Sie kann hier höchstens angekurbelt werden. Die eigentliche Arbeit liegt in den Kreis- und Ortsverbänden. Es handelt sich gerade nach der Moskareise um eine entscheidende Frage der Innen- und Außenpolitik. Der Bundeskanzler ist leider nicht so stark nach Moskau gegangen, wie es hätte sein können, wenn das deutsche Volk noch härter gewesen wäre. Die Landesverbände müssen auf diesem Gebiete endlich einmal nachholen, was in den letzten Jahren versäumt worden ist. Es wäre Aufgabe des Parteiausschusses, sich zum verantwortlichen Träger dieser Aufforderung zu machen, damit das einheitliche Programm der inneren moralischen Aufrüstung – wenn ich so sagen darf – angepackt wird. Das sollte auch in diese Entschließung hineinkommen.

Tillmanns: Der Vorstand hat vorhin beschlossen, den geschäftsführenden Vorstand zu beauftragen, zu dieser Frage alsbald konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Ich habe Zweifel daran, ob es taktisch richtig ist, das in einer öffentlichen Entschließung zu sagen. Es sprechen auch Gesichtspunkte dagegen, sozusagen eine strategische Planung in der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Im übrigen ist es die Absicht des geschäftsführenden Vorstandes, ein Bildungszentrum von der Christlich-Demokratischen Union zu schaffen, und zwar soll damit die Möglichkeit geschaffen werden, in den weitesten Kreisen politische Bildungsarbeit zu betreiben. Leider ist zu einer solchen Institution Geld notwendig. Ich bin aber heute in der glücklichen Lage, dem Vorstand sagen zu können, daß wir die begründete Hoffnung haben, diese Dinge in kürzester Zeit zu überwinden, so daß die erste Voraussetzung institutioneller Art, nämlich eine Schulungs- und Bildungsmöglichkeit für die Christlich-Demokratische Union, in einem großen Umfang in kurzer Zeit

⁶⁹ Die Saarfrage wurde nur im Bericht Adenauers kurz gestreift (Protokoll S. 29 – ACDP VII-001-020/5), aber nicht diskutiert.

geschaffen sein wird. Darüber können wir uns morgen unterhalten. Ich halte es für gut, mit einem Satz zu sagen, die Landesverbände werden dringend ermahnt, das und das zu tun, d.h., es soll nichts an die Öffentlichkeit dringen.

Hellwig: Ich möchte auch dringend warnen, auf diesem Gebiet öffentliche Aufforderungen an die Landesverbände herauszugeben; denn ein großer Teil der Bildungsorgane ist nicht parteigebunden.

Tillmanns: Wir können jetzt nicht mehr eine solche Entschließung vorbereiten. Wir müssen uns darüber morgen klarwerden.

Eplée: Ich möchte heute wieder dringend den geschäftsführenden Vorstand bitten, die nächste Bundespartei Vorstandssitzung, die für Ende des Monats Oktober geplant ist, mindestens [auf] zwei Tage auszudehnen. Herr Zimmer hat schon auf die Wichtigkeit des Ablaufs des Parteitages hingewiesen. Wir haben auch einen aufschlußreichen Vortrag von Herrn Heck gehört, wonach verschiedene Maßnahmen notwendig sein werden. Es sind leider Monate vergangen, ohne daß wir eine Gelegenheit hatten, uns darüber hier auszulassen. Ich nenne nur das Parteistatut; es war vorgesehen, dieses Statut heute hier eingehend zu beraten. (*Tillmanns:* Das war nicht vorgesehen.) Schön, aber es sind noch andere Fragen offen, z.B. die Frage des BHE könnte auch etwas ausführlicher behandelt werden; denn es ist ein Thema, das jeden Landesverband lebhaft interessieren sollte im Hinblick auf die kommenden Wahlen.

Es wurde heute viel von der Zone gesprochen. Es wäre aber gut, wenn wir eine Sprachregelung gefunden hätten, um unseren Brüdern und Schwestern draußen zu sagen, was in Moskau geschehen ist. Dazu muß von der CDU irgendwie eine Regelung gefunden werden. Wir haben noch sehr viel Material anstehen, das noch vor dem Parteitag erarbeitet und geregelt werden muß.

Auseinandersetzungen sind zuweilen gut. Daß es aber heute vielleicht ein bißchen zu hart geworden ist, liegt daran, daß wir alle an Zeitmangel leiden und daher nicht in der Lage sind, uns einmal zwei Tage lang im Bundesvorstand zusammenzusetzen. Eine zweitägige Sitzung würde sich aber sehr fruchtbringend für die ganze Partei auswirken.

Tillmanns: Ich glaube sagen zu dürfen, daß dieser Appell das aufmerksame Ohr der Herren Vorsitzenden gefunden hat.

Wird das Wort weiter gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Sitzung schließen.